

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereine  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Donnerstag, den 11. Mai 1899. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

**Wegen des Himmelfahrtstages kann die nächste Nummer unseres Blattes erst am Sonnabend erscheinen.**

### Ueberspekulation auf dem Industriemarkte.

Es wird uns geschrieben:  
 An der Berliner Börse hält man krampfhaft an der Ansicht fest, daß der Konsum noch auf Jahre hinaus die Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie — soweit wenigstens die wichtigsten Betriebe in Frage kommen — übersteigen dürfte. Auf diese Annahme baut man die kühnsten Luftschlösser auf. Auf ihrem Grund entwickelte sich in den letzten Monaten eine Ueberspekulation in Industriepapieren, von der noch kein Ende abzusehen ist. Und doch ist diese Annahme falsch.

Es ist nicht wahr, daß der Konsum stärker oder auch nur so stark im Anwachsen begriffen ist, wie die Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie. Denn wenn dem so wäre, so müßte vor allem durch ganz wesentliche Lohnsteigerungen der Arbeiter die Konsumkraft des größten Teils der deutschen Bevölkerung dauernd gestärkt worden sein. Nur dadurch könnte auf die Dauer eine günstige Konjunktur gehalten werden, daß man die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung durch stetige Lohnhöhungen steigert. Während man die Preise für Waren namentlich für Kohlen, Rohmaterialien und fertige Waren, fast von Monat zu Monat in den letzten Jahren in die Höhe getrieben hat, wurden die Löhne der Arbeiter nur selten und dann nicht gerade sonderlich nachhaltig verbessert. Durch die freiwilligen oder erzwungenen Lohn-erhöhungen, die aber doch in der Hauptsache nur einem aus-erwählten Teil der deutschen Arbeiterschaft zu gute kamen, ist die Konsumkraft des deutschen Volkes nicht derartig gehoben worden, um einer Krise aus dem Wege zu gehen.

Man verweist uns zur Widerlegung auf die glänzenden Geschäfte in der Kohlen- und Eisenindustrie. Unumwunden geben wir zu, daß dort das Geschäft augenblicklich in voller Maienblüte steht. Man baut Bahnen und erweitert die Verkehrsnetze in Stadt und Land, Kanäle werden gezogen, Schiffe errichtet, Aufträge der Marine- und Eisenbahnverwaltung liegen in Hülle und Fülle vor — aber das alles sind im Grunde genommen keine Aufträge, die aus dem Wachsen des Konsums der deutschen Bevölkerung resultieren, so notwendig auch ein Teil derselben zur Förderung der Volkswirtschaft ist. Auf diesen Aufträgen beruht bis zu einem hohen Grade der augenblicklich gute Geschäftsgang in der Kohlen- und Eisenindustrie. Auch die stotte Beschäftigung in den Maschinenwerkstätten hängt nur lose und ganz anders mit dem Konsum der Bevölkerung zusammen, als man sich in der Regel träumen läßt. Es hat in den letzten Jahren innerhalb der deutschen Industrie nicht nur eine fast vollständige Neuan-schaffung der Maschinen stattgefunden, sondern diese Neuan-schaffungen haben auch und werden noch zur Folge haben, daß im Vergleich zu den früheren Maschinen weniger menschliche Arbeitskräfte zur Herstellung des gleichen Quantum von Waren benötigt werden. Zur Ersparnis menschlicher Arbeitskraft hat man in erster Linie die neuen Maschinen aufgestellt. Der gute Geschäftsgang in der Maschinenfabrikation führt also dazu, Arbeitermassen für andere Produktionszweige oder für vermehrte Produktion freizumachen. Und wenn in der augenblicklichen Periode die Erweiterung der Produktion so stark ist, daß man diese Wirkung auf dem Arbeitsmarkte gar nicht spürt, so liegt gerade hier eine ungemaine Gefahr vor, sich über die wahre Natur des Verhältnisses zwischen Produktionsfähigkeit der Industrie und der Konsumkraft des Volkes zu täuschen.

Wenn also die Annahme einer gleichmäßig mit der Produktionsfähigkeit der Industrie steigenden Konsumkraft des deutschen Volkes irrig ist, so zeigen sich auch die tollen Spekulationen à la Haasse an den deutschen Börsen als äußerst ungesunde Erscheinungen. Schon die einfache nüchternere Ueberlegung müßte dazu führen, daß man sich der Bedeutung unserer Dividendenpapiere bewußt wird. Man nehme jeglichen Industriewert und schaue sich einmal eine Reihe von Jahren hindurch seine Verzinsung an. Man wird dann finden, daß gute Jahre mit mageren abwechseln, und daß im Durchschnitt auch das Dividendenpapier unter Berücksichtigung seiner Kurshöhe weit unter dem Ertragnis der letzten zwei Jahre bleibt.

Nun sind aber an den deutschen Börsen die Kurse der Industriewerte so in die Höhe getrieben worden, als ob die Dividenden immer nur noch Steigerungen zu erwarten hätten. Gerade im Jahre 1899 sind diese Kurssteigerungen teilweise in ganz ungläublicher Weise erfolgt. Wir wollen hier nur die wichtigsten Industriewerte aufführen, die in der Zeit vom 2. Januar bis 1. April eine Steigerung von 30 Proz. und mehr an der Berliner Börse erfahren haben:

	2. Januar	1. April	Gewinn
Friedrich Wilhelm Prioritäts-Aktien	152,—	184,50	32,50
Rheinische Stahlwerke	219,—	251,75	32,75
Concordia	256,50	290,50	34,—
Königliches Bergwerk	270,—	304,50	34,50
Charlottenhütte	149,50	190,—	40,50
Schlesische Zinkhütten	327,—	367,75	40,75
Gelsenkirchener Gußstahl Mannsfeldt	191,25	232,00	41,35
Schweizer Eisenwerk	124,50	167,50	43,—
Pluto	310,—	354,50	44,50
Hösch	189,50	237,25	47,75
Daspet	255,25	303,—	47,75
Arenberg	850,—	900,—	50,—
Consolidation	291,75	340,25	54,50
Roceisen-Walzwerk Mannsfeldt	188,50	256,—	67,50
Rombach Eisen	206,50	282,—	76,50
Rhein-Kassauer Bergwerk	185,75	262,50	76,75
Geisweider Eisen	201,50	290,—	78,50
Schalker Gruben	361,—	385,—	174,—

Es ergibt sich, daß Kurssteigerungen erfolgt sind, die in gar keinem Verhältnisse mit dem inneren Wert der betreffenden Aktien stehen.

Welche Folgen haben denn nun solche Ueberspekulationen? Wir wollen gar nicht davon reden, daß andere Kapitalanlagen wie Staatsanleihen, Pfandbriefe in die größte Verlegenheit durch die heutigen Erscheinungen am Industriemarkte geraten. Wir wollen auch nicht weiter darüber uns beschweren, daß, sobald der Crash eintritt, eine Masse kleinerer und mittlerer Kapitalisten schwere Verluste erleiden werden. Zwar führt dieser Umstand zu einer weiteren Konzentration der Kapitalmassen, befördert also sicherlich die wirtschaftliche Entwicklung in sozialistischer Tendenz; aber wir haben keinen Anlaß dazu, diese Entwicklung unter so schweren Zudrängen des Mittelstandes sich vollziehen zu sehen. Doch muß hervorgehoben werden, daß, wenn an-länglich der kommenden Krise der Börse wieder der Vorwurf gemacht werden sollte, sie sei an allem Unheil schuld, schon heute darauf hingewiesen werden soll, daß gerade die jetzige Ueberspekulation in Industriewerten nicht durch die berufsmäßigen Spekulanten, sondern ausschließlich und allein durch das Privatpublikum, durch die kleinen und mittleren Kapitalisten herbeigeführt worden ist. Wenn diese ihr bisschen Geld verlieren, so sollen sie sich die Schuld auf das Konto ihrer eigenen Gewinnlust schreiben.

Doch, wie gesagt, das alles sind Folgen, die uns mehr oder minder kalt lassen können. Viel wichtiger ist für uns der Einfluß dieser Ueberspekulation auf die Arbeiter-verhältnisse. Und hier muß auf das Unheilvolle des Industriemarktes hingewiesen werden. Die ständige Steigerung der Industriepapiere in ihrem Werte hat zur Folge, daß die Direktion der einzelnen Etablissements gezwungen ist, das ganze Jahr hindurch in allererster Linie auf eine möglichst hohe Dividende hinzuwirken. Je mehr die Werte an den Börsen steigen, desto größer das Bemühen, die Dividende in Einklang mit den Kurswerten zu bringen, um einen Kurssturz so weit wie möglich hinauszuschieben. Unter einer solchen von der Börse veranlaßten Dividendenpolitik kommen alle anderen Rücksichten auf den Betrieb selbst und auf die Arbeiter zu kurz. Am meisten leiden die Arbeiter darunter; Lohnhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse werden einfach kurzerhand abgewiesen. Denn wenn man sie bewilligen wollte, dann könnte man unter keinen Umständen mehr auf eine solche hohe Dividende kommen, wie sie der heutigen Höhe der Kurse entspricht.

Es fragt sich, wie lange die Arbeiter einer solchen Politik gegenüber ohnmächtig sind und bleiben müssen. Eine starke Arbeiterorganisation wird das einzige Mittel bilden können, derartigen Orgien, wie wir sie gegenwärtig an den deutschen Börsen erleben, mit Erfolg entgegenzutreten. Leider sind unsere Arbeiter-Organisationen noch nicht so stark entwickelt, um mit dauerndem Erfolg den Ausschreitungen des Kapitalismus an den Börsen Einhalt bieten zu können. Aber was nicht ist, das muß noch werden. Die Schädigungen, die die heutige Ueberspekulation an den Börsen der deutschen Arbeiterklasse sowohl wie dem mittleren und kleinen Kapitalistenpublikum zufügt, werden, sobald erst die Krise da ist, zu der Einsicht führen, daß gegen die Ausschreitungen in der Bewertung der Industriepapiere eine Macht gefunden werden muß. Mit Börsengesetzen und noch so strengen Bestimmungen gegen den Geldmarkt ist nichts auszurichten; einzig und allein die organisierte Arbeiterschaft kann durch eine richtige Lohnpolitik Ausschreitungen des Industriemarktes, wie wir sie gegenwärtig erleben, beseitigen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Mai.

#### Der Reichstag

hat sich heute für den gestern verlorenen Tag entschädigt; der heutige Tag war zwei wert — und mehr. Schon das Vorspiel war interessant, das uns gestern angekündigt worden: Der von Singer begründete Geschäftsordnungs-Antrag der Socialdemokraten, die Invalidentversicherung-Novelle — durch einen leidigen Schreib- oder Druckfehler im getriggen und Freitagbericht als Gewerbeordnungs-Novelle bezeichnet — von der Tagesordnung abzusehen. An Gründen, gewichtigen Gründen fehlt es wahrhaftig nicht. Die Novelle ist eines der kompliziertesten und umfangreichsten Gesetze, die je dem Reichstage vorgelegt worden sind — die

Kommission hat sehr wesentliche Veränderungen angebracht — und der Kommissionsbericht, der erst vorigen Sonnabend fertiggestellt wurde, ist neun Zehnteln der Abgeordneten erst diese Woche in die Hände gekommen, so daß nur die wenigsten überhaupt, — auch bei exemplarischem Fleiß — in der Lage gewesen sind, den Bericht und das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt zu studieren. Der Bericht selbst wimmelt von Flüchtigkeitsfehlern, und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes war es in der That für gewissenhafte Abgeordnete eine Pflicht, den Aufschub der Beratung zu fordern. Die Regierung, die den Reichstag so spät einberufen hat, daß eine geschäftliche Notlage entstanden ist, will keine Vertagung des Reichstags, sondern den baldigen Schluß der Session — und drängt deshalb darauf, das Invalidentgesetz durchzupressen und womöglich auch noch das Fleischbeschah-Gesetz. Die Regierung hat aber die Mehrheit des Reichstages für sich, der es bei diesem „Gesetz für die armen Leute“ sehr wenig darauf ankommt, ob es schon in nächster Session wieder gestiftet werden muß, gleich andern Erzeugnissen der gesetzgeberischen Schnellfabrikation. Gegen die Stimmen der Socialdemokraten und eines Teiles der Freisinnigen wurde der socialdemokratische Antrag zurückgewiesen, dessen Ablehnung der Präsident von Ballestrem höchst überflüssiger Weise mit Stellung der Kabinettsfrage verlangt hatte.

Die Sieger sollten jedoch keine Freude haben an der Beratung, in die nun eingetreten ward. Schon der erste Paragraph brachte das Schrecknis einer namentlichen Abstimmung und gar der dritte Paragraph, der von der Versicherung ausländischer (russisch-polnischer) Arbeiter handelt, erfesselte eine der stürmischsten und interessantesten Debatten seit Zusammentritt dieses Reichstags. Reichstag gegen Landtag! war die Losung. Die Herren Junker, die im Landtag ihrem junckerlichen Uebermut Luft gemacht und einerseits die Arbeiter insultiert, andererseits die Arbeiterzustände im Osten als paradiesische hingestellt haben, bekamen heute eine richtige Agrardebatte, jedoch keine, die ihnen angenehm war. Es wurde die Wahrheit gesagt; und für Wölfe im Schafspelz ist die Wahrheit das tödlichste Gift. Unsere Genossen Mollenbuhr, Stadthagen und Naase gingen unbarmerzig ins Gericht mit den Herren Junkern, rissen ihnen den Schafspelz vom zottigen Wolfspelz und führten ihnen auf die spitzigen Wolfszähne. Der noch nicht lange gewordene Graf Klinkowfström spielte auch bei dieser Gelegenheit mit großem Erfolg die Rolle des enfant terrible, und klärte die Welt wieder einmal darüber auf, welches Maß von Fähigkeiten dazu gehört, Führer der Junkerpartei zu werden.

Die Agrardebatte wider Willen der Agrarier kam nicht zu Ende; sie ist mit der weiteren Beratung des Invalidentgesetzes bis Freitag verlagert.

#### Preussischer Landtag.

Mittwoch hielten beide Häuser des Landtages Sitzungen ab. Das Abgeordnetenhaus beriet drei wichtige Gesetzesvorlagen; zunächst in dritter Lesung das **Lehrerrenten-Gesetz**. In der zweiten Lesung ist dieser Entwurf unverändert nach den Beschläffen der Kommission angenommen worden, obwohl die Regierung die im § 14 von der Kommission vorgenommenen Änderungen für unannehmbar erklärte. Nach der Regierungsvorlage sollte der Staat zum Witwen-geld einen festen Zuschuß von je 240 Mk., zum Waisengeld einen solchen bis zu je 48 Mk. für Halbwaisen und bis zu je 80 Mk. für Vollwaisen zahlen. Für die Stadtkreise sollte dieser Staatszuschuß jedoch nicht gezahlt werden. Die Kommission hatte den Staatszuschuß auch auf die städtischen Kreise ausgedehnt und ferner an Stelle eines festen Staatszuschusses bestimmt, daß der Staat einen jährlichen Beitrag in Höhe von drei Vierteln der erforderlichen Aufwendungen zu den Bezirks-Witwen- und Waisenklassen zu zahlen habe.

Damit das Gesetz democh zu Stande komme, hatten zur heutigen dritten Lesung Mitglieder verschiedener Parteien Anträge eingebracht. U. a. beantragte Abg. Ehlers (fr. Vg.) die Erhöhung der ursprünglichen Regierungssätze um die Hälfte. Die Abgg. Dietrich (C.) und v. Kessel (Konf.) beantragten gleichfalls die Wiederherstellung des festen Staatszuschusses, jedoch Erhöhung desselben auf 420 bzw. 80 bzw. 140 Mk. Ferner beantragten dieselben Abgeordneten, daß der Staat für die Stadt Berlin keine Zuschüsse zu leisten habe und daß für Berlin keine Witwen- und Waisenklassen gebildet werden.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen gab der Finanzminister Dr. v. Riquel die Erklärung ab, daß er bereit sei, den Antrag Ehlers im Staatsministerium zu beschwören, daß aber alle übrigen Anträge für die Regierung unannehmbar seien. Trotzdem trat das Haus mit überwältigender Mehrheit dem Antrage Dietrich und v. Kessel bei. Ob nunmehr die Regierung nachgeben oder ob das Haus seinen heutigen Beschluß wieder umstößt wird, hängt im wesentlichen von der Fassung ab, die der Entwurf im Herren-hause erfährt.

Eine zu dem Gesetzentwurf gestellte Resolution Kopych (fr. Vp.), die Regierung zu ersuchen, eine Erhöhung der bestehenden Fonds zur Unterstützung von Lehrerwitwen und Waisen, welche nicht unter das zu erlassende Lehrerrentengesetz fallen, im nächst-jährigen Staatshaushalts-Etat vorzunehmen, wurde nach unerheblicher Debatte gegen die Stimmen beider freisinnigen Parteien und der Rationalliberalen abgelehnt.

Hierauf trat das Haus in die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die **Vollzeilverwaltung in den Vororten von Berlin**. Die Vorlage, die die gesamte Polizei in den Vororten dem Berliner Polizeipräsidenten unterstellen will, begegnete auf allen Seiten des Hauses, selbst bei den Konserverbanden, lebhaften Bedenken. Auch die Entgegnung des Ministers Frhr. v. d. Necke und des Ministerialdirektors Dr. Witter war nicht geeignet, diese Bedenken

	2. Januar	1. April	Gewinn
Wohmer Gußstahl	230,50	290,50	30,—
Wismarhütte	217,—	247,—	30,—
Wissener Prioritäts-Aktien	175,75	206,—	30,25
Stadlberger Hütte	127,—	159,—	32,—
Wittener Gußstahl	235,50	268,—	32,50

zu unterstützen, und es ist fraglich, ob es der Regierung in der Kommission, der die Vorlage schließlich überwiesen wurde, gelingen wird, die Notwendigkeit derselben nachzuweisen.

Endlich erledigte das Haus auch in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. **Schulmehrgeld im Quellgebiet der luftseitigen Zuflüsse der Oder.** Diese Vorlage hat bereits vor längerer Zeit das Herrenhaus beschickt, nach dessen Beschluß für die Kosten zu 1/3 die Gemeinden und zu 2/3 der Staat Entschädigung zu gewähren soll. Die Regierung bezeichnet diesen Beschluß als gleichbedeutend mit dem Scheitern des Gesetzes. In der Kommission des Abgeordnetenhauses ist es auch gelungen, ein Kompromiß zu erzielen, wonach die Kosten zu je einem Drittel von Gemeinde, Provinz und Staat zu tragen sind und wonach im Falle der Leistungsunfähigkeit einer Gemeinde an ihre Stelle Staat und Provinz zu gleichen Teilen treten. In dieser Fassung gelangte der Entwurf heute zur Annahme. Hoffentlich wird sich das Herrenhaus noch nachträglich mit dem Beschluß der „zweiten Kammer“ einverstanden erklären, damit so wichtige Aufgaben im Interesse der Landeskultur nicht an der Fälligkeit einiger Junker scheitern.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge betreffend die Leutenot.

Das **Herrenhaus** beriet nur Petitionen ohne allgemeines Interesse. Am Freitag steht u. a. der Antrag v. **Delow-Saleske** betreffend das **Schankverbot für Jugendliche** zur Beratung. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Interpellation von **Heden-Strudmann:** Welche Schritte denkt die Regierung zu thun, um der bei Zunahme der Industrie und insbesondere der Kali-Industrie den Gewässern drohenden übermäßigen Verunreinigung und der davon zu besühenden Schädigung wichtiger öffentlicher und privater Interessen in Stadt und Land wirksam entgegenzutreten? —

### Aus dem Noter Hause.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte gestern über den Magistratsantrag, der sie zur weiteren Verhandlung über die **Märzgefalle** in **Friedrichs-Engel** Angelegenheit in gemischter Deputation einladet, zu entscheiden. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit ist dieser Antrag **verworfen** worden; kaum 4 oder 5 Mitglieder stimmten mit Herrn **Spinola** dafür. Die Versammlung befand sich durch diesen Beschluß, daß sie der **Schwammigen Kompromißpolitik** nachgerade überdrüssig geworden ist. Sie hält es für die gebotene Pflicht, den Kampf ums Recht zu führen, ob es der **Polizei** gestattet sei, die Errichtung eines Gebäudes aus anderen als **baupolizeilichen** Gründen zu verweigern.

Herr **Bürgermeister Kirchner** hielt bei dieser Gelegenheit eine den Umständen selbstam angepaßte **Oberbürgermeister-Kandidatenrede.** Von der Anerkennung der **Zahfische** ausgehend, daß es sich hier um einen **Gemeindebeschlus** handle, der nur durch übereinstimmenden Beschluß beider Körperschaften abgeändert werden könne, suchte er die Versammlung davon zu überzeugen, daß es nicht immer der **proemäßige**, weise oder rühmende Standpunkt sei, wenn eine **Prozeßpartei** stritte auf ihrem Schein bester oder ihr Recht bis aufs äußerste verfolge, und daß diese **Auffassung** noch viel mehr auf dem Boden des öffentlichen Rechts als im **Privatrecht** gelte; ein ernstlicher politischer Mann sei verpflichtet, eine solche Sache aus der **Gesamtheit** der dabei in Betracht kommenden Verhältnisse heraus zu beurteilen. Auch wenn das **Bauprojekt** genehmigt würde, bliebe schließlich immer noch der **Streitpunkt** um die **Inskription**; nachdem aber der **Prozeßgegner** (das **Polizeipräsidium**) in der **Verhandlung** hingedrungen, daß sich sein **Widerstand** nicht gegen das **Ganze** der **Anlage** richte, hätte auch im Magistrat die **Meinung** zur **Vorfürhrung** des **Prozesses** an vielen Stellen sich verloren. Es müßte doch erwogen werden, ob sich nicht **Mittel** und **Wege** finden ließen, diese **nicht angenehme**, **nicht schöne**, **nicht erfreuliche** Angelegenheit aus der **Welt** zu schaffen. Für die **Ablehnung** der **Bitte** des **Magistrats** sehe er keinen Grund, und der **Magistrat** würde eine solche **Ablehnung** **schmerzhaft** empfinden.

Herr **Kirchner** schloß mit der **dunklen** **Ausdeutung**, daß sich an die **Beschlußfassung** der **Versammlung** **möglicherweise wichtige Entscheidungen knüpfen** könnten.

Es half aber alles nichts; die alte und die neue **Fraktion** der **Linken** wollen von der **Durchführung** des **Rechtsstreites** nicht absteigen und schieben die **Verantwortung** für die **Zuspitzung** der **Situation** der **anderen** Seite zu. Dem **unangebrachten** **Vermittlungsversuch** des **Vorsitzenden** des **Bezirksausschusses** ließ **Stadtv. Vorgmann** eine **kräftige** **Aberkennung** zu teil werden. Herr **Kirchner** nahm die **Abfrage** der **Sprecher** der **Faktionen** **schweigend** hin; auch Herr **Neubrink** blieb **stumm**.

Vorher hatte die **Versammlung** auch zu der **Brügel-affaire** in **St. Josef-Waisenhaus** zu **Potsdam** Stellung genommen. Der früher von der **Rehrheit** gemachte **Verschleppungsversuch** hat seinen **Zweck** nicht erreicht; **fast einstimmig** hat der **Ausschus** sich auf den **Antrag** geeinigt, die **Entfernung** sämtlicher **Deutscher** **Waisen** aus dieser **Anstalt** **halbmöglichst** vorzunehmen, und **fast einstimmig** erhob die **Versammlung** diesen **Antrag** ohne **Debatte** zum **Beschlus**, nachdem der **Referent** **Michelet** gegen den **schamlosen** **Versuch** der **katholischen** **Presse**, **nachträglich** den **Spielz** **umzudrehen**, **scharfen** **Protest** erhoben hatte.

**Konservative und militärische Sachverständige.** Bei der Beratung der letzten **Militärvorlage** erklärte der **Führer** der **Konservativen**, Herr v. **Levetzow**, von **militärisch-technischen** **Frage** **verständigen** „wir alle zusammen“ nichts, da mühte man sich ganz auf die **berufenen** **Sachverständigen** verlassen.

Ein anderes Bild! Zur **Unterstützung** der **Kanalvorlage** waren **leztlich** in der **Kommission** des **Abgeordnetenhauses** die **militärischen** **Sachverständigen** **aufgehoben**. Sie wiesen, unter **Heranziehung** **autoritativer** **Zeugnisse** wie die **Moltkes** nach, daß der **Kanal** von **hoher** **strategischer** **Bedeutung** sei. Aber die **Konservativen** **blieben** **taub**. Sie hatten gar kein **Vertrauen** mehr zu den **Sachverständigen**, **schweige** **dem**, daß sie sich ihnen mit **gebundenen** **Händen** **unterworfen** hätten.

**Wunderbar, höchst wunderbar!** In den paar Wochen zwischen **Militär-** und **Kanalvorlage** sind die **Levetzows** **bessere** **Sachkennner** in **Frage** der **militärischen** **Technik** geworden als die **Generalstäbler** und **Kriegsminister**, und es ist ja keine **Rede** mehr davon, daß das **militärische** **Sachverständigen-Urteil** dem **Parlament** **Befehl** und **Dogma** sein müsse. Der **Prozentsatz** hat die **Selbständigkeit**, **Unabhängigkeit** und **Reife** ihres **Urteils** über **Nacht** **äppig** **ausblenden** lassen. Das **agrarische** **Selbstbewußtsein** hat die **konservative** **Demut** **verschlungen**, oder was dasselbe ist: das **Interesse** den **Patriotismus**.

### Material für die Zuchtans-Vorlage.

Aus **Weimar** wird der **Sfurter** **„Tribüne“** berichtet: Der **Arbeiter** **Säffing** aus **Niedergrunstedt** bei **Weimar** arbeitete auf der **Station** der **Weimar-Verla-** **Dianenhalener** **Bahn** als **Tagelöhner** für **1,80 M.** **pro** **Tag**. Vor **kurzer** **Zeit** stellte er an die **Verwaltung** der **Wachstein-** **ischen** **Sekundär-Bahnen**, welcher auch der **Vertrieb** obiger **Station** **untersteht**, das **Ansuchen**, ihm eine **Lohnaufbesserung** zu **gewähren**. Der **betreffende** **Beamte** **lehnte** das **Ansuchen** ab. Zu **bemerkten** ist,

daß der **Bezirksausschus** den **ortsüblichen** **Tagelohn** für **Weimar** auf **2,30 M.** **festgesetzt** hat.

Der **Arbeiter** **Säffing** kündigte **gesetzmäßig** und **nach** den **Bestimmungen** des **Arbeitsvertrages**, um **sich** eine **besser** **bezahlte** **Arbeit** zu **suchen**. Diese **erhielt** er in der **Görmarschen** **Hofabteilung**. **Görmarsch** hat aber als **Lagerplatz** seiner **Hölzer** ein **Stück** **Land** von der **Wach-** **steinischen** **Bahn** **gepachtet**, welches **direkt** an den **Verliner** **Bahnhof** **grenzt**.

Da **bekannt** eines **Tages** die **Firma** **Görner** in einem **einges-** **chriebenen** **Brief** die **Aufforderung** von der **Verwaltung** der **Verla-** **er** **Bahn**, den **Arbeiter** **Säffing** zu **entlassen**, weil die **Verwaltung** **der** **Verla-** **er** **Bahn** **nicht** **leiden** **könne**, daß **Säffing** **nach** **auf** **ihrem** **Grund** und **Boden** **beschäftigt** **werde**. Wollte aber die **Firma** den **Arbeiter** **nicht** **entlassen**, so wäre mit diesem **Schreiben** der **Nachvertrag** **gekündigt** und es hätte die **Räumung** des **Lagerplatzes** bis zum **27. Mai** zu **erfolgen**. Die **Firma** hat auf diesem **Platz** **ihren** **ganzen** **Geschäftsbetrieb** **errichtet**, **Schuppen** **erbaut**, **Feldschleusen** **angelegt** **z.**

In dem **Schreiben** wird die **Firma** **beschuldigt**, den **Bahnarbeiter** **Säffing** durch das **Verprechen** **höheren** **Lohns** **absperrig** **ge-** **macht** zu **haben**. Wollte die **Firma** **nicht** **ihren** **ganzen** **Betrieb** in **Frage** **stellen**, **bliebe** **er** **bei** der **Kürze** der **Zeit** **nichts** **anderes** **übrig**, als **sich** dem **Willen** der **Verwaltung** der **Verla-** **er** **Bahn** zu **fügen**. **Säffing** **ist** **entlassen** **worden**.

Einen **krasser** **Fall** von **Exzentrismus** kann sich **Herr** **Pesadomsky** für **seine** **Zuchtansvorlage** gar **nicht** **wünschen!** —

### Wie man in Rußland über die deutschen Friedens- desegierten deut.

Nachträglich scheint sich in der russischen Presse ein Sturm der Entrüstung über die Wahl der deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu erheben. Die „**Nowosti**“, ein verhältnismäßig ernstes Blatt, das sich stets mit diplomatischem Geschick zwischen der **Sankta** und **Charybdis** der **Senjur** und ihrer für russische Verhältnisse — recht freien **Bestimmung** durchzuwinden verstand und immer mehr an **Beliebtheit** gewinnt, bezeichnet die Wahl als eine beispiellose **Taktlosigkeit**, für die jede Erklärung fehle. Es sei gewiß **angenehm**, daß auch die **Rehrzahl** der **Vertreter** anderer **Staaten** — im **Interesse** der **bestehenden** **Staatsordnung** — **Sympathien** für den **Militarismus** **bezeugen** würden, aber diese **betrafen** doch **wenigstens** durch ihre **Haltung**, daß ihre **Regierungen** mehr **diplomatisches** **Geschick** und vor allem mehr **Rücksicht** auf die **Stimmung** der **öffentlichen** **Meinung** und der **Landes-** **presse** **entwickeln**; sie **posaunten** ihre **feudalbornen** **Ideen** **wenigstens** nicht in **demonstrativer** **Weise** in **alle** **Welt** **hinaus**. **Man** **sollte** **doch** von den **Verfechtern** **traditionell** **aristokratischer** **Ideen** **verlangen**, daß sie sich dem **vorgebildeten** **Geiste** derselben **entsprechend** **betragen**. „**Wahrlich**, wenn die **deutsche** **Regie-** **rung** auf der **Daager** **Konferenz** einen **öffentlichen** **Skandal** **provokieren** wollte, hätte sie die **Wahl** **nicht** **besser** **treffen** **können!**“ **schließt** die **genannte** **Zeitung** **ihren** **Artikel**.

### Deutsches Reich.

#### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hat infolge erneuter Versuche aus den Kreisen des **Komites** für **Arbeiter** **Erziehung**, das aus der **Initiative** des **Herrn** **v. Berlepsch** und **Genossen** hervorgegangen ist, am **10. d. M.** noch einmal über die **Frage** **beraten**, ob sie sich an den **Arbeiten** dieses **Komites** **beteiligen** solle. Die **Fraktion** hat **keinen** **Grund** **gefunden**, von **ihrem** **Beschlus** auf **Nichtbeteiligung** **abzuweichen**.

#### Die parlamentarische Lage.

Der **Präsident** des **Reichstages** hat, **vermutlich** **infolge** der **Singerischen** **Aussführungen** **gestern** — **Donnerstag** — nach der **Planarierung** den **Seniorenkonvent** **zusammenberufen**, um über die **Geschäftsfrage** zu **beraten**. Der **Präsident** teilte mit, daß er **be-** **absichtige**, die **zweite** **Beratung** des **Invaliditäts-** **gesetzes** bis zum **Donnerstag** **nächster** **Woche** zu **Ende** zu **bringen** und **dann** bis zum **6. Juni** **Pfingstferien** zu **machen**. Um diese **Auf-** **gabe** zu **erfüllen**, sei es **nötig**, daß der **Reichstag** in **beschlusfähiger** **Anzahl** in **Berlin** **bleibe**. Der **Präsident** **schloß** seine **Aussführungen** mit der **Bitte** an die **Mitglieder** des **Seniorenkonvents** **dafür** **Sorge** zu **tragen**, daß die **Mitglieder** ihrer **Faktionen** **möglichst** **zahlreich** in **Berlin** **bis** zur **Beratung** **anwesend** **bleiben**. **Singer** **lehnte** es **ab**, für die **sozialdemokratische** **Fraktion** die **vom** **Präsidenten** **ge-** **wünschte** **Erklärung** **abzugeben**. **Man** **konnte** es **Abgeordneten**, die **ihren** **Erwerb** **obliegen** **müßten**, **nicht** **zumuten**, die **Pfingstwoche** in **Berlin** zu **sein**. **Nicht** **er** **tritt** **dieser** **Ansatz** **bei**. **Von** **den** **national-** **liberalen**, **konservativen** und **Centrums-** **Vertretern** wurde **zugewagt**, die **Wünsche** des **Präsidenten** zu **erfüllen**.

Hiernach wird der **Versuch** gemacht werden, das **Gesetz** in **zweiter** **Beratung** vor **Wahltag** **durchzusetzen**.

Inwiefern das **möglich** sein wird, hängt von der **Beschlus-** **fähigkeit** des **Reichstages** ab. Die **Sozialdemokraten** im **Reichstages** sind **entschlossen**, ohne **irgend** welche **künstliche** **Hindernisse** zu **bereiten**, **dafür** zu **sorgen**, daß die **Beratung** dieses **für** die **Arbeiter** **er-** **heblich** **wichtigen** **Gesetzes** **nicht** mit dem **Koffer** in der **Hand** in **Ferienstimmung** **abgehandelt** wird.

In der **Sitzung** des **Seniorenkonvents** wurde auch die **Frage** der **Vertagung** des **Reichstages** **beyprochen** und der **Präsident** **erhielt**, mit dem **Reichsanwalt** über die **nach** **Pfingsten** **stattzufindende** **Beratung** des **Reichstages** **bis** zum **Herbst** zu **ver-** **handeln**.

#### Große Angehör.

Die „**Freie** **Hz.**“ **teilt** mit: **Sonderbare** **Praktiken** sind **ausgeführt** worden, um für die **Aufrechterhaltung** der **angekündigten** **Tagesordnung** (**Invaliden-** **versicherung**) eine **zahlreiche** **Präsenz** des **Plenums** **herbeizuführen**. Es wurden am **Mittwochmorgen** durch die **Reichstagsboten** **anonym** **rote** **Zettel** **ausgetragen** mit folgendem **Wortlaut**: **Reichstag**, **Freiwillige** **Volkspartei**. Es wird auf das **Dringende** **gebeten**, heute **heim** **Wagim** der **Planarierung** um **1 Uhr** **gefälligst** **anzuwenden** **sein** zu **wollen**, da **Anträge** auf **Arbeits** des **Tagesordnungs-** **Gegenstandes** **gestellt** **werden**, um die **Sitzung** zu **vereiteln**. **Berlin**, **den** **10. Mai** **1899**.

Niemand in der **Freiwilligen** **Volkspartei** hat zu einer **solchen** **Aufforderung** unter der **Firma** der **Partei** **Auftrag** **gegeben**. Der **Bureau** **direktor** erklärte auf **Verfragen**, die **Verantwortung** für diese **Beteiligung** zu **übernehmen**; die **Firma** der **Partei** sei **aus** **Ver-** **sehen** **hinzugesetzt**. Die **anderen** **Parteien** haben **ähnliche** **Zettel**, teils mit, teils ohne **Partei** **erhalten**. Die **Mitglieder** der **sozialdemokratischen** **Partei** haben **solche** **Zettel** **nicht** **erhalten**.

Es ist nicht zu **ersehen**, **wes** **den** **Bureau** **direktor** zu **dieser** **durchaus** **unangenehmen** **Handlung** **veranlaßt** **hat**. Es ist **un-** **erhört** in der **Geschichte** des **Reichstages**, daß das **Reichstagsbureau**, welches die **strengste** **Inparteilichkeit** in der **Ausübung** seiner **Geschäfts-** **verpflichtungen** zu **wahren** **hat**, **derartig** **seine** **Befugnisse** **über-** **schreitet** und sich als **Instrument** von **Parteiwünschen** **gebrauchen** **läßt**.

**Kaiserliche Ansprachen.** Aus **Paris** an der **Mosel** wird be- **richtet**, daß der **Kaiser** beim **Empfang** **anlässlich** der **Grundstein-** **legung** für eine **neue** **Befestigungsanlage** eine **Rede** **gehalten** **hat**, in **der** **er** **ausführte**:

„Es sei meine **erste** **Sorge** **gewesen**, durch **dieses** **neue**, **nach** **Besten** **verfügbaren** **Vollwerk** für die **Sicherheit** **meiner** **treuen**

**Untertanen** und **treuen** **Meher** **Bürger** zu **sorgen** und **gleichzeitig** die **Stadt** **Reh** von der **engen** **Umwallung** zu **be-** **freien**. **Es** **werde** **hoffentlich** ein **Wert** **geschaffen** **werden**, **daß** **dem** **Feinde** für **alle** **Zeit** **Widerstand** **leisten** **werde**.“

Bei der **alsdann** **stattfindenden** **Grundsteinlegung** **sagte** **der** **Kaiser**:

„Im **Namen** **Gottes**, **des** **Vaters**, **des** **Sohnes** **und** **des** **heiligen** **Geistes** **lege** **ich** **den** **Grund-** **stein** **dieser** **Feste** **und** **taufe** **sie** **„Graf** **Häfelers“**.“

**Herr** **Miquel** **und** **der** **unlautere** **Wettbewerb.** Der **Finanz-** **minister** hat der **Abordnung** der **Centralvereine** **selbständiger** **Ge-** **werbetreibender**, die  **kürzlich** von ihm **empfangen** **wurde**, auch ein **schärferes** **Vorgehen** gegen den **unlauteren** **Wettbewerb** in **Aussicht** **gestellt**. Es wird **darüber** **mitgeteilt**:

„Zunächst soll gegen die **soj.** **Kodartikel** in den **Waren-** **häusern** und **Ausverkäufen** **eingeschritten** **werden**, **ebenso** **gegen** die **schwindelhaften** **Versteigerungen**, die **bislang** **alle** **gesetzlichen** **und** **polizeilichen** **Vorschriften** zu **umgehen** **wußten**. Der **Minister** zeigte sich **nicht** **nur** über die **Einzelheiten** der **Warenhausfrage** **aufs** **genaueste** **unterrichtet**, sondern **zögerte** **auch** **nicht**, die **Schädigung** der **Ge-** **werbetreibenden** **durch** die **Beamtenvereine** **anzuerkennen**. Die **Delegierten** hatten das **Gefühl**, daß **man** **sie** **nicht** **mit** **bloßen** **Redensarten** **absperrigen** **wolle**, sondern **ernstlich** **auf** **Abhilfe** **sinne** und die **Bedeutung** der **Erhaltung** des **Mittelstandes** in **Regierungskreisen** **nicht** **unterdrücke**.“

Für **jeden** **hat** **Herr** **v. Miquel** **eine** **Gabe**. **Zwischen** **aber** **hat** **er** **den** **Handverleib** **nach** **Sanktbrud** **geschickten**, in **dem** **er** **die** **Selbsthilfe** **empfehlen**, und in **der** **Korbd.** **Hz.** **Hz.** **hat** **er** **gestern** **mitteilen** **lassen**, daß **das** **Warenhausgesetz** **dem** **Land-** **tage** **in** **der** **gegenwärtigen** **Tagung** **nicht** **zugehen** **werde**.

**Widerstände.** Die **offizielle** **Ankündigung**, daß der **Gesetz-** **entwurf** über die **Besteuerung** der **Warenhäuser** **dem** **Landtag** **nicht** **mehr** **vorgelegt** **werden** **soll**, **veranlaßt** die **„Deutsche** **Tagesztg.“** zu **folgender** **Bemerkung**:

„Wir **halten** **es** **im** **Interesse** der **staatlichen** **Autorität**, ja **sogar** **im** **Interesse** der **Monarchie** **für** **höchst** **be-** **denklich**, wenn **feierlich** **angekündigte** **Vorlagen** **ausbleiben**. **Es** **müßte** **dadurch** **im** **Volke** die **Meinung** **geweckt** **und** **genährt** **werden**, daß **sich** **gegen** die **Abichten** der **Regierung** und **ihres** **Spitz-** **Widerstände** **geltend** **gemacht** **hätten**, die **mächtiger** **wären** als **die** **ursprüngliche** **Wohlt**. **Dah** **es** **ungeheuer** **bedenklich** **sein** **würde**, wenn **solche** **Anschauungen** **sich** **im** **Volke** **festsetzen**, **liegt** **auf** **der** **Hand**. **Die** **verantwortlichen** **Träger** der **Regierung** **gewalt** **müssen**, wenn **sie** **die** **Ankündigung** eines **Gesetzentwurfs** in **die** **Thronrede** **aufnehmen**, **davon** **überzeugt** **sein** und **dafür** **bürgen**, daß **die** **angekündigten** **Entwürfe** **nicht** **aus-** **bleiben**. **Haben** **sie** **selbst** **Bedenken** **gegen** die **gesetz-** **geberischen** **Abichten** oder **rechnen** **sie** **selbst** **mit** **der** **Möglichkeit** des **Ausbleibens**, **dann** **müssen** **sie** **verhindern**, daß **die** **Thronrede** **sich** **gewissermaßen** **dafür** **verbürgt**.“

Das **Interesse** der **Monarchie** **hat** **mit** der **Erfüllung** oder **Nicht-** **erfüllung** eines **Thronredens** **Programms** **nichts** **zu** **thun**; **dem** **die** **Thronrede** **ist** **eine** **Handlung** der **Regierung**. **Dagegen** **ist** **es** **richtig**, daß **durch** die **Differenz** zwischen **Verprechen** und **halten** der **Autorität** der **Regierung** **nicht** **gerade** **gefördert** **wird**. **Der** **berechtigte** **Vorwurf** **liegt** **allerdings** **nicht** **darin**, daß **sie** **angekündigte** **Vorlagen** **schlechthin** **nicht** **einbringen**, sondern **darin**, daß **sie** **sich** **durch** **augen-** **blickliche** **Einflüsse** **verleiten** **läßt**, **völlig** **wagare** **gesetzgeberische** **Ar-** **beiten** **pomphaft** **anzukündigen**. **Die** **wechselvolle** **und** **launhafteste** **Par-** **lamentarische** **Herrschaft** **erreicht** **nicht** **den** **Grad** von **tappender** **Unsicher-** **heit**, **verlegener** **Dunkelheit** und **stagnierender** **Wirbelpolitik**, wie **unsere** **der** **parlamentarischen** **Verantwortung** und **dem** **entscheidenden** **Einfluß** der **Volksvertretung** **entzogene** **Ministerverantwortlichkeit**.

**Klagen über Leutenot** bringt die **Kreuzzeitung** aus den **russischen** **Ostern-Provinzen**. **Dem** **Aufschwung** der **Industrie** **wird** **die** **Schuld</**

schmerz der Fälscherbande terrorisieren läßt. Dupuy hat den Winkelschiffel gewittert — und so hörte man ihn das Ausnahmegesetz gegen die Kriminalkammer nachträglich verurteilen. Auf den Vortritt der Interpellanten, den Senator Monestier, einen Senegaleser jenes Gesetzes und folglich einen Anhänger der Revision ins Ministerium berufen zu haben, antwortete Dupuy, er betrachte jenes Gesetz „nicht als den Angelpunkt der republikanischen Politik“.

Inbes vermachte der neueste Frontwechsel des wandlungsreichen Ministerpräsidenten nirgends Begeisterung zu erwecken. Desto beständiger sieht dagegen ab die von der Kammer dem Minister des Justizministeriums, Delcassé, bereite Ovation, als er die Beschlüsse eines nationalistischen Abgeordneten und Kaballerie-Offiziers a. D. verächtlich abschüttelte. Delcassé ist nämlich von Anfang an ein Anhänger der Revision und er wird von den „Patrioten“ grüßlich gehaßt, weil sein Kabinettdirektor Palsologue die Fälschung und Unterschlagung der Pantzardi-Depesche durch den Generalstab vor dem Kassationshof dokumentarisch nachgewiesen hat.

### Revision des Dreyfus-Prozesses.

Die Frage, ob der Kapitän Dreyfus noch einmal in aller Form vor Gericht gestellt werden soll, wird sich nun in Kürze entscheiden.

In der Sitzung, welche das neu gebildete Bureau des Kassationshofes am Dienstagmorgen abhielt, erklärte Mallot-Beaupré, er würde den Bericht bezüglich der Revision des Prozesses Dreyfus etwa zu Pfingsten vorlegen können. Das Bureau beruhte für Montag, den 29. Mai, eine öffentliche Sitzung an, welche der Prüfung des Revisionsantrages gewidmet sein soll. Man rechnet, daß für die Verlesung des Berichtes über die Anträge des Generalstaatsanwalts und für die Plaidoyers 4 Sitzungen erforderlich sein werden, so daß der Beschluß an dem auf den 29. Mai folgenden Freitag oder Sonnabend erfolgen dürfte.

Der Bericht Mallot-Beauprés lautet, wie die „Frankfurter Zig.“ erzählt, auf Aufhebung des Dreyfus-Urteils und Verweisung Dreyfus vor ein neues Kriegsgericht. Mallot-Beauprés habe zur Aufhebung ohne Verweisung genügt, jedoch auf Vorstellung des Verteidigers Monard darauf verzichtet, weil die Kammer Dreyfus Gewicht darauf lege, den Verurteilten durch das Kriegsgericht rehabilitiert zu sehen.

**Paris, 9. Mai.** Die Kommission zur Prüfung der Anträge auf Verfassungsrevision sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen im Prinzip für die Revision aus. Die zum Antrag Gerville-Réache geforderte Verminderung der Zahl der Deputierten und Beschränkung des Stimmrechts fand nur seitens einiger weniger Ausschussmitglieder Zustimmung.

### Belgien.

**Beschränkung der Redefreiheit.** Die belgische Repräsentantenkammer nahm eine von der Rechten eingebrachte Vorlage an, wonach in Zukunft die Redner nicht länger als eine Viertelstunde reden dürfen. Die Vorlage richtet sich gegen die von der Linken geplante Obstruktion bei der Beratung der Wahlreform-Vorlage.

### Schweiz.

**Basel, 8. Mai.** (Fig. Ver.) Die gestern stattgefundenen 27 **Stichwahlen** haben für die Sozialdemokratie den erwarteten Erfolg gehabt, indem 5 Genossen gewählt wurden und somit 12 Sozialdemokraten im Großen Räte sitzen werden, während deren am Schlusse der verflochtenen Amtsperiode nur 9 im Räte waren. Ferner sind gewählt 69 Freisinnige und 44 Konservative.

**Bern, 9. Mai.** (Fig. Ver.) In wirtlicher Weise ist der Bundesrat der Meinung der Direktion der Arth.-Mitt.-Bahn begegnet. Wiederholt war sie aufgefordert worden, dem Eisenbahn-Departement die Tabellen betreffend die Arbeitszeit und Ausbeute des Personals für die letzte Winteression einzureichen, allein vergebens. Da wurde ihr eine letzte kurze Frist gesetzt unter Androhung der Anwendung des Eisenbahn-Gesetzes, wonach die Konzession als erloschen erklärt und die Bahn zur öffentlichen Versteigerung gebracht wird. Das wirkte. Die Tabellen fanden nunmehr reich ihren Weg nach Bern. Auch dieser Vorgang ist eine Widerlegung der Sozialdemokratischen Behauptung, daß sich in der Schweiz um die Ausföhrung der erlassenen Bestimmungen niemand Sorgen mache.

### Spanien.

**Küstenverteidigung in Spanien.** Madrid, 8. Mai. Der Kriegsminister Balanueva widerspricht der Ansicht, daß die für die Landesverteidigung ausgesetzten Kredite nur für Verteidigungsmassregeln auf den kanarischen Inseln und den Balearen bestimmt seien. So notwendig auch die Sicherung dieser Inselgruppen sei, so richte sich doch die Aufmerksamkeit der Landesverteidigung in gleicher Weise auch den festländischen Küsten Spaniens zu. Das Ministerium habe leider Mitteilungen erhalten, welche darauf schließen lassen, daß von mehreren Seiten aus die jetzige geringe Verteidigungskraft der spanischen Küsten zum Ausgangspunkt strategischer Pläne benützt werde. Es sei daher nötig, so schnell als möglich diesen Zustand zu ändern.

### Rußland.

**Zur Hungernot in Rußland.** Petersburg, 10. Mai. Auf Anordnung der Kaiserin Alexandra begeben sich am 13. Mai die Mitglieder des Kuratorenkomitees der Arbeiterhäuser, Wirtl. Geheimrat Gassin, Wraschkoj und Baron Kurghow in die von der Kaiserin ernannte heimgekehrte Gouvernements, um eine Enquete über den Umfang des Notstandes anzustellen und Mittel zur Linderung der Not zu ergreifen. Die Kaiserin Alexandra hat zum Heilen der Notleidenden aus eigenen Mitteln 50 000 Rubel gespendet.

### Türkei.

**Die Armenier in der Türkei.** Konstantinopel, 10. Mai. Der Kommission, welche dazu bestimmt ist, mit den Delegierten des armenischen Komitees (einem aus Paris und zweien aus Venedig) über die zur Verbesserung der Lage der Armenier zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten, gehören an: der Minister des Innern und der Unterrichtssekretär des Reichs, ferner Ahmed Djelaleddin Pascha sowie der Ministerialrat von Pera, Enver Bey, außerdem Dextan Bey und der Advokat Akkor Effendi, die als Vermittler zwischen der Regierung und den armenischen Komitees fungieren. Die Delegierten, denen für die Zeit ihres Aufenthaltes in Konstantinopel freies Geleit zugesichert ist, sind noch nicht eingetroffen; die Verhandlungen, sie zum Erscheinen zu bewegen, sind erneuert worden.

### Afrika.

**Zwischen England und Transvaal** dauern die Verhandlungen fort; die Lage ist andauernd ernst, doch scheint die Regierung der Südafrikanischen Republik geneigt, in den wichtigsten Punkten Zugeständnisse zu machen. Die vorliegenden Verhandlungen lauten: London, 10. Mai. Der Johannesburg-Beichterstatter der „Morning Post“ drückt, er habe mittelbar von einem hervortretenden Würdigen in Pretoria erfahren, daß Präsident Krüger und die verträglichsten Mitglieder der Regierung den ganzen Sonntag über Verhandlungen pflegten und beschlossen, den zu Gunsten der Interessen der Briten gemachten Vorstellungen nachzugeben. — Präsident Krüger hat heute geäußert, die Regierung sei bereit, eine Erweiterung des Wahlrechtes zu bewilligen, wofür die Rechte der alten Bürger geschützt werden, aber die Rechte, die eine Erweiterung des Wahlrechtes verlangten, seien nicht geneigt, Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Kapstadt, 9. Mai. Die Transvaalregierung ist geneigt, den Briten wesentliche Zugeständnisse zu machen, sie würde sich aber nicht durch die Drohung mit Gewalt dazu zwingen lassen.

## Parlamentarisches.

### Postnovelle.

In der Postkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die zweite Lesung der Novelle zum Postgesetz fortgesetzt bei Artikel 4B, der die Entschädigung der Bediensteten der Privatposten betrifft. In erster Lesung ist beschlossen worden, daß sie, je nachdem sie beschäftigt waren, 3 bis 6 Monate für 1/2, bis 1 Jahr für 1/2, bis 1 1/2 Jahre für 1/2, bis 2 Jahre für 1/2 und für jedes weitere Jahr 1/2 mehr des zuletzt bezogenen Jahresgehalts als einmalige Entschädigung erhalten sollen. Abgeordneter Singer beantragt nun, mit 1/2 anzufangen und bis zu 12 Jahren auf 1/2 steigen zu lassen (nach dem Beschluß erster Lesung bis 1/2), die Regierungsvertreter beschließen den Antrag, der 400 000 M. mehr erfordert würde. Auch Müller-Sagan (B.) ist dagegen. Es handle sich um eine Entschädigung, nicht um eine Prämierung der Leute. Müller-Sagan (fri. Sp.) wünscht Wartidat der Privatpostbeamten mit den Reichspostbeamten. Es sei notwendig, Angesichts dieses ersten Falles der Verstaatlichung, eine Norm für die Entschädigungen zu schaffen, da man nicht wisse, ob weitere Verstaatlichungen folgen werden. Abg. Dr. Baasche beantragt, die Entschädigungen bis zur Beschäftigung von 8 Jahren nach dem Beschluß erster Lesung, von da ab nach dem Antrage Singer festzusetzen. Er begründet seinen Vorschlag durch den Hinweis, daß namentlich für die älteren Unterbeamten eine bessere Entschädigung geschaffen werden müsse. Singer betont, die Entschädigung solle keine Ausnahme sein, sondern die Möglichkeit bieten zur Schaffung einer eigenen Existenz. Auf ein paar Hunderttausend Reichsmark dürfe es nicht ankommen. Es gelte eine Curie der Unzufriedenheit zu verstopfen und die vorliegende Gesetzgebung verständlicher zu machen. — Nach der Vorlage und dem Beschluß erster Lesung sind von der Entschädigung diejenigen Bediensteten ausgeschlossen, die von der Postverwaltung übernommen werden. Müller-Sagan beantragt hier folgenden Zusatz: „Bei der Uebernahme in den Reichspostdienst ist den Bediensteten der Privatpostanstalten die in deren Dienst verbrachte Zeit so anzurechnen, als ob sie im Reichspostdienst thätig gewesen wären.“ Bei der Abstimmung wird der Entschädigungssatz für die Beamten nach dem Antrage Baasche angenommen. (Als bis 6 Monat 1/2, bis 1 Jahr 1/2, 1 1/2 Jahre 1/2, 2 Jahre 1/2, 3 Jahre 1/2, 4 Jahre 1/2, 5 Jahre 1/2; von da ab pro Jahr je 1/2 mehr des zuletzt bezogenen Jahresgehalts.) Nach dem Antrage Singer wird aber folgender Zusatz beschlossen: „Gehälter oder Arbeitsverdienste, welche mehr als 5000 M. pro Jahr betragen haben, dürfen nur mit 5000 M. bei der Feststellung der Entschädigung angerechnet werden.“ Der Antrag Müller, betr. die Uebernahme der in Privatpostdienst verbrachten Dienstjahre bei Uebernahme der Privatposten in den Reichspostdienst, wurde ebenfalls angenommen; der ganze Artikel 4B, betr. die Entschädigung der Beamten, wurde sodann, wie er sich nach den vorherigen Abstimmungen gestaltet, mit 29 Stimmen angenommen. Hierauf wurde über Art. 4 A abgestimmt, betr. die Entschädigung der Privatpostanstalten, welcher in erster Lesung unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen wurde. Hier wurde lebhaft der vom Abg. Prinz Krenberg beantragte Zusatz angenommen, daß bei Feststellung des entgangenen Gewinns der Reingewinn des ersten Geschäftsjahres nach Errichtung der Anstalt nicht in Betracht zu ziehen ist. Der ganze Art. 4 in der veränderten Fassung gelangte mit 18 Stimmen zur Annahme. Einstimmig wurde sodann noch folgende von Dr. Vöckel beantragte Resolution angenommen: „Die Reichs-Postverwaltung zu ersuchen, bei der Entschädigung kleinerer Privatpostanstalten, namentlich soweit solche den ausschließlichen Erwerb von Familien bilden, größtmögliche Entgegenkommen walten zu lassen.“ Eine Resolution Singer, auf weitere Herabsetzung des Portos für geschlossene Briefe auf 3 Pf., für geschriebene Postkarten auf 2 Pf. und für gedruckte Postkarten auf 1 Pf. Bedacht zu nehmen, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt. — Damit ist die Beratung der Postnovelle in der Kommission beendet. Freitag wird die Beratung der Fernsprech-Gebühren-Ordnung fortgesetzt.

**Die Kommission für das Fleischschlaggesetz** Ichte mit großer Mehrheit in ihrer Mittwoch-Sitzung den § 13, nach welchem im Nahrungs- oder Genusswert herabgesetztes Fleisch als minderwertig vom Fleischbeschauer erklärt werden kann, ab. — Vom § 16 wurde nur der Absatz 3 in der Abänderung, daß Fleisch, welches zwar nicht zum menschlichen Genuß bestimmt ist, aber zum menschlichen Genuß verwendet werden kann, es es zur Einföhr zugelassen wird, zum Genusse für Menschen unbrauchbar gemacht werden muß, angenommen. Staatssekretär v. Posadowsky machte der Kommission die Mitteilung, daß die verbündeten Regierungen das größte Interesse an der Weiterberatung und Abstimmung der betreffenden Vorlage hätten. — Nächste Sitzung Freitag, den 12. d. M.

## Der Vergarbeiter-Streik in Belgien.

Vom Dienstagabend wird uns aus Brüssel geschrieben: Der Streik hat sich ausgebreitet im Vortage; an der Peripherie aber haben einige Bergleute die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streiker und viele Frauen marschieren auf die Streikbrecher los — und die Gendarmen waren gezwungen, einzuschreiten. Die Wahrheit ist es: hätten alle Arbeiter, welche schon gestreikt haben, vom ersten Tag ab gestreikt, so hätten die Arbeiter auch schon ihre verlangten 20 Prozent Lohnverbesserung erhalten. Ueberall richten die Sozialdemokraten Meetings aus, um Ruhe zu predigen. Soeben verläßt mich Genosse Desuissieux, der die Meetings für den Freitag mit Genossen Marville (auch Abgeordneter von Mons) ordnet.

Zu Charleroi bleibt der Streik allgemein. Das Proletariat wurde hier seit vier Jahren vom Genossen Leonard organisiert, und ohne daß hier eine ernstliche gewerkschaftliche Organisation vorhanden wäre, bleibt der Streik hier ruhig und allgemein, ohne die kleinste Schwäche. Das Manifest der Vergarbeiter-Assoziation wird überall verteilt und auch die sehr zahlreich ausgetragene Militärmacht vermag nicht zu beweisen, daß die Kohlemagnaten recht haben. Der Minister Cooreman hat den Mitgliedern der „Conseils de l'Industrie et du travail“ einen Brief geschrieben, worin er sagt, daß er diese Organisation wieder zusammennähmen werde, wenn die Arbeiter ihre Beschwerden ziffernmäßig beweisen und ohne imperatives Mandat die Lage besprechen wollen. Die Arbeiter haben den Vorschlag angenommen.

Die Arbeitgeber sind mit dem Vorschlag des Ministers sehr unzufrieden. Sie erklären, er sei absurd, daß der Streik so lange dauere. Im Centrum beginnen die Unternehmer zurückzuweichen. Die Minen von Mariemont haben schon 5 Proz. Vermehrung gegeben und heute versprechen sie eine neue Lohnverbesserung. Der Gemeinderat von Daine St. Pierre hat beschlossen, den Streikern eine Summe zu überweisen.

Es werden Meetings für Frauen angekündigt. Im Lütticher Beden hat sich der Streik ausgebreitet in Namalle, in Zempappe und Bois de Vreux.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Mittwoch, den 10. Mai 1900, nachmittags 8 Uhr.

Der Ausschuss für die auf Uebernahme der Simonstraße bezügliche Verbreiterung der Alten Jakobstraße gerichteten Anträge ist gewählt; ihm gehören u. a. Stadtvorordneten Herzfeld und Tollsdorf an.

In der Angelegenheit der Verlegung der Sammlungen des Märkischen Provinzialmuseums aus dem Köllnischen Parkhaus empfiehlt der zur Beratung des hierauf bezüglichen Antrages Ausschuss, den Magistrat zu ersuchen, den Abdruck des Köllnischen Parkhauses im Oktober a. o. zu begeben und der Versammlung über die einstweilige Verlegung der

qu. Sammlungen und des Gewerbegerichtes eine baldige Vorlage zu machen. Der Ausschussantrag ist aber nur mit 4 gegen 4 Stimmen gefaßt worden.

Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt, da Stadt. Reichnow mitteilt, daß schon in nächster Woche eine Magistratsvorlage an die Versammlung gelangen soll.

Die aus Anlaß der im St. Josef-Waisenhaus zu Potsdam am geliebten Pädagogin in der Versammlung gestellten Entschädigung sind von dem eingeleiteten Ausschusse vorbereitet worden, wobei die seitdem fernere bekannt gewordenen Thatsachen, vor allem der Versuch der Beeinflussung des Vormundes, ebenfalls zum Vortrag gekommen sind. Die Vermählungen von einer Seite, die Sache durch motivierte Tagesordnung aus der Welt zu schaffen, haben im Ausschuss keine Gegenliebe gefunden; der betreffende Antrag ist mit 13 gegen 2 Stimmen gefaßt und mit 14 gegen eine Stimme wird empfohlen:

„Den Magistrat zu ersuchen, die von der Berliner Waisenverwaltung in dem St. Josef-Waisenhaus in Potsdam untergebrachten Waisenkinder aus dieser Anstalt baldmöglichst (d. h. sofern es sofort möglich ist, sofort, im übrigen so schnell, als die Waisenverwaltung geeignete Pflegestellen findet) herauszunehmen.“

Referent Stadt. Michalek repliziert auf den Ausschussverhandlungen, daß von einer Seite eine mildere Darstellung des Falles gegeben und von derselben Seite empfohlen worden sei, erst das Ergebnis der Gerichtsverhandlung in zweiter Instanz abzuwarten; nach glaubwürdigen Mitteilungen sollten nicht 50, sondern bloß 20 Giebel und zwar mit einem Stöcken dem Anaben Steinert appliziert worden sein; Schwester Karola sei durch die Entlassung und durch ihre zweimalige Ueberführung vor Gericht genugsam bestraft zc. Alledem gegenüber hätte aber doch der Thatsachenzustand als erwiesen zugegeben werden müssen; nach diesem Thatsachenzustand allein habe man sich zu richten. Der Anabe sei gefesselt und roh geprügelt worden, und dieses unter Aufsicht der sämtlichen Pädagogen, welche der Nichtigkeit beizuhelfen mußten. (Puh!) Erwidert der Anstalt, daß man dem Vormund des Anaben mit Geldbeträgen nahegetreten sei, daß ihm 300 M. für den Fall der Zurückziehung des Prozesses geboten worden seien. Von der katholischen Presse sei leider der Spieß umgedreht worden gegen die städtische Verwaltung. Jurist hielt es, wie sollten die Kinder in der Anstalt lassen, weil sie sonst nicht mehr lebensfähig sein würde; jetzt aber heiße es, die Kinder kosteten der Anstalt mehr als Verlu bezahle, die Stadt könne sich also dafür bedanken, daß die Kinder dort erzogen würden. Wie reimte sich das zusammen? Ferner sei behauptet, die Versammlung sei ungenügend gegen die katholische Religion. Niemals haben wir hier oder im Ausschuss eine Spitze gegen die Konfession gerichtet, diesen Vorwurf weise ich mit größter Entschiedenheit auf das allerlebhafteste zurück! (Stimmliche Zustimmung.) Die Waisenverwaltung treffe kein Vorwurf, ihr solle auch keine Belegenheit bereitet werden. Sie habe die bündige Erklärung abgegeben, daß sie strikte nach diesem Beschluß verfahren werde. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Debatte wird der Ausschussantrag fast einstimmig angenommen.

Den Beschlüssen der Versammlung wegen Gewährung von je 1500 M. Fuhrlokkontingentabgung an die beiden Stadtbauräte ist der Magistrat beigetreten.

Gegen die Verlegung der Gerichtsbezirke und gegen die juristische Herabsetzung des Stadtgebietes ist der Magistrat zunächst beim Justizminister, dann aber auch bei den beiden Häusern des Landtags vorstellig geworden.

Das Grundstück Waldemarstr. 77 soll zu Schulzwecken (3792 Quadratmeter à 95 Mark) erworben werden.

Für das ehemals vorzügliche Gelände an der Kirchstraße Alt-Moabit und Spree-Ufer (verlängertes Hefeländer Ufer) hat die Pächterin, die Magdeburger Baubau die Ausnahme einer neuen Straße 15 E. Nth. VII des Bebauungsplanes in der Verlängerung der Wisnuderstraße und die Festsetzung von Fluchtlinien für diese neue Straße beantragt. Der Magistrat ist darauf eingegangen. Die Versammlung überweist die Sache einem Ausschuss von 10 Personen.

Zur weiteren Behandlung der Angelegenheit des Friedhofs der Margarethen im Friedrichshain wünscht der Magistrat demnächst eine gemischte Deputation einzulernen. Der Vorlage ist der ebenfalls bekannte Bericht der Stadthauptmanns Mendrin als Vertreters des Magistrats in der Klageverhandlung vor dem Bezirksauschuss beigegeben.

Abg. Genosse Kirchner: In der Vorlage ist unser Antrag selbst nicht näher motiviert; die Vorlage teilt Ihnen bloß den Sachverhalt mit, aus dem sich nach der Meinung des Magistrats die Notwendigkeit dazu ergibt. Nachdem sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Vorlage selbst nicht überall auf Billigung rechnen kann, halte ich mich zur Nachholung der Motivierung für verpflichtet. Der Magistrat hatte sich zunächst zu fragen, ob er berechtigt sei, in der Angelegenheit selbständig zu entscheiden, oder ob er verpflichtet sei, die Zustimmung der Versammlung herbeizuführen. Nach dem seiner Zeit gefaßten Beschluß war das nicht ganz unangebracht, denn in dem Beschluß ist ein bestimmter Bauplan nicht ausdrücklich erwähnt und es konnte daher scheinen, als ob die Feststellung und eventuelle Abänderung desselben dem Magistrat überlassen seien. Aber aus der damaligen Magistratsvorlage ergab sich, daß Ihnen damals zwei nicht ganz übereinstimmende Zeichnungen vorlagen, welche auch das Bauwerk charakterisierten, und der Magistrat ist deshalb zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Gemeindecentschluß vorliegt, der auch das Bauwerk selbst in seiner allgemeinen Charakteristik mit in sich schließt, und daß der Magistrat davon so lange festhalten muß, bis eine abändernde Beschlußfassung beider Behörden vorliegt. Diese Auffassung hat Herr Jelleke vertreten, ich teile sie, und der Magistrat hat sich ihr angeschlossen. (Bravo!) Die Vorlage bedeutet also die Anerkennung, daß ein Gemeindecentschluß vorliegt, der nur mit Zustimmung beider Teile abgeändert werden kann. Der Magistrat hat sich ferner gefragt, ob er sich zunächst selbständig schlichtung machen oder von vornherein mit der Versammlung schlichtung nehmen sollte. Der Magistrat hat sich zu dem letzteren Wege entschlossen, um damit zu dokumentieren, daß es ihm von der größten Bedeutung erscheint, in dieser ersten Angelegenheit in Gemeinschaft und einig mit der Versammlung vorzugehen. (Bravo!) Aus diesen beiden Gedanken heraus ist der Antrag entstanden. Er enthält keine materielle Beschlußfassung, sondern erstreckt sich zunächst nur auf die formale Behandlung der Frage, und wenn sich die Versammlung veranlaßt sieht, die Bitte des Magistrats, mit ihm über die Angelegenheit in Beratung zu treten, abzulehnen, so möchte der Magistrat dies als Zurückweisung eines berechtigten Wunsches sich merkwürdig empfinden. Nur eine Erwägung scheint mir als möglicher Grund dafür anzusehen zu sein, nämlich, daß die Sache so klar sei, daß es weiterer Beratung nicht bedarf. (Sehr richtig!) Ich glaube, das ist doch nur ein recht äußerlicher Grund, angeschlossen nur für den, der die Angelegenheit lediglich unter dem Gesichtswinkel des gegenwärtigen Rechtsstreites ansieht; und es soweit treiben will, bis der Richter letzter Instanz das letzte Wort gesprochen hat. (Sehr richtig!) Sie rufen: Sehr richtig! Aber schon bei Privatstreitigkeiten ist es nicht immer zweckmäßig, weise oder rühmenswert, wenn die Parteien auf ihrem Stehen bestehen und bis zum äußersten ihre Rechte verfolgen. Wenn das in Privatfällen gilt, wieviel mehr bei Streitigkeiten des öffentlichen Rechts! Ein erster politischer Mann sollte die Sache nicht nur vom Standpunkt der Parteiparteien betrachten, sondern ist verpflichtet, die Sache zu beurteilen aus der Gesamtheit der Verhältnisse heraus, aus denen die Entscheidung erfolgen muß. Es wäre doch in der That angezeigt, wenn diese Erwägung ruhig und sachlich vorgenommen würde. Zwei Anforderungen müssen dabei erfüllt werden, einmal, daß grundsätzlich an den Rechten der Stadt nichts verloren geht, und zweitens, daß nichts verlangt wird, was der Würde der Gemeinde nicht entspricht. Es wäre aber der Erwägung

wert, ernstlich zu prüfen, ob nicht Wege vorhanden sind, diese nicht angenehme, nicht schöne, nicht erfreuliche Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. (Unruhe). Materielle Vorschläge kann ich nicht machen namens des Magistrats; ich lehne das auch für meine Person ab, schon um nicht in diesem Augenblicke vorzugreifen und mich selbst innerlich festzulegen. Aber ich darf Sie doch darauf aufmerksam machen, daß eine Reihe von Erwägungen möglich ist, die man nicht ohne weiteres von der Hand weisen kann. Es ist nicht immer richtig und nicht immer nötig, das Recht im einzelnen konkreten Falle aufzuerheben zu verfolgen. Der Grund, weshalb der Magistrat die Klage angefragt hat, ist wenigstens zum Teil der gewesen, daß man sich sagte, wir dürfen die Begründung des Gegners nicht als richtig anerkennen, die dem Magistrat unrichtige Motive unterliehen. Damals schon ist im Magistrat die Meinung geltend gemacht worden, daß, wenn sich im Laufe des Prozesses ergibt, daß dieser Grund wegfällt, die Veranlassung für viele Mitglieder fortgefallen sein würde, für die Fortführung des Prozesses zu stimmen. (Hört, hört!) In dem Augenblick, wo der Prozeßgegner anerkennt, daß im wesentlichen der Beschluß der städtischen Behörden sich in einer Weise ausführen läßt, der er seinen Widerspruch nicht entgegenzusetzen würde, ist anerkannt, daß die erheblichen Einwendungen wenigstens nicht gegen das Ganze der Anlage gerichtet sind. In der zu Grunde liegenden Zeichnung ist eine Inschrift nicht vorhanden. Der Antrag geht auf Genehmigung des Bauwerkes; auch wenn der Prozeß gewonnen würde, hätte die Frage der Inschrift noch keine Erledigung gefunden. Die Möglichkeit ist aber vorhanden, wenigstens vorläufig von der Jurisdiktion der Klage Abstand zu nehmen, einen anderen Plan für das Bauwerk vorzulegen, und erst nachträglich (Unruhe), wenn die Sache gewissermaßen gegenstandslos geworden wäre, bräunte die Jurisdiktion zu erfolgen. Ja, man könnte sich sogar ein neues Bauwerk konzessionieren lassen und doch den Prozeß fortführen, wenn das durchaus gesehen soll. Also: Erst wägen, dann wagen! Es ist mir nicht ersichtlich, wie man es ablehnen kann, mit einer Schlichtungsbehörde darüber in Verhandlung zu treten. Auch die heutige Entscheidung wird von unseren Mitbürgern und weiteren Kreisen gespannt erwartet, an Ihre Beschlußfassung können sich möglicherweise wichtige Entscheidungen knüpfen. Ich wünsche, daß Ihre Beschlüsse zum Segen unserer Stadt gereichen. (Bravo!)

Stadt. Herms: Die Ausführungen des Bürgermeisters sind korrekt und seine Darlegungen von seinem Standpunkte aus verständlich. Aber wir können auf den Weg, den er andeutet, nicht treten. Die Angelegenheit ist nicht von uns aufgebaut worden; wir müssen die andere Seite für die Konsequenzen verantwortlich machen. Die prinzipielle Bedeutung der Sache geht weit hinaus über die Frage, ob das Bitter einfacher gestaltet werden soll oder nicht. Es handelt sich darum, festzustellen, ob das Polizeipräsidium berechtigt ist, die Bauerlaubnis aus den angegebenen Gründen zu versagen. Dazu besitzt nach unserer Meinung das Polizeipräsidium das Recht nicht. (Zustimmung.) Heute können wir nicht anders als einstimmig den Antrag ablehnen. (Beifall.)

Stadt. Kalisch: Ich habe namens meiner Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir auf den Vorschlag des Magistrats nicht eingehen können. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Verlegung der Bauerlaubnis für das Portal zum Friedhof der Märzgefallenen seitens der Wapologie einen ungesetzlichen Eingriff in die Rechte der Stadtgemeinde bildet. Wir halten es für unbedingt erforderlich, diesem Eingriff mit allen gesetzlichen Mitteln auf dem uns zu Gebote stehenden Rechtswege entgegen zu treten. Deshalb erwarten wir, daß der Prozeß weiter geführt wird und sich der Magistrat auf eine Einigung nicht einläßt. (Beifall.)

Stadt. Vorkmann: Ich bitte namens meiner Freunde den Magistratsantrag abzulehnen. Beim Durchlesen der Vorlage hat mich ein Gefühl der Beschämung befallen, daß die Stadtgemeinde Berlin sich eine solche Behandlung gefallen lassen muß. Die Ausführungen, welche der Präsident des Bezirksausschusses machen zu müssen geglaubt hat, waren ganz deplaciert und von uns gar nicht verlangt. Wir haben keineswegs die Meinung des Herrn hören wollen, sondern es handelte sich um ein Gerichtsurteil darüber, ob eine einfache Bauerlaubnis, wie sie jedem Privaten gewährt werden muß, der Stadt Berlin verweigert werden kann aus Gründen, die wir alle als stichhaltig nicht gelten lassen können. Der Bürgermeister glaubt dahin wirken zu sollen, daß wenigstens eine würdige Umrahmung des Friedhofes erreicht wird. Darauf kommt es für uns nicht an; lieber wollen wir den gegenwärtigen Zustand des Friedhofes unverändert erhalten. (Zustimmung), er ist für uns dann auch ein Denkmal und sogar ein schönes Denkmal. Gewiß ist die Stellung des Magistrats der Frage gegenüber eine höchst unangenehme; aber nicht wir haben diese Situation geschaffen. Wenn wir rücksichtslos behandelt werden, können wir nicht rücksichtslos zurückweichen. Wir müssen ruhig abwarten, wie sich die Verhältnisse weiter gestalten. Geht man gegen uns ungerichtet vor, so müssen wir uns das gefallen lassen, aber lieber Unrecht leiden, als etwas von unserm guten Rechte opfern! (Beifall.)

Stadt. Spindler: Ich habe keinen Grund, weshalb man der Bitte des Magistrats nicht nachzugehen solle, und erkläre mich für die Niederlegung einer gemischten Deputation. Damit schließt die Verhandlung. Der Magistratsantrag wird gegen etwa 4-5 Stimmen abgelehnt. Schluß 7 Uhr.

**Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat die nachstehende Anfrage an den Magistrat gerichtet:**

Die Unterzeichneten fragen bei dem Magistrat an, ob und welche Maßregeln er zu ergreifen gedenkt, um seiner in der Sitzung der Stadtverordneten vom 18. März 1899 abgegebenen Erklärung über die Art der von den Angestellten des städtischen Vieh- und Schlachthofes auszustellenden Gehaltsquittungen Geltung zu verschaffen.

Wir sind neugierig, wie sich der Magistrat aus der Angelegenheit herauswinden wird. Vielleicht kriecht der Magistrat vor der sprichwörtlichen Grobheit des Stadtrats Häbner ins Mausloch.

**Der Ausschuss zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Erwerb der zur Verbreiterung der Wallstraße noch erforderlichen Flächen sowie den Erwerb von Flächen zur Verbreiterung der Königstraße zwischen der Poststraße und dem israelischen Grundstücke hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Erwerb der Straßenflächen in der Wallstraße abzulehnen und wegen der Erwerbung solcher Flächen in der Königstraße durch den Magistrat noch mit zwei Eigentümern wegen Herabsetzung ihrer Forderung in weitere Verhandlungen einzutreten. Die Flächen in der Wallstraße erschienen dem Ausschuss zu teuer.**

## Partei-Nachrichten.

**Die internationale Konferenz,** welche den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongress vorbereiten soll, wird am 26. und 27. d. M. — Freitag und Samstag — nach Pflanz in Brüssel tagen. Der Konferenz wird eine Besprechung der Genossen vorausgehen, welche das Bureau des Londoner Kongresses bildeten und von diesem den Auftrag erhielten, die Einladungen zum nächsten Kongress derart vornehmen zu lassen, daß keine fremdartigen Elemente sich zur Teilnahme berechtigt halten können. Zu der Konferenz sind — soweit uns bis jetzt bekannt ist — französische, englische, deutsche, österreichische, schweizerische, dänische, belgische und holländische Genossen angemeldet. Kamentlich wird, wie wir schon mitteilten, die französische Sozialdemokratie zahlreich vertreten sein.

Dieselbe erscheint zum erstenmal geeinigt bei einer internationalen Kundgebung — ein gute Vorzeichen für den zweiten internationalen Arbeiterkongress von Paris. —

**Ehrgang der Märzgefallenen in Dresden.** Bei strömendem Regen pilgerten am Dienstagabend zwischen 5 und 8 Uhr Tausende von Arbeitern, Parteigenossen nach dem auf dem Trinitatis- und dem Armenfriedhofe befindlichen Massengräbern der Toten, die vor 50 Jahren ihr Leben im Dienste der Freiheit auf den Barracken ließen. Alljährlich ist der 9. Mai von den Dresdener Arbeitern dem Andenken dieser großen Toten gewidmet, der Toten, deren heute niemand weiter mehr als der Arbeiter gedenkt. Noch nie dürfte aber die Ehrgang in solchem Umfange gesehen sein, wie diesmal am 50-jährigen Gedenktage jener großen Zeit. Die Gräber waren dicht mit großen prächtigen Kränzen, welche Schleifen mit entsprechenden Widmungen hatten, behängt. Es werden etwa 70 solcher Kranzspenden gewidmet worden sein. Fast sämtliche Gewerkschafts-, sowie die Partei-Organisationen von Dresden und Umgebung brachten in dieser Weise ihre Gefühle zum Ausdruck, ebenso der Arbeiterinnen-Verein, Redaktion und Personal der „Arbeiter-Zeitung“, Verein für Volksbildung u. a. Eine erschütternde Wirkung übte ein mächtig großer, einfacher Kranz aus Epheu und Edelweiß auf alle Vorübergehenden aus, auf dem folgende schlichten Worte auf einem weißen Papptäfelchen mit schwarzer Tinte niedergeschrieben waren:

An Euch gedenken heut viel tausend Treue,  
Ihr, die Ihr für die Freiheit tritretet heiß.  
Auch ich leg' zur Erinnerung eine Gabe  
Auf Euer Grab — ein schlichtes Edelweiß.  
Ein treuer Kamerad.\*

Wieviel liegt in diesen schlichten Worten! Selbstverständlich wachte auch diesmal die stark vertretene Polizei mit Argusaugen, daß nichts Polizeiwidriges geschehe. So mußte eine rote Schleife mit folgender prächtigen Widmung vom Kranze entfernt werden: „Schande, der Bande, die Freiheit belämpft.“ An einem anderen Kranze las man die Aufschrift: „Schleife konfisziert.“ Die Polizei geht eben auch auf dem Friedhofe los; nicht einmal die Toten sind davor sicher. Bis zum Thoreschluss der Kirchhöfe kamen und gingen die Arbeiter — meist direkt von der Arbeit, im schlichten Arbeitergewand, aber sicher mit Gefühlen im Herzen, die mehr als alles andere polizeiwidrig sind, gegen die aber die Polizei ohnmächtig ist.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Verboden** wurden in Dresden 3 Versammlungen, in denen am 9. Mai über die Dresdener Revolution gesprochen werden sollte. Unfittlichkeit und Gesetzesübertretungen sollten zu befürchten sein.

— **Drei Verhaftungen wegen der Maiseier** sind von der Staatsanwaltschaft in Dresden veranlaßt worden. Es handelt sich um drei ledige Arbeiter der Lampen- und Leuchterfabrik von Seifert in Rößlau. Dort feierten am 1. Mai durch Arbeitsruhe außer 13 städtischen Arbeiter gegen den ausgeprochenen Willen des Fabrikanten. Maßregeln konnte letzterer aber trotz aller Unternehmerbeschlüsse keinen, da er die Arbeiter dringend braucht und froh war, daß sie am Dienstage pünktlich wieder zur Arbeit erschienen. Aber die „Aufreger“ sollen nun mit Hilfe eines Denunzianten, der leider sich unter den Feiern befand, gefaßt werden. Die drei Verhafteten sollen durch verschiedene, sicher nicht schlimm gemeinte Redensarten bei einer Verprechung über die Maiseier auf die anderen eingewirkt und sich dadurch der „Bedrohung“ und „Nötigung“ schuldig gemacht haben. Sie wurden hier vom Arbeitsplatze weg verhaftet.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Die Osenfelder der Dietrichschen Osenfabrik** in der Steinstraße erreichten durch geschlossenes Vorgehen einen, wenn auch kleinen, so doch nicht unbeachtlichen Erfolg. Bisher wurden in diesem Geschäft 10 Proz. und mehr von dem 86 er Tarif abgezogen. Da die Leute dabei nicht mehr bestehen konnten, gingen sie gemeinschaftlich vor und erlangten die Zusicherung, daß jetzt nur noch 5 Proz. abgezogen werden würden. Dies brachte den circa 150 bisher nicht organisiert gewesenen Arbeitern den Wert einheitlichen geschlossenen Handelns zum Bewußtsein und sie erklärten, nunmehr der Organisation beizutreten zu wollen. Hoffentlich halten sie ebenso Wort, wie sie es von ihrem Unternehmer verlangen.

### Deutsches Reich.

**In Magdeburg** streikten die Arbeiter der Metallwerke vorm. J. Aders, Aktiengesellschaft Magdeburg-Kneustadt, mehrere Hundert Mann.

**Die Maler und Anstreicher in Halle** sind in den Streik eingetreten. Sie fordern 45 Pf. pro Stunde für Maler, 40 Pf. für Anstreicher, 1/4 Stunden per Tag, für Ueberstunden 25—50 Proz. Zuschlag. Gänzlichen Wegfall der Accorarbeit. 14 Unternehmer haben die Forderungen bewilligt, 100 Arbeiter streikten.

**Die Maurer und Zimmerer in Straßund** richteten an die Meister eine Forderung wegen Erhöhung des Lohnes, doch wurde dieselbe abschlägig beschieden. Sie hielten daher am 6. d. M. eine Versammlung ab und beschlossen, den allgemeinen Streik für Straßund zu proklamieren. Am 8. Mai trat derselbe ins Leben. Die Maurermeister hielten darauf eine Versammlung ab, um wegen der erhöhten Lohnforderung zu beraten, doch ist bis jetzt noch keine Einigung erfolgt.

**Infolge der Fete des 1. Mai** wurde den Arbeitern der Firma Weiss u. Co. in Stuttgart ein Strafabzug von einem halben Tag gemacht. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, legten 170 Metallarbeiter und 40 Schreiner die Arbeit nieder.

**Goldschläger-Bewegung.** Sämtliche Goldschläger und die in den Goldschlägereien beschäftigten Arbeiterinnen in Nürnberg und Schwabach sind in den Ausstand getreten. — Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

**Der Prozeß gegen den aufgelösten Verband der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter** ist nunmehr beendet, und zwar zu Ungunsten der Kläger. Es hatten sich bekanntlich 36 arme, mißleitete Vergleute dazu verleiten lassen, die Liquidation dieser polizeilich aufgelösten Arbeiterorganisation auf Rechnungslegung zu verlagern. Sie sind nunmehr auch vom Reichsgericht in letzter Instanz abgewiesen worden und müssen die nicht unbeträchtlichen Kosten bezahlen.

### Ausland.

**In Weisau (Mähren)** haben mehrere Seidenwebereien freiwillig den Feiertag bewilligt, um das Uebergreifen des Brünner Streiks nach dort zu vermeiden.

**Santander (Columbische Republik, Süd-Amerika), 10. Mai.** Etwa 1000 Bahnarbeiter und Vergleute sind in Comargo in den Ausstand getreten. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

## Gerichts-Beitrag.

**In einer Seeschlange** scheint die seit länger als Jahresfrist gegen Genossen P. Jahn schwebende Anklage wegen angeblicher Richter- und Gendarmenbeleidigung, die er in einer Versammlung in Dommitzsch a. E. begangen haben soll, sich auszuwachen. Nachdem Jahn vom Landgericht in Torgau deshalb zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte die von ihm eingelegte Revision beim Oberlandesgericht in Rumburg infolge Erfolg gehabt, als das Urteil unter der vom Rechtsanwalt Dr. Herzfeld angeführten Begründung aufgehoben und an die Verurteilungsinstanz, d. h. an das Landgericht in Torgau zurückverwiesen wurde. Am 9. Mai war dieserhalb ein neuer Termin vor dem Landgericht in Torgau anberaumt worden. Da aber, wie schon vermutet, der Vorsitzende dieses Gerichtshofes sowie die Richter diese selben waren, die das damalige Urteil gefällt hatten, gab Jahn vor Beginn der Verhandlung folgende Erklärung ab:

„In anbetraht der Thatsache, daß der heutige Vorsitzende des Gerichtshofes, Landgerichtsdirektor Bachmann, derselbe ist, der die frühere Verhandlung leitete und mich selbst in der Verteidigung beschränkte, lehne ich diesen Richter als Vorsitzenden wegen Befangenheit ab.“ Die Wirkung dieser anscheinend unermittelten Erklärung war eine vollständige. Zunächst eine überraschende Verurteilung des Vorsitzenden, dann Verurteilung des Gerichtshofes mit folgendem Ergebnis: „Dem Antrag des Angeklagten mußte in Rücksicht auf die frühere Verhandlung und unter den gegebenen Umständen stattgegeben werden. Da aber ein anderer Richter augenblicklich nicht beschafft werden kann, um die heutige Verhandlung zu leiten, wird die Abhaltung des Termins bis auf weiteres vertagt.“ Die ganze Verhandlung hatte nur etwa 20 Minuten gedauert.

**Eine von seinem „Führer“ verübte Denunziation** führte den Drohschlichter Kunzendorf auf die Anklagebank unter der hiesigen Anklage der Unterschlagung. Kunzendorf stand bei dem Führer hiesigen Völle in der Königgräberstraße in Arbeit und fuhr eine Drohschleife mit Fahrpreisanzeige. In diesem Betriebe war es Brauch, daß die abends heimkehrenden Drohschlichter immer erst am nächsten Morgen vor dem Anspannen abrechneten bezw. dem Führer das diesem zustehende Fahrgehalt ablieferten. Am 9. Februar hatte nun Kunzendorf nach Ausweis des Fahrpreisanzeigers eine Einnahme von 5,30 M. am Morgen des 10. Februar ging Kunzendorf nicht zu Völle, sondern spannte bei einem anderen Führer an, ließ aber durch einen bei Völle beschäftigten Kutscher diesem sagen, daß er ihm das Geld zuwenden werde. Am nächsten Tage jedoch erkrankte Kunzendorf und mußte mehrere Tage im Bette liegen. Aus diesem Grunde schrieb er an Völle eine Mohrpostkarte, auf welcher er diesem die Mitteilung machte, daß er krank und am Erscheinen verhindert sei, aber das Geld sofort bringen werde, sobald er wieder gesund sein würde. Dies hat Kunzendorf denn auch gethan, ist nach seiner Gesandung zu Völle gegangen, hat das Geld abgeliefert, und dieser hat auch das Geld angenommen. Inzwischen hatte Völle schon vorher wegen Unterschlagung denunziert. Die Staatsanwaltschaft hatte auch sofort das Strafverfahren gegen Kunzendorf eingeleitet. Der Gerichtshof des Schöffengerichts, vor welchem diese Angelegenheit zur Verhandlung gelangte, konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß hier von einer Unterschlagung gar keine Rede sein könne und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei.

**Grav Bäcker zu Klein-Tschirne** wird sich am Freitag vor der Strafkammer zu Glogau wegen der belamten Judenreißer-Flugblätter zu verantworten haben.

**Mordprozeß Hermann in Breslau.** Gegen das auf 15 Jahre Zuchthaus lautende Urteil im Mordprozeß Hermann hat der Verteidiger Rechtsanwalt Ramroth die Revision eingelegt.

**Die Stadtverordneten-Versammlung in Salzwedel** hat eine Geschäftsordnung, wonach mit Geldstrafe bis zu 15 M. solche Stadtverordnete belegt werden können, die ohne genügende schriftliche Entschuldigung von einer Sitzung der Versammlung fernbleiben. Die Versammlung hat vor Beginn der Sitzung hierüber zu beschließen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde der Stadt. Kleinhoff in eine Ordnungsgeldstrafe von 3 M. genommen. Er klagte hiergegen beim Bezirksauschuss und machte geltend, daß die Geschäftsordnung insofern rechtlich ungültig sei, als sie Vorschriften über das Verhalten der Stadtverordneten außerhalb der Sitzung enthalte. Der § 48 Abs. 1 der Städteordnung vom 30. Mai 1858 bestimme allerdings, daß es der Stadtverordneten-Versammlung überlassen bleibe, unter Zustimmung des Magistrats eine Geschäftsordnung abzufassen und darin Zuwickelungen der Mitglieder gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften mit Strafe zu belegen. Mit der Aufrechterhaltung der Ordnung könne aber hier nur die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung gemeint sein. Der Bezirksauschuss und das Ober-Verwaltungsgericht erlaubten jedoch zu Ungunsten des Klägers. Der § 48 Abs. 1 der Städteordnung sei soweit gefaßt, daß unter „Ordnung“ in seinem Sinne sowohl die Ordnung verstanden werden könne, die durch das Verhalten der Stadtverordneten in der Sitzung, als auch die, die durch sein Verhalten vor der Sitzung herbeigeführt werde. Die im vorliegenden Falle frittigen Bestimmungen der Geschäftsordnung seien demnach rechtsgültig.

## Vom Gewerkschafts-Kongress.

**Mittwoch's-Sitzung (Privatdepesche des „Vorwärts“).** Der Kongress hörte heute ein Referat Legiens über das Koalitionsrecht. Die Resolution, die sich gegen jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts ausdrückt, wird einstimmig angenommen. Hierauf tritt der Kongress in die Beratung über den Punkt „Arbeitsvermittlung“ ein. Referenten sind Leipziger und Bochumer. Referate und Diskussion füllen die ganze Vormittags- und Nachmittags-Sitzung aus.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Saarbrücken, 10. Mai. (B. G.)** Der lothringische Streik gewinnt an Ausdehnung. Die Belgischen der Gruben in Spittel, Karlingen, sowie der Saar- und Mosel-Bergwerksgeleise, die Belgien gehört, fordern Lohnenerhöhung; falls dieselbe nicht bewilligt wird, treten sie sofort in den Streik ein. Der Kohlenmangel, der durch den Streik in Klein-Rosellen entstanden ist, wird schon für die Industrie in den Reichsländern fühlbar.

**Dresden, 10. Mai. (B. Z. W.)** Nach einer Mitteilung der österreichischen Wasserbauverwaltung von heute Nachmittag 1/2 Uhr ist ein bedeutendes Steigen der Elbe zu erwarten.

**Wien, 10. Mai. (B. Z. W.)** Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus dem Haag gemeldet: Die Mächte haben sich geeinigt, behufs Verhütung von Ueberschreitungen des Programms bei der Abrüstungskonferenz strengere Vereinbarungen zu treffen, als für internationale Konferenzen bisher üblich waren. Demgemäß wurde festgestellt, Zuschriften politischer oder nicht-politischer Vereine an die Konferenz abzulehnen, desgleichen Anträge oder Denkschriften von Regierungen, in denen die inneren Zustände anderer Länder in Erörterung gezogen werden. Der erwähnte Entschluß der Mächte ist den Regierungen der Balkanstaaten bekannt gegeben und auch in Konstantinopel mitgeteilt worden.

**Wien, 10. Mai. (B. G.)** Die Ueberschwennungsgesfahr für Wien kam als beseitigt angesehen werden, da, trotzdem fortgesetztes Regenwetter herrscht, aus den Gegenden der oberen Donau ein Sinken derselben und ihrer Nebenflüsse signalisiert wird, wogegen die Meldungen aus Niederösterreich tröstlich lauten. In vielen Orten, die überschwennt sind, konnten sich die Einwohner nur durch schlammige Flucht vor dem Ertrinken retten. Der auf den Feldern angerichtete Schaden ist sehr bedeutend, jedoch die Ernteaussichten fast vollständig vernichtet sind.

**Marseille, 10. Mai. (B. Z. W.)** Der frühere Maire von Alger Ray Régis ist gestern hier bei seiner Landung verhaftet und von vier Gendarmen nach Grenoble gebracht worden.

**Rom, 10. Mai. (B. G.)** Der deutsche Journalist **Eugen Wolf** wurde vom Papste mit dem Großkordon des Pindeus ausgezeichnet.

**Sevilla, 10. Mai. (B. Z. W.)** Mehrere Dörfer der Provinz Sevilla sind von großen Heuschreckenschwärmen heimgesucht.

**Bukarest, 10. Mai. (B. Z. W.)** Das amtliche Blatt meldet die Auflösung der hiesigen Gemeindevorstellung.

**Sofia, 10. Mai. (B. G.)** Der russische Vertreter sprach den Führern der Opposition gegenüber seine Mißbilligung darüber aus, daß sie den Namen Auslands fortgesetzt mißbrauchen, denn die russische Regierung habe gar kein Interesse, sich in die inneren bulgarischen Angelegenheiten zu mischen.

Reichstag.

79. Sitzung, Mittwoch, 10. Mai 1899. 1 Uhr. Am Tisch des Bundesrats: v. Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des neuen Invalidenversicherungs-Gesetzes.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung):

Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, die Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurfs zu vertagen. Meine Gründe sind folgende: Ich habe — und mit mir, wie sie mir bestätigt haben, viele Mitglieder dieses Hauses — die Ueberzeugung, daß der Bericht zu diesem umfangreichen Gesetzentwurf noch nicht lange genug in den Händen der Mitglieder ist, als daß sie ihn in einiger für ihre Entscheidung im Plenum genügenden Weise hätten durcharbeiten können.

Außer dem Umstande, daß der Bericht noch nicht lange genug in den Händen der Mitglieder ist, habe ich auch sonst noch Gründe, das Haus um eine Vertagung zu eruchen. Der Bericht ist nur teilweise an die Mitglieder gelangt. Erst hat man die Zusammenstellung, dann hat man den Bericht bekommen; der letzte Teil dieses Berichts ist, wie mir mitgeteilt, einem Teile unserer Mitglieder erst gestern zugegangen.

Aber ganz abgesehen davon, bin ich allerdings skeptisch genug, daran zu zweifeln, ob, wenn die zweite Beratung heute beginnt und sich bis tief in die nächste Woche hinauszieht, wir noch an allen Tagen die Freude haben werden, ein beschlußfähiges Haus vor uns zu sehen. Wir haben allerdings die Abnützung, dieses außerordentlich wichtige Gesetz, namentlich in seinen entscheidenden Bestimmungen, nicht vor einem beschlußfähigen Hause behandeln zu lassen.

Alle diese Gründe veranlassen mich, im Namen meiner Freunde das Haus zu bitten, die Beratung heute zu vertagen und uns wenigstens bis zum nächsten Montag mit dem Studium des Berichts Zeit zu lassen.

Ich bitte Sie also, unserem Antrage auf Vertagung stattzugeben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Als Sie mir die Ehre erwiesen, mich zu dem hohen Posten zu wählen, den ich gegenwärtig hier einnehme, habe ich es als eine der vorzüglichsten meiner Pflichten bezeichnet, die Arbeiten des Reichstages zu fördern (Bravo!) und dies hat mich auch allein veranlaßt, schon jetzt möglichst bald zu dem geschäftsordnungsmäßig zulässigen frühesten Termin die Beratung dieses, ich kann wohl sagen wichtigsten Gesetzentwurfes, der uns vorgelegt ist, anzufangen.

Abg. Dr. Lieber (C.):

Meine politischen Freunde werden nach den ersten Worten, die unser verehrter Herr Präsident an uns gerichtet hat, gewiß sämtlich bereit sein, seinem Vorschlag zu entsprechen. Wenn Herr Singer meinte, die Herren, die neu hier heute angekommen sind, würden während der Nachtfahrt nicht Zeit gefunden haben, den Bericht zu studieren, so wird der geehrte Herr dies füglich jedem einzelnen Kollegen selbst überlassen.

dem Herrn Abg. Singer ganz besonders dankbar, daß er heute schon diese Abnützung zu erkennen gegeben hat. Es liegt darin die ernste Mahnung an uns alle, dem Herrn Abg. Singer den tatsächlichen Beweis zu führen, daß er sich darin genau so verrecknet hat, wie er sich mit seiner gestrigen Anknüpfung für heute verrecknet hat. Er wird sich ja selbst darüber auf das lebhafteste freuen.

Abg. Wollenbuhr (So.):

Wenn wir beantragt haben, die Sitzung zu vertagen, so ist es direkt in der Absicht geschehen, die Arbeiten des Reichstages dadurch zu fördern. Der letzte Teil des Berichts ist in etwas großer Eile zusammengestellt worden, und so sind in der Zusammenstellung eine solche Reihe von Unklarheiten stehen geblieben (hört! hört!), daß aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn das Gesetz hier im Reichstag schnell durchgearbeitet werden würde, viele Widersprüche in das Gesetz selbst übergehen würden.

Auf der heutigen Tagesordnung wird nur gesagt, daß die Unterchriften der Herren Frankan und Jacobstötter zu streichen sind, darnach wäre Herr Frankan zum Schluss der Kommissionsberatung nicht Mitglied der Kommission gewesen. Der Antrag Hise wurde in der letzten Sitzung mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Unter den ablehnenden 7 Stimmen befand sich auch die des Abg. Frankan. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Danach wäre der Antrag eigentlich angenommen. Aber das ist ja nur eine Nebenfrage.

Sie finden dann weiter in § 9, daß da hingewiesen wird auf § 4 Abs. 2. Der hier gemeinte Absatz 2 ist aber der Absatz 4 des § 4. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man hat nämlich übersehen, daß inzwischen zwei Absätze in den § 4 eingeschoben sind. Von derartigen Fehlern wimmelt die ganze Zusammenstellung. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und nun stellen Sie sich vor: wir gehen jetzt an die Beratung des Gesetzes heran, es wird ein großer Teil dieser Fehler mit eingeschlossen, das Gesetz wird erlaidigt, und die Rechtsprechung steht dann vor einem Konglomerat, das sie weder aus noch ein weiß.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.):

tritt als Vorsitzender der Kommission diesen Neuerungen entgegen. Es handelt sich nur um Druckfehler und der Bericht wimmelt auch nicht von solchen, sondern es sind nur drei oder vier. Gegenüber dem Vorwurf, daß in der Kommission mit zu großer Eile gearbeitet worden sei, konstatiere ich nur, daß während der gesamten Sitzung der Kommission nicht ein einziges Mal ein Schlussantrag gestellt worden ist. Niemals ist auch eine einzige Forderung eines Mitgliedes oder einer Partei zurückgewiesen worden bezüglich der Aufnahme eines Satzes oder Wortes. Also von einer Ueberreilung kann nicht die Rede sein.

Abg. Vassermann (natl.):

Auch ich halte es für wünschenswert, daß der Reichstag früher einberufen wird und der Beratungstoff uns in der ersten Zeit zugeht. Den Antrag Singer werden wir ablehnen, weil bereits am vorigen Freitag die Absicht kundgegeben wurde, die Beratung heute zu beginnen; man hätte also bereits Freitag Widerspruch erheben müssen. Eine Gewähr für Beschlußfähigkeit des Hauses ist nach Pfingsten ebenso wenig vorhanden wie vor Pfingsten.

Abg. v. Levetzow (L.):

Meine politischen Freunde wünschen, daß die Tagesordnung festgehalten werde und werden den Antrag Singer ablehnen. Die Vorlage ist in der Kommission in der gründlichsten Weise behandelt worden und meine politischen Freunde sind heute über den Gesetzentwurf vollständig informiert. Wir wollen auch lieber bis zwei Tage vor Pfingsten hier sitzen, als darüber bis tief in den Sommer. Wir würden sehr viel schneller vorwärts kommen, wenn nicht im Gegensatz zu früher, jetzt ungewöhnlich lange Reden gehalten würden. Ich bitte Sie also, den Antrag abzulehnen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Im Namen der überwiegenden Mehrheit meiner Freunde habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir bereit sind, an der Verbesserung des Invalidenversicherungs-Gesetzes mitzuarbeiten. Der Vorwurf aber, daß die Beratung eines so wichtigen Gesetzentwurfes vor beschlußfähigem Hause stattfindet, welches sich mit den Beschlüssen der Kommission hat vertraut machen können. Diese Möglichkeit halten wir gegenwärtig für ausgeschlossen und werden daher für den Antrag Singer stimmen. (Abg. Rindow-Ström: Ra natürlich!)

Abg. Singer (So.):

Wenn der Herr Abg. v. Levetzow sich darüber beklagt hat, daß in letzter Zeit ungewöhnlich lange Reden hier gehalten werden, so nehme ich an, daß er sich damit speziell an seine agrarischen Freunde gewandt hat (Sehr gut! bei den Socialdemokraten; Lachen rechts), denn diese sind es, welche in der letzten Zeit mit langen Reden dem Hause aufgewartet haben. Ich möchte mir gestatten, zu den Ausführungen des verehrten Herrn Präsidenten ein ganz kurzes Wort zu sagen. Es ist mir nicht eingefallen, dem Präsidenten eine allzu große Nachgiebigkeit gegenüber den Regierungen zum Vorwurf zu machen. Meine Bemerkung zielte nach einer ganz anderen Stelle als der des Herrn Präsidenten. Ich bin ganz seiner Ansicht, daß es Aufgabe des Reichstages ist, die Beratung der ihm überwiesenen Gesetze zu fördern; aber für mich heißt fördern nicht überstürzen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Nach meiner Meinung würde die zweite Beratung, die der Herr Präsident jetzt vorgenommen wissen will, insofern eine Ueberstürzung sein, als das Haus für diese zweite Beratung nicht genügend vorbereitet ist. (Lebhafter Zustimmung links.) Wenn mein Freund Wollenbuhr und ich von einer Ueberstürzung gesprochen haben, so war nicht die Arbeit der

Kommission gemeint, sondern der Versuch, schon jetzt, vor der genügenden Vorbereitung, in die zweite Beratung im Plenum einzutreten. Und wenn der Herr Kollege Lieber mit dem Stolz, der ihn ziert (Heiterkeit), versichert hat, daß seine Fraktion genügend orientiert ist, so mag er mir die Bemerkung gestatten, daß, wollte ich ein examen rigorosum mit den Herren des Centrums anstellen, die Note über ihre Kenntnis des Berichts in vielen Fällen heißen würde: mäßigen Ansprüchen kann genügend. (Große Heiterkeit.) Ich gebe es Herrn Dr. Lieber zu, daß er es der Würde seiner Fraktion schuldig ist, nach außen hin zu erklären, daß die Herren wohl vorbereitet in die Beratung eintreten. Aber ich möchte dem doch meinen, daß die Versicherung des Herrn Kollegen Lieber nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten werden kann. Herr Lieber hat gewiß bei seinem fleißigen Studium des Berichts die Mängel und Fehler gefunden, auf die mein Kollege Wollenbuhr aufmerksam gemacht hat; das gebe ich ohne weiteres zu. Aber deshalb sind die anderen Herren doch nicht in derselben Lage, und wenn der Herr erste Vicepräsident meint, daß es sich bei den von Herrn Wollenbuhr gemachten Bemerkungen nur um Druckfehler handle, so ist das ein Irrtum. Es sind keine Druckfehler, sondern materielle Fehler, die mit den einzelnen Bestimmungen des Kommissionsberichts — sich im Widerspruch befinden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Herr Kollege Vassermann meint, die Hauptsache sei gewesen, daß die Zusammenstellung verteilt worden sei. Das ist nicht der Fall; die Zusammenstellung wird erst an der Hand des Kommissionsberichts verstanden, aus dem man erfieht, warum die Änderungen vorgenommen sind. (Zuruf.) Ob Abg. Vassermann den Bericht früher bekommen, als die anderen Mitglieder, weiß ich nicht; ich weiß nur, daß das entscheidende Material für die Beratung im Plenum erst am Montag verteilt worden ist; diese Zeit war zu kurz, um sich mit dem Bericht vollkommen vertraut zu machen.

Darüber kann uns auch nicht Herr Dr. Liebers Bemerkung hinwegtäuschen, daß man während der zweiten Beratung die Fraktionen zusammenberufen könne, um dort Beschlüsse fassen zu lassen. Rein, wir haben an der Durchpfeifung des Bürgerlichen Gesetzbuches gerade genug gehabt von dieser Art Arbeit. (Sehr richtig! links.) Wir wollen keine Gesetze machen, wo die Beratung mit solcher Eile betrieben wird. Was in aller Welt kann es denn der Invalidenversicherung schaden, ob die zweite Beratung zwei Tage vor Pfingsten oder 10 Tage nach Pfingsten fertig wird? Was wird daran geändert? Ich meine in der That, es muß durch den Reichstag den verbündeten Regierungen bewiesen werden, daß sie die Pflicht haben, die Gesetze entwerfer zeitig genug vorzulegen oder aber mit dem Reichstage Vorkehrungen zu treffen, welche die gemachte Arbeit nicht nutzlos erscheinen lassen.

Ich meine also, daß die hier gemachten Ausführungen in keiner Weise die Verechtigung unseres Antrages erschüttert haben, wenn gleich ich mich darüber keinem Zweifel hingabe, daß gegenüber dem mit solcher Energie in die Waagschale geworfenen Autorität des Herrn Präsidenten unser Antrag keine Aussicht auf Annahme haben wird. Aber der Antrag hat wenigstens das Gute, zu konstatieren, daß die zweite Beratung dieses Gesetzentwurfes verfrüht begonnen wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wenn ich noch zum Schluss ein Wort über den Appell, den der Herr Kollege Lieber an das gesamte Haus gerichtet hat, auch in der nächsten Woche beschlußfähig hier zu sein, sagen darf, so würde ich mich lebhaft freuen, wenn sein Appell die von ihm gewünschte Wirkung hat, denn ich kann wiederholen, daß es uns in keiner Weise daran liegt, das Zustandekommen des Gesetzes oder seine Beratung hindern zu wollen. Aber wir halten dieses Gesetz für so außerordentlich wichtig, daß wir eine Reihe von Bestimmungen durch namentliche Abstimmungen feststellen und auch die minder wichtigen Paragraphen nicht vor Bänken verhandeln lassen wollen, die eine gähnende Leere aufweisen. Hat der Herr Kollege Lieber die Macht, das zu verhindern, soll uns das angenehm sein; denn, Herr Kollege Lieber, wenn wir, die Absicht hätten, Obstruktion in dieser Beziehung zu treiben, so hätte es ja nur einer Verabredung bedurft, um in diesem Augenblick das Haus beschlußfähig zu machen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir verachten aber darauf. Was wir wollen, ist, daß ein Gesetz, unter welchem Millionen deutscher Arbeiter fortan zu leben haben, vom Reichstag mit derjenigen Gründlichkeit bearbeitet wird, die man für ein solches Gesetz verlangen kann. Dazu gehören gründliche Vorbereitungen; dieselben sind trotz der entgegenstehenden Versicherung nicht getroffen worden und deswegen haben wir den Antrag gestellt. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Wollenbuhr (So.):

(Lachen rechts): Ich habe den Ausführungen des Herrn Abg. Schmidt kurz entgegenzutreten. Herr Abg. Schmidt bestreitet, daß mit großer Eile gearbeitet worden sei. Allein schon die äußerliche Thatsache, daß auf der heutigen Tagesordnung eine Korrektur der Unterchriften vorhanden ist, und daß trotz dieser Korrektur von der Ber-Kommission doch nur 27 Unterchriften vorhanden waren (sehr gut! links), das man trotz des Korrigierens die Zahl noch einmal verfehlt hat, beweist, daß man mit einer gewissen Eile arbeitete. Herr Schmidt sagt, es werde kein Schlussantrag gestellt und keinem Menschen das Wort abgeschnitten werden; daß das hier heute vorgebracht werden würde, habe ich schon gestern vorausgesagt. Am Freitagmorgen ging den Kommissions-Mitgliedern der umfangreiche Bericht zu; am Freitagabend war eine Sitzung abgesehen, um den Bericht fertig zu stellen (hört! hört! links); da werden Sie begreifen, daß die meisten Kommissions-Mitglieder den Bericht nicht lesen konnten, denn das Durchlesen des Berichts wird 8—9 Stunden in Anspruch nehmen, während zwischen der Verteilung des Berichts und dem Ansetzen der Sitzung keine 8—9 Stunden lagen. Den Abend wurde die Sitzung zwar auf weiteren Antrag ausgesetzt, aber dafür eine zum Sonnabend-nachmittag anberaumt. Nicht fünf Mitglieder haben vor der Festsetzung des Berichts den ganzen Bericht gelesen. (Hört! hört! links.)

Nun dürfen wir uns nicht verhehlen, daß, sobald Ferienstimmung im Hause ist, die Sachen etwas schneller erledigt werden. Es scheint sich ja jeder nach Hause, und insfolgedessen wird etwas schneller abgestimmt, wie das sonst der Fall zu sein pflegt. Wenn es auch nur ein Gesetz für arme Leute ist (Große Unruhe rechts, Sehr richtig! links), so glaube ich doch, daß es mit nicht geringerer Gründlichkeit behandelt werden muß.

Präsident Graf Ballestrem:

Ich möchte dem Herrn Abg. Wollenbuhr bemerken, daß der deutsche Reichstag die Gesetze nicht danach behandelt, ob sie für arme oder reiche Leute gegeben sind. Er hat ebenso großen Eifer für alle Klassen der Bevölkerung.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.):

behauptet gegenüber dem Abg. Wollenbuhr, daß die Mitglieder der Kommission Zeit genug gehabt hätten, den Bericht durchzulesen. Ich und ein Teil meiner Freunde werden gegen den Antrag stimmen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

erklärt im Namen seiner politischen Freunde, ebenfalls gegen den Antrag stimmen zu wollen.

Abg. Dr. Lieber (C.):

Es ist das erste Mal, daß Druckfehler im Kommissionsbericht hier so ausführlich behandelt werden. Sonst werden dieselben in zweiter Lesung einfach festgestellt. Wir nehmen es formell ab, den Abg. Singer als examiner rigorosus anzunehmen. Wenn der Abg. Singer sagte, man trete unorbereitet in die Beratung, so liegt darin eine protestatio facto contraria, da die Herren Socialdemokraten uns bereits jetzt 62 Änderungsanträge vorgelegt haben, die bis zum § 62 reichen. Das wird wohl für den ersten Tag der zweiten Beratung aus-

reichen. (Heiterkeit.) Meinen die Herren übrigens, daß sie allein so fleißig sind? (Sehr richtig! rechts.) Er wird doch nicht um allein den Lohn verdienen, daß wir unvorbereitet in die Beratung eintreten. Glauben das die Herren doch — nun es ist ja nur Ihr Vorteil, dann werden Sie bis zum § 62 keinen Gegner haben, der Ihnen gewachsen ist.

Abg. Hofmann (Dillenburg) betont als Berichterstatter der Kommission, daß es sich in dem Bericht nur um Druckfehler handelt.

Der Antrag Singer wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Mehrzahl der freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des Invalidentversicherungs-Gesetzes ein (die meisten Abgeordneten verlassen den Saal).

§ 1 des Entwurfs handelt von der Versicherungspflicht. Dieser sollen unterliegen:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstdoten.  
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, Handlungsgehilfen und Lehrlinge (ausgeschlossen in Apotheken beschäftigten), sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, sowie Lehrer und Erzieher, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt.

3. Die Personen von Schiffsbefahrungen (Schiffsführer jedoch nur, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt.)  
Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, auch die Hausgewerbetreibenden als Arbeiter im Sinne des Gesetzes zu bezeichnen und die Gewerbetreibenden, in deren Dienst diese arbeiten, anzuhalten, die in dem Gesetz den Arbeitgebern auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Unser Antrag entspricht einem Wunsche, der von Millionen Arbeitern, die den verschiedensten Parteizweigungen angehören, in einer Reihe von Petitionen ausgesprochen worden ist. Auch Industrielle erkennen das Bedürfnis an, so der Centralaussschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine. Die anerkannt social am schiefsten stehende Arbeiterklasse, die Hausgewerbetreibenden, sollen versicherungspflichtig gemacht werden. Nach dem Entwurfe soll ebenso wie nach dem bestehenden Gesetze nur der Bundesrat die Ermächtigung haben, Hausgewerbetreibende versicherungspflichtig zu machen und zwar soll er die weitere Ermächtigung haben, nur für bestimmte Bezirke diese Versicherungspflicht auszusprechen.

Unser Antrag regelt gleichzeitig die Frage, wer der Nebenpflichtige ist, wer als Arbeitgeber zu erachten sei. Im § 2 ist dem Bundesrat die Befugnis gegeben, daß er als solche Arbeitgeber, die selbst zu Neben haben, Gewerbetreibende erachten kann, für deren Rechnung von Hausgewerbetreibenden gearbeitet wird. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat keinen nennenswerten Gebrauch gemacht. So klagen in der Textilindustrie die kleinen Meister, die wirtschaftlich so dastehen, wie alle anderen Arbeiter, daß sie durch die Lasten der Invalidentversicherung außerordentlich gedrückt werden. Betrachtet man die Hausgewerbetreibenden, wie es einige gerichtliche Erkenntnisse geben haben, durchweg als Unternehmer, dann wälzt man die Last der socialen Gesetzgebung von den Großkapitalisten, von den großen Geschäften auf die Schultern nicht leistungsfähiger kleiner Leute.

Wir meinen die Hausgewerbetreibenden, ebenso wie der Entwurf, in unserem Antrage solche Personen, die für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse in der Art beschäftigt sind, daß sie thätig in dauerndem Arbeitsverhältnis stehen, wenn gleich das Dauernde des Arbeitsverhältnisses nicht ausdrücklich vereinbart zu sein braucht. Schon der letzte Zusatz, der sich bei uns auch findet, führt auf eine Menge von Zweifeln juristisch. Wenn wir ihn aus den bestehenden Gesetzen und Entwürfen in unsern Antrag übernommen haben, so haben wir uns nur der Not beugen müssen, denn juristisch wäre dieser Zusatz ebenso überflüssig wie in der Gewerbe-Ordnung. Nachdem er in der Gewerbe-Ordnung steht, würde sein Fehlen hier zu falschen Schlüssen Anlaß geben.

Die Frage, ob der Ausdruck „Heimindustrieller“, „Heimarbeiter“ oder „Hausarbeiter“ gewählt werden soll, kann zweifelhaft sein. Wir halten es für genügend, zu sagen: Gewerbetreibende und in Klammer (Hausgewerbetreibende) hinzuzufügen.  
Nun fragt es sich, ist der Hausgewerbetreibende, wie wir ihn in unsern Antrage definiert haben, ein Arbeiter oder Arbeitgeber? Nach dem Sprachgebrauch, nach der Uebung des Arbeiters und nach der überwiegenden Praxis der Gewerbegerichte bleiben sie Glieder der großen Gewerdegemeinschaft, sind sie gewerbliche Arbeiter. Das steht auch in Uebereinstimmung mit den sonst vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen. Freilich wird diese unsere Ansicht nicht von allen geteilt.

Eine andere Ansicht will die Hausindustriellen mit Gehilfen nicht unter die Kategorie der gewerblichen Arbeiter rechnen. Eine dritte Ansicht erkennt nur diejenigen Hausindustriellen als Arbeiter an, die auch für einen Verleger arbeiten, während eine leider selbst von einflussreichen Kommentatoren geteilte Ansicht sogar allen Heimarbeitern den Charakter als Arbeiter abspricht. Gefördert wird diese die Wirkung der socialen Gesetzgebung geradezu vernichtende Auffassung durch die unklare Unterordnung des bürgerlichen Gesetzbuchs zwischen Arbeits- und Werkvertrag, eine Unterordnung, welche den juristisch, aber nicht ökonomisch gebildeten Rechtsgelehrten die Verhältnisse der Heimarbeiter vom 1. Januar 1900 an noch mehr verdunkelt wird. Die Heimarbeiter werden somit als die social unglücklichste Schicht dastehen. Zeigt sich doch überhaupt nur allzu häufig bei uns in unsern Richtern eine irrtümliche Auffassung der ihnen ganz schlechterhaften Lohnverhältnisse; es kommt u. a. vor, daß sie Kolonnenführer als selbständige Unternehmer ansehen. Von einem Teile der Großindustriellen, die beflissen sind, die Kosten der socialen Gesetzgebung von ihren starken auf schwächere Schultern abzuwälzen, wird diese irrtümliche richterliche Auffassung gefestigt genährt. Durch die Fassung, die wir vorgeschlagen haben, werden alle drei Arten betroffen. Es ist nötig, endlich den großen Schritt zu thun, und klipp und klar zu sagen, daß Arbeiter Arbeiter sind, auch dann, wenn sie Heimarbeiter sind, auch dann, wenn es der Großfabrikant unterlassen hat, ihnen eigene Betriebsverhältnisse zu errichten. Es wird behauptet, die Offiziers-töchter, die Stidereien für ein Geschäft ausführt, um sich ein Taschengeld zu verschaffen, sei keine Arbeiterin, sondern gewissermaßen Dilettantin. Diese Ansicht ist irrig, wenigstens wenn man allein aus diesem Grunde gesetzliche Bestimmungen treffen will. Jeder, der sich durch Arbeitsvertrag verpflichtet, einen Teil seiner körperlichen oder geistigen Arbeitskraft für das Unternehmen eines anderen hinzugeben, ist Arbeiter, einerlei, welche Motive ihn geleitet haben, ob er aus Not, oder zum Plaisir, oder um seiner Ausbildung halber so handelt. Gewiß steht moralisch die Arbeiterin, die, um sich oder ihre Familie zu erhalten, arbeitet, über der Offiziers-töchter, die sich Taschengeld verschaffen will und dadurch den Lohn anderer beeinträchtigt; aber juristisch ist beider Verhältnis dasselbe.

Der Umstand, daß jemand die Spitze seines eigenen Unternehmens bildet, schließt nicht aus, daß er eine Doppelstellung einnimmt, Arbeitgeber und zugleich Arbeitnehmer ist. Ich erinnere an das Schwitzsystem, um bei der Konfektionsindustrie zu bleiben. In dem Augenblick, wo das Gesetz gefaßt, der Werkmeister gehört zu den Arbeitern, ist der Anschauung der Wunden entgegen, welche in den Arbeitsstudieninhabern keine Arbeiter sieht, weil dieselben eine Art Werkmeister seien. Die Unsitte gerade dieser Arbeiter ist eine außerordentliche, darum sühle ich mich verpflichtet, bei dieser Materie aus Gründe und Gegenstände näher einzugehen. Ein Erkenntnis des hiesigen Landgerichtes behauptet zwar, daß sich ein Hausgewerbetreibender in seinem wahren Abhängigkeitsverhältnis zu seinen Arbeitgebern stehe. Diese Auffassung ist aber durchaus irrig. Die zutreffende Ansicht, daß Hausgewerbetreibende stets Arbeiter sind, hat übrigens eine besondere Stätte in den letzten Jahren in der Literatur gefunden, und wenn Sie hier in der Invalident-vorlage wieder den Unterschied zwischen Hausgewerbetreibenden und

Arbeitern machen, so wird diese Anschauung zum großen Nachteil weiter Kreise wieder gefördert werden. Daß der Hausgewerbetreibende deshalb kein Arbeiter ist, weil er außerhalb der Werkstatt arbeitet, ist auch nicht richtig. Die Gewerbe-Ordnung bezieht sich auf beide Kategorien von Arbeitern. Im Interesse der allgemeinen socialen Ordnung ist es notwendig, daß auch die Heimarbeiter als versicherungspflichtig erachtet werden und vor allen Dingen, daß die Inhaber der großen Geschäfte, die wirklichen Arbeitgeber, auch als solche vom Gesetze hingestellt werden, die die Lasten der Versicherung zu tragen haben. Es ist auch eine Schmutzkonturrenz, wenn Arbeiter, die in Gefangenenanstalten, Arbeitshäusern oder Kolonien beschäftigt sind, nicht versicherungspflichtig sind. Der Arbeiter selbst Arbeiter, auch wenn er in Gefangnissen beschäftigt wird. — Selbst der Centralaussschuß der Industriellen hat unsern Antrag als zweckmäßig und gerecht selbst bezeichnet. Ich bitte Sie also dringend, ihn ebenfalls wohlwollend prüfen zu wollen und aus Interesse der Arbeiter und Arbeitgeber anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der socialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmte außer den Sozialdemokraten nur noch der Abgeordnete Müller-Fulda (C.)

§ 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 2 und § 3. Es folgt § 3a, der folgendermaßen lautet:

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht Personen, welche Lohnarbeit nur zu bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als zwölf Wochen übernehmen, im übrigen aber ihren Lebensunterhalt als Betriebsunternehmer oder anderweit selbständig erwerben oder ohne Lohn oder Gehalt thätig sind. Der Bundesrat ist befugt, hierüber nähere Bestimmungen zu erlassen.

Durch Beschluß des Bundesrats wird bestimmt, inwieweit im übrigen vorübergehende Dienstleistungen als versicherungspflichtige Beschäftigung im Sinne dieses Gesetzes nicht anzusehen ist.

Der Bundesrat ist befugt, darüber Bestimmungen zu treffen, unter welchen Voraussetzungen Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Die Kommission beantragt, folgenden Zusatz zu machen: „Arbeitgeber, welche solche Ausländer beschäftigen, haben nach näherer Bestimmung des Reichs-Versicherungsamts denjenigen Betrag an die Versicherungsanstalt zu zahlen, den sie für die Versicherung der Ausländer aus eigenen Mitteln würden entrichten müssen, wenn deren Versicherungspflicht bestände.“

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, den § 3a zu streichen, eventuell aber in dem letzterwähnten Zusatz die geklammerten Worte: „denjenigen Betrag“ durch die Worte: „den doppelten Betrag“ zu ersetzen und die letzten Worte zu streichen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Der § 3a ist eingefügt worden, weil der Bundesrat von der Befugnis, ausländische Arbeiter von der Versicherungspflicht auszunehmen, einen sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht hatte, und zwar in einer Weise, die sicher nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen hat. Die Absicht des ursprünglichen Gesetzes ging dahin, daß alle Lohnarbeiter im Deutschen Reich versichert werden sollten, daß ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern nicht gemacht werden soll. Als einzige Ausnahme wurde zugelassen: wenn ein Ausländer dauernd wieder ins Ausland geht, so soll er mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abgefunden werden. Der Bundesrat benutzte aber jene Vollmacht, um Ausländer überhaupt auszunehmen. Den Anstoß dazu gab eine Eingabe des Reedervereins, der für die gelben und schwarzen Mitglieder der Schiffsbesatzung, die im Auslande angemustert und im Auslande wieder abgemustert werden, nicht zahlen wollte. Die Regierung kam diesem Wunsche nach; dadurch wurde den Reedern ein Willkür gegeben, Ausländer zu beschäftigen. Das hat natürlich, namentlich in den Hafenplätzen, zu erregten Debatten Anlaß gegeben. Die Seeleute sagten mit Recht: Weshalb sollen die Reeder ein Geschenk dafür erhalten, daß sie Ausländer beschäftigen? Aber das Beispiel der Reeder blieb nicht ohne Folgen. Es kamen die nothleidenden Agrarier und jagten, nicht ganz mit Unrecht: Ihr beschäftigt gelbe und schwarze Leute, wir beschäftigen Leute aus Rußland und Polen. Habt Ihr nichts zu zahlen, wollen auch wir frei davon sein. Der Bundesrat verfiel nun in der Folge, daß Ausländer, welche nur eine bestimmte Zeit in Deutschland anwesend sind, von der Versicherungspflicht befreit werden können. Damit fallen z. B. sämtliche russischen Erdarbeiter aus der Versicherung heraus. Das ist also geradezu eine Brämierung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Das ist bereits früher hervorgehoben worden, und die Kommission sah sich auch veranlaßt, die Vorlage dahin zu ergänzen, daß die Unternehmer, welche derartige Ausländer beschäftigen, die Beiträge für die Versicherungsanstalten zahlen müssen. Man hat es aber unterlassen, Bestimmungen darüber zu treffen, wie diese Beiträge einzuliefer werden sollen. Da das Alibi für die Ausländer doch fortfällt, so giebt es in der That gar keine Kontrolle für die Entrichtung dieser Beiträge. Inzwischen will der § 3a auch mit jenem Kommissionszusatze noch eine Brämierung für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter dar. Denn der ausländische Arbeiter kann so viel billiger arbeiten, als der einheimische, daß jene Beiträge, selbst wenn sie gezahlt werden, noch ganz gut aus ihm herausgeschlagen werden.

Ich bitte Sie also, den § 3a zu streichen. Sollten Sie aber doch geneigt sein, den § 3a in seiner jetzigen Fassung anzunehmen, dann müssen Sie unseren Eventualantrag zustimmen. Dann schaffen Sie wenigstens eine Kontrolle dafür, daß jene Beiträge an die Versicherungsanstalten auch wirklich gezahlt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Voelck (L.):

bittet, den socialdemokratischen Antrag abzulehnen. Er zeigt von der vollständigen Verkennung aller ländlichen Verhältnisse. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist selber eine Notwendigkeit geworden. Es war durchaus in der Ordnung, daß die Regierung darauf Rücksicht nahm. Zudem war die Versicherung der ausländischen Arbeiter ein Durchbrechen des Princips der ganzen Versicherung, das für Leistung Gegenleistung verlangt. Die Fassung der Kommission legt uns aber gar noch Pflichten auf, die wirklich nicht dem Princip des Gesetzes entsprechen. Wenn wir uns nun damit zufrieden geben (wachen bei den Sozialdemokraten) und keinen Antrag einbringen, jenen Zusatz der Kommission aufzuheben (wachen bei den Sozialdemokraten), so hat der Herr Redner wirklich keine Veranlassung, von agrarischer Angelegenheit zu sprechen. (Bravo! rechts. Wachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wenn wir beantragt haben, daß die Unternehmer den vollen Betrag an die Anstalten zahlen müssen, so geschah das im Interesse der Versicherungsanstalten selbst. (Wachen rechts.) Die ganze Rede ist ja zum größten Teile veranlaßt durch die Postfrage der ostpreussischen Versicherungsanstalt. Durch den Regierungsentwurf wird aber diese Postfrage noch verschärft. Wenn Herr von Voelck sagt: Die Unternehmer dürfen bevorzugt keineswegs ausländische Arbeiter, so steht das im Gegensatz zu dem Bericht der ostpreussischen Landwirtschaftskammer, der ausdrücklich eine Nachfrage nach russischen und polnischen Arbeitern konstatiert (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Wir kriegen ja keine anderen — ja, aber Sie suchen doch ausländische. (Widerpruch rechts.) Im übrigen will ich gar nicht leugnen, daß in Ostpreußen eine gewisse Arbeiterkalamität vorhanden ist. (Zuruf rechts: Na also!) Aber die haben Sie doch selbst mit verschuldet. (Großer Lärm rechts.) Wenn Sie die Leute einigermaßen menschlich behandelt hätten, so wären diese nicht weggezogen. (Erneute Erregung rechts.) Die Leute reifen doch nicht zu ihrem Vergnügen fort. Die Leute sind auch sehr bedürftig, sie reichen da fast an die Chinesen heran. (Lachen

rechts.) Wenn diese Leute fortlaufen, so muß es dort wirklich sehr schlimm aussehen. (Aushalten der Lärm rechts.) Nun müssen dort russisch-polnische Arbeiter an ihre Stelle treten. Diese sollen doch dieselben Pflichten erfüllen, wie die einheimischen, also müssen sie auch dieselben Rechte haben und dürfen nicht von der Versicherung ausgenommen werden.

Aber, wie gesagt, wie wollen Sie es denn kontrollieren, ob der Unternehmer auch wirklich den von Ihnen festgesetzten Beitrag zahlt? Dafür haben Sie doch im Gesetze auch nicht die geringste Fürsorge getroffen. Sie müssen also da eine erhebliche Ergänzung einbringen, und da sehe ich keinen anderen Weg, als den von uns eingebrachten Eventualantrag. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Voelck (L.):

Herr Wollenbuhr will also wirklich den Arbeitgebern eine Strafe dafür auferlegen, daß sie in der Postfrage ausländische Arbeiter beschäftigen. Ich bitte nochmals um Ablehnung des Antrages.

Abg. v. Jagzewski (Pole):

Herr Wollenbuhr hat behauptet, daß die Arbeiter aus dem Osten nach dem Westen nur aus Not ziehen. Das ist durchaus nicht richtig. Sie hoffen nur infolge von Vorspiegelungen, die ihnen gemacht sind, dort im Westen so hohe Löhne zu erhalten, wie sie ihnen im Osten niemals geboten werden würden. Daß sie im Westen bessere Erwerbsverhältnisse vorfinden, ist ja richtig (Auf links: Na also!), aber aus Not ziehen sie nicht dorthin.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wenn die erwachsenen weiblichen Arbeiter im Osten 50 Pfennig Tagelohn bekommen (Widerpruch rechts), ist es dann eine Verlockung, wenn man den Leuten erzählt, daß sie im Westen bessere Lohnbedingungen finden, wenn man ihnen vorhält, dort in Ostpreußen sorgen Sie nicht einmal für den Kranken? Warum Sie Russen, Ostpreußen, Chinesen herein haben wollen — wesentlich deshalb, um ihre Krankenlasten zu verringern. Ja, da hört allerdings alles auf. (Große Unruhe rechts.) Dieser Zustand hat wesentlich diese Fälle von Elend auf dem Lande veranlaßt. Die Grobgrundbesitzer sind ganz wesentlich mit schuld an diesem Elend. Jetzt wollen sie Vorteile für die ausländischen Arbeiter. Es unterbleibt jede sociale Fürsorge für die Kranken dort und statt dessen holt man Ausländer herüber und schießt sie wieder ab, sobald sie etwa der Armenlast verfallen würden. Ich halte es für unerhört, wenn eine Bestimmung, die in erster Sitzung beinahe mit Einstimmigkeit abgelehnt wurde, durch die die ausländische Schmutzkonturrenz begünstigt wird dadurch, daß die Ausländer besser gestellt werden, als die Inländer. — Ich halte es für eine Ungeheuerlichkeit, wenn diese Bestimmung hier im deutschen Reichstag angenommen werden sollte. (Große Unruhe rechts. Sehr richtig! links.) Es ist eine Phrasen, wenn Sie da noch reden von national. (Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Vassekrem:

Herr Abgeordneter, ich nehme an, daß Sie mit dieser Äußerung nicht Mitglieder dieses Hauses meinen. (Lachen rechts.) Sie meinen „Sie“ kein geschrieben? (Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend):

Selbstverständlich habe ich nur Befürworter dieser Bestimmung außerhalb des Hauses gemeint. Ich hoffe also, daß der Reichstag diese ungeheuerliche Zumutung zurückweisen wird. Ein lares Bild über die fortschreitende Proletarisierung und Verelendung unserer ländlichen Bevölkerung des Ostens geben die Zahlen der ländlichen Arbeiterstatistik. Zurückgegangen sind, wie sich aus der Statistik unabweislich ergibt, gerade die beiden verhältnismäßig bestimmierten Klassen der ländlichen Arbeiter; ihre Abnahme ist stärker, als die der ländlichen Arbeiter in ihrer Gesamtheit. 483 821 kleine Pächter und Tagelöhner sind durch die schlechte Lage, wie sie im Osten herrscht, von Haus und Hof gejagt worden. (Widerpruch rechts.) Doch meint der Herr dort rechts diese Zahl nicht zu genügen, sie möchten mit gesetzlichen Bestimmungen alle kleinen Leute von dort verjagen, damit sie nur mit Polen, Russen, Chinesen zu thun haben. (Große Unruhe rechts.) Solche Leute sind schau- und rechtslos, wenn sie nach Deutschland kommen; sie können gehalten werden wie die Aesthiere. (Lachen rechts.) Den ländlichen Arbeitern, der ganzen Arbeiterklasse, den kleinen bäuerlichen Besitzern müssen die Augen darüber geöffnet werden, wie sie unter dem Deckmantel des Vaterländischen Bestimmungen verlangen, um die Ausländer zu begünstigen gegenüber den deutschen Arbeitern. Die Möglichkeit, daß sich die Arbeiter vereinigen könnten, um eine bessere Lage zu erkämpfen, ist Ihnen ein Dorn im Auge, darum sollen die Fremden als Keil dienen. Erst spreizte sich das Centrum dagegen, jetzt giebt es nach. Ich bitte Sie dringend, diesen dem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht schlagenden Vorschlag abzulehnen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten; Zischen rechts; erneutes lebhaftes Bravo und Zischen.)

Staatssekretär Graf Wassowitsch:

Ich muß mich wundern, daß von einem Mitglied der socialdemokratischen Partei, die immer von ihren internationalen Verbindungen, von der Bräderschaft aller Arbeiter spricht, hier polnische Arbeiter in eine Reihe gestellt wurden mit indischen Kulis. — Gerade von den Agrariern ist doch die Zustimmung in das Gesetz gebracht worden, daß bei ausländischen Arbeitern der Unternehmer den Versicherungsbeitrag zahlt. Das ist nur gerecht, denn diese Arbeiter können den Beitrag einfach nicht zahlen und kommen außerdem nie in die Lage, die Rente zu beziehen. — Wenn die Arbeiter im Westen besser entlohnt werden, so liegt das an den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen, die es dem Arbeitgeber ermöglichen, seine Produkte mit größerem Verdienst abzusetzen und infolgedessen auch höhere Löhne zu zahlen. Im übrigen werde ich mich sehr freuen, wenn in Zukunft die Socialdemokratie dazu die Hand bieten wollte, auch die Verhältnisse der Landwirtschaft im Osten zu verbessern. Gelegenheit wird Ihnen dazu reichlich geboten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Standt (L.):

Wenn man die Abgg. Wollenbuhr und Stadthagen hört, möchte man meinen, daß die Arbeiter im Osten geradezu gemißhandelt würden. Davon ist gar keine Rede. Sie irren sehr, wenn Sie meinen, daß die Arbeiter im Westen besser gestellt sind. Infolge der Naturallohne stehen sich die Landarbeiter zum Teil weit besser, wie Arbeiter in den Industriezentren. Wie kommt es denn, daß Arbeiter vom Lande gesund und blühend wegziehen und gedrohen an Körper und Geist aus der Stadt später wieder zurückkehren. Aber durch gewisse Verheerungen und Vorspiegelungen, auch infolge eines gewissen Juges nach Freiheit ziehen die Leute trotz ihrer guten Lage in die Städte. Es ist auch wieder von der agrarischen Vergebrlichkeit gesprochen. Dieses Gesetz zeigt gerade deutlich, wie schlecht die Landwirtschaft durch das Gesetz behandelt wird.

Abg. v. Jagzewski (Pole):

Herr Stadthagen hat von einer Schmutzkonturrenz gesprochen. Dagegen muß ich energisch protestieren. Es ist, glaube ich, nicht angezigt, daß ein Vertreter der Arbeiterpartei derartige Ausdrücke gegen Arbeiter anwendet. Ebenso ist der Ausdruck Kulis für die polnischen Arbeiter durchaus unstatthaft. Wenn solche Verhältnisse im Osten herrschen würden, wie sie hier geschildert sind, hätten wir keinen einzigen Arbeiter mehr, aber auf großen Häusern halten die Arbeiter oft Jahrzehnte lang aus. Einzig durch die höheren Löhne werden die Leute verführt, in die Städte zu ziehen, wo sie körperlich nur zu Grunde gehen. Ich muß also dagegen Protest erheben, daß polnische Arbeiter hier so behandelt werden. Ich glaube, ein solches Vorgehen verstoßt gegen die Ordnung des Hauses.

Präsident Graf Vassekrem:

Herr Abgeordneter, die Ordnung des Hauses vertritt ich von dieser Stelle aus.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wenn in einzelnen Güterkomplexen die Arbeiter solange aushalten, so sind das Ausnahmen. Der Zug nach dem Westen wird doch auch diese Arbeiter erreichen, wenn sie ihn aber nicht folgen, so müssen sie wohl ausnahmsweise besser gestellt sein als die Arbeiter

Im Westen. Gewiß sind wir international, aber in dem Sinne, daß wir verlangen, die Arbeiter aller Länder sollen gleichgestellt sein. Wenn Sie den ausländischen Arbeitern das Koalitionsrecht, wie es die deutschen Arbeiter haben, dann werden wir nichts gegen die Konkurrenz dieser Arbeiter haben. Wenn der ausländische Arbeiter von einer Reihe von Pflichten befreit ist, die der deutsche zu erfüllen hat, so ist man wohl berechtigt, von einer Schutzzolltarif der ausländischen Arbeiter zu sprechen. Sind die Herren Agrarier wirklich davon überzeugt, daß es den deutschen Arbeitern so gut geht, dann brauchen sie keine Privilegien für ausländische Arbeiter, denn dann werden sie ihre Arbeiter sehr bald festhalten. Allerdings zwingt ja der Zug nach dem Westen die Grundbesitzer, ihre Arbeiter etwas besser zu stellen, aber daß diese in einem idealen Zustand leben, das werden Sie uns nicht glauben machen. — Daß ausländische Arbeiter niemals in den Besitz der Rente gelangen, ist nicht richtig. Es giebt eine ganze Reihe von Arbeitern, die alljährlich aus Rußland herüberkommen und in 6 bis 7 Jahren infolge dessen in den Besitz der Rente gelangen, wenn sie die genügende Anzahl Marken geliebt haben.

#### Abg. Haase (Soz.):

Herr v. Standt hat behauptet, daß die ostpreussischen Arbeiter ganz vorzüglich gestellt sind. Wer die Verhältnisse kennt, wird bezaubert, wie irrig diese Behauptung ist. Wir, Sozialdemokraten, könnten mit Entzückungen reden und würden die Arbeiter doch nicht unzufrieden machen können, wenn diese Unzufriedenheit nicht begründet wäre in ihrer elenden wirtschaftlichen Lage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Standt hat fälschlich die Königsberger „Volkstribüne“ im Abgeordnetenhaus benutzert und den Justizminister um Anweisungen in die Gerichte gegen das „hegerische Blatt“ ersucht. Der Justizminister mußte ihn selbst in seine Grenzen zurückweisen und ihn auf das Ungefährliche einer Beeinflussung der Gerichte aufmerksam machen. Die ostpreussischen Staatsanwälte passen sehr genau auf, aber die Sozialdemokraten Ostpreußens halten sich streng in den Grenzen des Gesetzes und nur durch die wahrheitsgetreue Schilderung der Lage der Arbeiter haben sie ihre Erfolge erzielt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Die beste Propaganda machen in der That die ostpreussischen Gutsbesitzer für uns durch die Art, wie sie die Arbeiter behandeln. (Widerpruch rechts.) Hunderte von alten Landarbeitern haben mir erklärt, wenn sie nicht so alt wären, so vertrieben mit ihrer Scholle, sie würden alles zusammenpacken und fortziehen, nur um der unwürdigen Behandlung zu entgehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ist es in erster Linie, die die Arbeiter fortreibt, nicht nur die utedrigen Löhne. Die Schöne, die zum Militär kommen, hätten sich wieder heimzuführen. Das ist nicht die Vergeltungssucht, die sie fortlockt. Aber sie haben in den Garnisonen gesehen, daß der großstädtische Arbeiter in seiner ganzen sozialen Stellung tausendmal über dem ostpreussischen Landarbeiter steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Traurig sieht es mit dem Landarbeiter, der krank wird. Er ist geradezu auf die Gnade des Gutsbesizers angewiesen. (Unruhe und Widerspruch rechts.) In der großen Stadt kann der Arbeiter mit Hilfe der Gewerbeämter viel leichter zu seinem Rechte kommen. Wie aber steht es in Ostpreußen? Wenn der Landarbeiter kranken will, muß er sich erst an den Amtsarzt wenden, den guten Freund des Gutsbesizers. Hat er das Amt erreicht, so geht er in einen langwierigen Prozeß hinein, in dem er dem Rechtsanwalt, dem künftigen Vertreter des Gegners nicht gewachsen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Dinge für die ostpreussischen Landarbeiter liegen, haben die Statuten des Vereins für Sozialpolitik schlagend gezeigt. Die russischen Arbeiter sind den ostpreussischen Gutsbesitzern willkommen, weil sie einmal weniger Lohn erhalten und für sie absolut nicht gefordert wird. Das ist so arg geworden, daß die russische Regierung mit Sperrung der Grenze für die Wanderarbeiter gedroht hat, wenn nicht für eine etwas menschwürdigeren Behandlung gesorgt werde. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, daß Ostpreußen entvölkert werde. Wir haben das dringende Bedürfnis, daß die östlichen Provinzen nicht kulturell noch mehr herabgedrückt werden, daß die Masse der deutschen Landarbeiter nicht erstirbt werde durch Elemente, die auf einem niedrigen Kulturniveau stehen. Das ist durchaus kein Widerspruch gegen unsere internationale Gesinnung. Wir alle sind international gesinnt, aber unsere internationale Gesinnung baut sich auf nationaler Gesinnung. Unsere internationale Gesinnung beruht nicht darin, daß wir unsere einheimischen Arbeiter durch irgendwelche Schmutzkonkurrenz noch mehr herabdrücken lassen. Wir verlangen, daß alle diese Arbeiter drüberlich behandelt werden und daß sie als gleichberechtigte Volksgenossen dastehen. (Wahr! bei den Sociald. Unruhe rechts.)

#### Abg. Graf Altdorff (L.):

Herr Haase, der in Ostpreußen wohnt, sollte doch besser orientiert sein. Ich bestreite, daß der Abg. Haase die Erfahrungen gemacht hat, die er vorgetragen hat. (Unruhe links.) Nigends wird der ländliche Arbeiter so gut behandelt, wie bei uns in Ostpreußen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie lachen, weil Sie keine Ahnung von den Verhältnissen haben. Sie mögen uns ja für kleine Tyrannen halten (Auf bei den Socialdem.: für große! Heiterkeit), aber so dumm sind wir doch nicht, daß wir durch schlechte Behandlung uns die besten Arbeiter forttreiben. Wir behandeln sie gut aus christlicher Gesinnung, und wo die fehlt, da gebietet schon das einfache Selbstinteresse gute Behandlung. Was die Krankenversicherung betrifft, ist da dem Abg. Haase nicht jener sozialdemokratische Gutsbesitzer bekannt, der sich weigerte, einen seiner Arbeiter, der das Bein verlegt hatte, auf seinem Wagen in die Stadt ins Krankenhaus zu schaffen? Schließlich ist es eine Witwe aus dem Dorfe, aber der Mann starb, weil er zu spät eingeliefert wurde. (Hört, hört! rechts.) Und ist es Abg. Haase nicht auch sehr genau bekannt, daß dieser sozialdemokratische Gutsbesitzer sich nachher noch geweigert hat, die Auskosten zu zahlen? Sitten Sie sich, Herr Abg. Haase (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), solche Angriffe gegen uns zu richten, wenn Sie in Ihrer eigenen Partei Leute haben, die ihren Arbeitern nicht die nötige Sorgfalt angedeihen lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Der Herr Abg. Haase hat sich der Wählerfolge seiner Partei gerührt. Als ich sah, daß Sie in jedem ostpreussischen Kreis 30—40 Agitatoren entsandten (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß Ihre Leute gegen hohen Tagelohn ganze Chaussees mit Flugblättern besämen (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß Sie in jede Inschwörung drangen, da war ich im höchsten Grade erstaunt über das geradezu erbärmliche Wahlresultat, das Sie schließlich erzielt haben. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und charakteristisch: wo Ihre sozialdemokratischen Kandidaten bekannt waren, da erhielten Sie die wenigsten Stimmen, da wählten die Leute mich! (Große Heiterkeit.) Je weiter sie abwandten, desto mehr Stimmen erhielten sie. Unterlassen Sie solche Angriffe, Herr Abg. Haase, damit machen Sie kein Geschäft. Sie haben gesagt, daß Sie bei der nächsten Wahl ostpreussische Wahlkreise erobern würden. Ich erwarte Sie und sage Ihnen heute schon: Sie werden nicht einen erobern! (Wahr! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Stadthagen (Soz.):

Verstärkt für seine vorherige Behauptung auf eine Statistik der Löhne der ländlichen Arbeiter. Es ist unmenschlich, es ist eine Schande für die Kultur, daß ein erwachsener Mann weniger täglich verdient, als dem preussischen Einat der Unterhalt eines Buchhändlers kostet, 80 Pf. täglich. Ich habe nicht gesagt, daß die Arbeiter Schmutzkonkurrenz treiben. Das thun die Großgrundbesitzer, die die ausländischen Arbeiter herüberholen. (Lärm rechts.) Wie können die Herren Graf Altdorff usw. behaupten, daß die Verhältnisse in Ostpreußen nicht so schlecht liegen. Sie brauchen ja bloß Ihre eigenen Reden in dem Hause da, wie heißt das doch gleich, im preussischen Abgeordnetenhaus, Schallende Heiterkeit.) nachzugehen; da ist genügend zu Tage getreten. Wenn Sie die Bestimmung im

Gesetz lassen, so thun Sie damit etwas Antideutsches, etwas Antinationales, etwas Gemeingefährliches. (Großer Lärm rechts.)

#### Abg. Haase (Soz.):

Herr Graf Altdorff hat uns vorhergesagt, wir würden bei der nächsten Wahl in Ostpreußen auch nicht einen Kandidaten durchbringen. Ich kann ihm die Versicherung geben: wenn er dafür sorgt, daß die Uebertretungen der Wahlgesetze aufhören, und daß der Wahlkampf nicht mehr mit Lügen und Verleumdungen von agrarischer Seite geführt wird (Lärm rechts), so werden in den nächsten Reichstag die ostpreussischen Sozialdemokraten in fastlicher Anzahl einrücken.

Herr Graf Altdorff hat dann ferner den Fall eines ostpreussischen Gutsbesizers angeführt, eines sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, der einem seiner Arbeiter gegenüber seine Pflichten als Mensch verletzt haben soll. Zunächst: Woher hat der Herr Graf seine Information? Er kann sie nur haben aus amtlichen Quellen, die ihm in seiner Eigenschaft als Landrat zur Verfügung standen. Und es ist bezeugt, daß er sich nicht scheut, diese Quellen zu benutzen, obgleich er doch selbst zu den Unterzeichnern eines Antirages gehörte, der die Benutzung amtlicher Schriftstücke bestraft wissen wollte. (Lärm rechts.) Was aber den Fall selbst betrifft, nun, wir sind nicht gewöhnt, einer unbedeutenden Thatsache auszuweichen. Wenn einer unserer Parteigenossen seine Pflicht verletzt hat, wir sind die ersten, die das rügen (Braus! und Sie wissen auch gar nicht, wie wir da mit Herrn Braun gesprochen haben. Der Fall lag zudem ganz anders, als Herr Graf Altdorff ihn dargestellt. Immerhin: Braun hat etwas inoffiziell gehandelt. Er ist leider in jenem Falle in die able Gewohnheit seiner agrarischen Freunde zurückgefallen, mit denen er Jahrzehnte lang verkehrt hatte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts.) Und deswegen ist er von uns zur Rede gestellt worden. Er hat auch selbst sein Unrecht eingesehen (Hört! hört!), er hat dann ohne weiteres jenem Mann die Auskosten bezahlt (Hört! hört!) und sein Unrecht wieder gut gemacht. Ich wollte, meine Herren Agrarier, daß Sie alle stets so Ihr Unrecht wieder gut machen, das Sie an den armen Landarbeitern verüben. (Große Erregung rechts.)

Herr Graf Altdorff suchte unsere Behauptungen ferner dadurch zu entkräften, daß er fragte: Woher sollte denn plötzlich die Vorliebe der Agrarier für ausländische Arbeiter gekommen sein? Früher waren sie ja stets mit den einheimischen zufrieden. Ja wohl! früher! Da war eben der ostpreussische Landarbeiter so dumm und stumpf, daß er gar nicht wusste, daß es ihm besser gehen könnte. Da war er so recht für unsere Agrarier geeignet, da hatten diese es noch nicht nötig, sich nach fremden Leuten umzusehen. (Erregung rechts.) Mittlerweile haben die Leute auch etwas gelernt. Jetzt lassen sie sich nicht mehr so treten, jetzt wissen sie, daß es draußen ganz anders zugeht. Und das ist nichts für die Agrarier; da suchen sie sich andere, von anderswärts, die noch nicht so weit sind.

Herr Graf Altdorff schiebt freilich alle Schuld auf die gewissenlosen Agenten. Das es gewissenlose Agenten giebt, das wissen wir auch; daher verlangen wir ja gerade ordentliche Stellen-Rachweise. Aber daß jene Leute, wenn sie von jenen Agenten nach dem Besten gelockt sind, nun dort sich wohl fühlen, so daß der Zug nach dorthin gar nicht aufhört, das zeigt doch, daß die Leute im Westen thatsächlich bessere Zustände gefunden haben. (Sehr richtig! links.) Also sind Sie es doch, die diese Leute durch das, was Sie ihnen bieten, vertreiben. Können Sie es leugnen, daß die ostpreussischen Landarbeiter alle in der untersten Lohnklasse verkehrt sind, obgleich die Naturalien beim Lohn mitberechnet werden? (Sehr wahr! links. Verlegenes Lachen rechts.)

Die einzige Ursache Ihrer Leutenot sind sie selbst. Und glauben Sie nur: die Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus haben unter den ostpreussischen Arbeitern viel böses Blut gemacht. Die Leute lesen zum Glück ja noch Zeitungen, wenn Ihnen das auch ein Dorn im Auge ist (Lärm rechts). Und so wundern Sie sich nicht darüber, daß sie in immer größeren Scharen Ihnen und Ihrer Wirtschaft den Rücken zulehren! (Verhafter, lang anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten; verlegendes Lachen rechts.) Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

### Tokales.

**Freie Volkshöhle.** Für die 3. Abteilung wird heute nachmittag 7 1/2 Uhr im Vesting-Theater „Der Nevisor“ gegeben, für die 4. Abteilung dieselbe Vorstellung am 14. Mai; am 14. Mai beginnt zugleich im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater für die 1. Abteilung die zehnte Serie mit Hauptmann's „Einfame Menschen“. Die Vorstellungen folgen am 21. und 28. Mai und am 4., 11. und 18. Juni.

**Die Postbureaukratie im Kampfe gegen die Fernsprechteilnehmer.** Die neueste postalische Verfügung, über deren Erlass bereits gestern kurz gemeldet, ist thatsächlich weit schärfer als wie zunächst angenommen, umsomehr, als durch dieselbe nicht nur die Fernsprechteilnehmer der Vororte, sondern in noch weit größerem Maße diejenigen in Berlin betroffen worden sind. Seit etwa 16 Jahren existiert für den Fernsprechverkehr von den Vororten nach Berlin die Verordnung, daß den Fernsprechteilnehmern unterlagt wird, fremde Personen in fremden Anwesenheiten den Apparat benutzen zu lassen oder auch selbst für fremde Personen zu sprechen — eine Verfügung, die abgesehen von dem Postbezirk Potsdam nicht so streng gehandhabt wurde. Seit dem 5. d. M. ist nun, wie bereits mitgeteilt, die Bestimmung aufgehoben und wird von jedem Fernsprechteilnehmer, der einen Fremden den Apparat benutzen läßt, eine Gebühr von 25 Pf. erhoben. Diese Verfügung ist aber auch für den Bezirk Berlin erlassen worden. Auch jeder Berliner Teilnehmer hat für die von seinem Apparat aus von dritten Personen geführten Gespräche in 3 Vororten die Gebühr von 25 Pf. zu entrichten. Eine Ausnahme ist nur zulässig, wenn diese dritte Person selbst Teilnehmer ist und seinen eigenen Apparat infolge eines Defektes nicht benutzen kann. In diesem Falle muß er jedoch vor Einleitung des Gespräches die entsprechende Mitteilung an das Amt geben. Sämtliche Fernsprechbeamte sind angewiesen, bei Herstellung von Anschlüssen zwischen Berlin und den Vororten strengste Durchführung der neuen Verordnung zu beachten.

Diese Verordnung ist geeignet, bei den Fernsprechteilnehmern eine große Unsicherheit herbeizuführen, da als eine naturgemäße Folge der neuen Bestimmung die Fernsprechbeamten die von den Teilnehmern geführten Gespräche wenigstens bis zur Feststellung der Personalien der Sprechenden belauschen müssen. Aber noch ein anderer Uebelstand ist hiermit verbunden. Seit Einführung des neuen Verbindungssystems, nach welchem nicht mehr der Fernsprechbeamte, sondern der Teilnehmer das geforderte Vermittlungsamt anzurufen hat, treten sehr viel Doppelverbindungen ein, sobald unbefugte Personen häufig Gelegenheit finden, die von Fremden geführten Gespräche zu belauschen. Die Bestimmung wurde seiner Zeit bekanntlich erlassen, weil hierdurch eine Entlastung der Beamten stattfinden sollte. Durch die neueste Verordnung sind die Beamten jedoch wieder derart belastet, daß der oben genannte Uebelstand sich jedenfalls in noch weit größerem Maße entwickeln dürfte.

Am Montag hat bereits eine Protestversammlung der Fernsprechteilnehmer in Rummelsburg stattgefunden. Es wurde beschlossen, daß, falls die Postbehörde auf der strengen Durchführung dieser Maßregel bestehen würde, die Fernsprechteilnehmer sofort der Postdirektion eine Kündigung des zwischen beiden Parteien hinsichtlich des Telephonanschlusses bestehenden Vertrages zugehen lassen sollen. Außerdem sollen die Hausbesitzer aufgefordert werden, die Aufstellung von Stangen zur Anbringung der Leitungsdrahte auf ihren Häusern nicht mehr zu gestatten und die Postbehörde zu ersuchen, die dort bereits vorhandenen Telephonstangen zu entfernen. In den westlichen Vororten wird übrigens eine ähnliche Bewegung vorbereitet.

**Die „Schweizer Karola“**, die zu seltener Berühmtheit gelangte Puppentheaterausstattungs- und Spieltheaterausstattungs-Gesellschaft, die zu seltener Berühmtheit gelangte, nach Wilhelmsdorf in eine Puppen- und Spieltheaterausstattungs-Gesellschaft überführt sein. Auch in dieser Anstalt sind Puppenkinder von der Berliner Verwaltung untergebracht.

**Die Interessenten des Potsdamer Josefistifts** hatten zu Dienstagabend etwa 900 prägelbegeisterter Katholiken zusammengetrommelt, denen ein Herr Direktor Ciz und von der „Germania“ auseinandersetzte, daß die „Schweizer Karola“ durchaus nach christlichen Grundsätzen gehandelt hat, als sie dem Anaben Steiner die 59 Prägelnbegeisterter ließ. Nach einem Referat der „Germania“ sagte der Herr Direktor wörtlich: „Wir können nun nach allem annehmen, daß der Junge nicht ungeduldig geprügelt worden ist, sondern daß er eine Züchtigung erhalten hat, wie sie erlaubt ist, und wie sie, so viel mir bekannt, auch in allen Schulen gestattet ist. Denn eine körperliche Züchtigung an sich ist meines Wissens noch nicht verboten. Ob man am Ende des 19. Jahrhunderts so weit in der Humanität vorgegangen ist, daß man jeden Schlag, den man einem Jungen giebt, als gegen das Sittlichkeitsgefühl oder die Humanität verstoßend ansieht, lasse ich dahingestellt.“

Diese Verlegenheitsphrasen wurde von den Anwesenden mit einem „sehr richtig“ begrüßt. Außerdem spielten die 160 000 Berliner Katholiken in der Rede eine große Rolle. Der Herr Direktor jussufizierte sich und die Versammlung in den Bahnen hinein, daß die paar hundert Anwesenden als Repräsentanten der übrigen katholischen Bewohner Berlins zu gelten hätten. Schließlich nahm man für den Papierkorb der Stadtverordneten-Versammlung eine Protestresolution an. Bemerkenswert ist, daß die „Staats- und Hg.“ sich anlässlich etlicher antisemitischer Floskeln, die in der Rede des Herrn Grund eine Rolle spielten, sehr zu der Präzisionsphrasen im Leo-Hospiz hingezogen fühlte. Was bei der Vorliebe der Antisemiten für Holzereien nicht wundernehmen kann.

**Die ersten Fernsprechautomaten** der deutschen Reichspost sind jetzt geliefert und werden zur Zeit von der zuständigen Stelle geprüft. Die ersten Hundert Apparate, welche zunächst veruchsweise dem Verkehr übergeben werden sollen, werden demnach wohl noch im Laufe dieses Monats in Benutzung genommen werden können.

**Mit der Eröffnung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahnlinie Hasenheide resp. Schleißer Bahnhofs-Müllerstraße** am heutigen Himmelfahrtstage wird die erste Linie der Reinen Berliner Pferdebahngesellschaft elektrischen Betrieb erhalten und gleichzeitig mit Henderung der Firma an die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft übergehen.

**Ein sonderbarer Unfall auf der Straßenbahn** rief gestern Vormittag in der Friedrichstraße eine mehr als einstufige Verlesung hervor. Um 9 1/2 Uhr sprang die 42 Jahre alte Dandelfrau Anna Haase aus der Wollinerstr. 47, die mit einer Kiste Grünkraut unterwegs war, vor dem Hause Friedrichstr. 123 von der vorderen Plattform eines elektrischen Wagens der Ringbahn ab, während er noch in Bewegung war. Da sie verkehrt absprang, d. h. mit dem Gesicht nach dem Hinterteil des Wagens, kam sie zu Falle und geriet mit dem rechten Fuß zwischen die Speichen des Vorderrades. Eine Speiche drückte ihr den Fuß ungefähr in der Mitte gegen den Schmierkasten, in dem die Räder laufen. Zum Glück kam der Wagen sofort zum Stehen. Der Fuß war aber so fest eingeklemmt, daß man nur mit der größten Vorsicht darangehen konnte, ihn zu befreien. Ohne eine Bewegung des Rades erwischt sich das als unmöglich, jede Bewegung des Wagens aber konnte, wenn sie nicht genau abgesehen war, den Fuß zerbrechen. Die Polizei holte unter diesen Umständen die Feuerwehr. Diese machte sich daran, mit Binden den Wagen seitwärts zu heben, um so das Rad für sich allein beweglich zu machen. Die Binden waren jedoch zu schwach. Nun versuchte man es, indem man sie vorne anlegte. Dabei aber drohte die Plattform abzubrechen, und so mußte man auch diesen Versuch aufgeben. Inzwischen hatte die erste Hauptwache der Rettungsgesellschaft aus der Politlinie in der Fiegelstraße den ersten Assistentenarzt Dr. Müller und einen Volontärarzt mit Verbandzeug und Instrumenten an die Unfallstelle geschickt. Der Arzt untersuchte die Lage des Fußes und erkannte, daß es sich darum handelte, das Rad um ein geringes zurückzudrehen. Aber schon bei dem leisesten Versuche einer Bewegung des Wagens empfand die Frau die furchtbarsten Schmerzen. Daher schritt der Arzt, um keine Zeit mehr zu verlieren, dazu, die Verunglückte auf offener Straße unter stromendem Regen zu chloroformieren. Während das geschah, holten Feuerwehrleute und Schloffer aus benachbarten Werkstätten Eisenstücken herbei. Mit diesen stemmte man den Wagen vorsichtig etwas zurück. So war endlich nach mehr als einer Stunde der Fuß und mit ihm die Frau befreit. Dr. Müller legte der Verunglückten einen Notverband an und ließ sie dann nach der königlichen Klinik bringen. Die Verletzungen, die sie sich zugezogen hat, sind nicht sehr schwer. Der Fuß ist nicht gebrochen, sondern nur, wenn auch stark, gequetscht. Außerdem hat sich die Frau nur Hautabschürfungen am Kopf und am rechten Oberarmel durch den Fall zugezogen. Den Verlehter suchte die Ringbahn dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie die Wagen mit Hilfe der Weichen am Oranienburger Thor und an der Weidenammerbrücke auf der gesperrten Strecke über das andere Geleise lenkte.

**Selbstmordversuch.** Gestern vormittag wollte sich der Händler Oskar S. von dem Geländer der Weidenbrücke in die Spree stürzen, wurde aber von einem Schutzmann zurückgehalten, auf die nächste Reiterwache gebracht und dort der herbeigeholten Frau übergeben. Nach darauf entließ der Händler seiner Frau und stürzte sich von der kleinen Straßenerstraße aus in die dort ziemlich leichte Spree. Nachdem er vom Ufer aus wieder auf das Trodene gezogen worden war, wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

**Durch fünf Revolververuche** wurden Dienstagabend 10 1/2 Uhr die Bewohner des Hauses Klosterstraße 88 in Schrecken versetzt. Bei den Nachforschungen fand man auf einem entlegenen Ort im linken Seitenflügel einen jungen Mann blutüberströmt in den letzten Jügen liegen. Es war der Handlungsgehilfe Karl S., der in diesem Hause bei seinen Eltern im dritten Stock des Seitenflügels wohnte und im Leinwandgeschäft von Julius Bend u. Söhne angelehrt war. S. hatte fünf Schüsse auf sich abgefeuert. Der letzte, in den Mund gerichtete, war tödlich. Der Verwundete starb nach zehn Minuten. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht ganz klar.

**Bezüglich der neuen Verhaftung in der Singerschen Mordaffäre** erfahren wir, daß der in Krimmischau in Haft genommene Kupferstecher Johannes Rutsche in der Berliner Zubehörsliste eine bekannte Persönlichkeit ist. Er führt wegen seiner Lebensfälle den Spitznamen „Der dicke Hans“. Rutsche leugnet, die That begangen zu haben.

**Ein großer Fabrikbrand** wütete gestern früh 8 1/2 Uhr in der Straße 86. Das sehr tiefe Grundstück bildet einen Holzhof, auf dem die Holzhandlung von Freudenheim ihre Bretter, Bau- und Kuppelholz lagert. Außerdem befindet sich dort die Stiefenfabrik von G. Seifert, die eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt. In dem sehr umfangreichen einstufigen Fabrikgebäude kam früh 4 Uhr das Feuer zum Ausbruch, und es fand an den dort aufgestapelten Ästen und Brettern so reichliche Nahrung, daß das gesamte Gebäude in wenigen Minuten ein Flammenmeer bildete. Als die Feuerwehr in großer Stärke auf dem Brandplatze erschien, war das Feuer bereits auf zwei freistehende, mit Brettern und Ästen angefüllte Schuppen übergesprungen und es lag die Gefahr nahe, daß auch das Holzlager der Firma Freudenheim in Mitleidenschaft gezogen würde. Glücklicherweise herrschte vollständige Windstille, wodurch die Lösungsarbeiten wesentlich erleichtert wurden. Das Fabrikgebäude brannte bis auf die massiven Umfassungsmauern total aus und auch die beiden offenen Schuppen wurden mit ihrem Inhalt größtenteils zerstört. Branddirektor Kirchberg war auf

Die Meldung „Mittelfeuer“ selbst herbeigekleidet, um eine Zeitlang die Löscharbeiten zu leiten. Da sich in der Nähe des Brandherdes keine Hydranten befanden, so waren ungewöhnlich lange Schlauchleitungen zur Herbeiführung des Wassers erforderlich. Zahlreiche Arbeiter sind durch den Brand beschäftigungslos geworden.

**Ein schwerer Einbruchdiebstahl** ist in dem Wäsche- und Posamentierwaren-Geschäft von Kessle, Dresdenerstraße 7, ausgeführt worden. Die Diebe haben das Kupferschloß der nach dem Hausflur führenden Türe aufgefagt, darauf den eisernen Schnepper des inneren Schloßes abgebrochen und sind so in den Laden eingedrungen. Hier haben sie für nahezu 1800 M. Ware, namentlich Wäsche, geraubt und was sie nicht mitnahmen, zerstört und beschmüzt.

**Die Leiche** des seit gut 14 Tagen vermischten Kolporteurs Karl Jagow aus der Oranienstr. 25 ist in der Nähe der Schleuse an der Curohrstraße geborgen und dann dem Schauhause zugeführt worden. Jagow war durch jahrelange Entbehrungen zu dem verzweifeltsten Entschluß getrieben worden, seinem Leben freiwillig ein Ende zu bereiten.

**Ein Aussen erregender Selbstmord**, der noch mancherlei unerwartete Nachspiele im Gefolge haben dürfte, wird dem „W.“ gemeldet. Es handelt sich um den Buchhalter Wilhelm Manig von der Firma E. H. & S. Söhne, Jägerstraße 68. Die genannte englische Firma hat hier eine Filiale, die den Verkauf von zahnräderartigen Artikeln in sehr erheblichem Umfang betreibt. Seit Jahren schon bemerkten die beiden Geschäftsführer der Filiale, daß sie bestohlen werden, bei der letzten Inventuraufnahme mußten sie für 18 000 M. Ware als gestohlen registrieren. Dieser Tage gelang es, dem Manig nachzuweisen, daß er es war, der die Firma seit Jahren um zahnräderartige Artikel bestohlen und die Waren an Hochleute verkauft hatte. Die Geschäftsführer redeten ihm beständig zu, doch die Sache einzusehen, und versprachen ihm alle mögliche Schonung. Manig blieb jedoch bei seinem Vorhaben, so daß der Polizei-Offizier ihn für verhaftet erklärte und ihn aufforderte, ihm zu folgen. Unter Eskorte ging Manig an seinen Garbenrobenständer, um seinen Hut herunterzunehmen. Da krachten plötzlich zwei Schüsse. Der unglückliche Buchhalter hatte einen Revolver aus der Tasche gezogen und zwei Schüsse auf seine Brust abgegeben, die tödlich wirkten. Nach wenigen Minuten verstarb Manig. Man fand bei ihm neben anderem Gelde auch eine Summe in holländischer Währung. Daraus glaubt man schließen zu dürfen, daß er die gestohlene Ware auch nach Holland absetzte.

**Arbeitererisiko auf Bauten.** Uns wird berichtet: Auf dem Bau Chausseestraße 81 stürzte gestern Vormittag beim Aufbringen von Gerüstbrettern ein Arbeiter herab und zog sich anscheinend schwere innere Verletzungen zu. Trotz strömenden Regens hatten mehrere Arbeiter daran gearbeitet, Bretter aus den unteren Etagen nach oben zu ziehen. Da die Bretter nah und schwer waren und die Ausrüstung deshalb sehr gefährlich wurde, rutschte der Verunglückte aus und stürzte durch die drei Etagen tiefe freie Öffnung zur Erde, wobei er noch unterwegs auf einen unbedeckten eisernen Träger fiel. — Es ist höchst notwendig, daß auf dem Bau um die Öffnung oben sowohl als in jeder Etage eine Barriere gezogen wird, damit niemand bei unachtsamem Laufen in den Etagen sein Leben aufs Spiel zu setzen braucht.

**Ein überaus gemeingefährlicher Unfug** wird, wie ein hiesiges Blatt meldet, gegenwärtig im Norden der Stadt betrieben. Dort wurde bei verschiedenen Postämtern in letzter Zeit die Beobachtung gemacht, daß die Kastenleerer von ihren Kundgängen häufig Briefe mitbrachten, die verjagt oder fast ganz verbrannt waren. Zunächst vermutete man eine Unvorsichtigkeit der betreffenden Beamten. Da sich derartige Fälle aber in mehreren Postbezirken fast täglich wiederholten, so stellte man nähere Nachforschungen an. Dieselben ergaben, daß namentlich des Abends kleine, wahrscheinlich mit Petroleum getränkte Papierballen angezündet in die Briefkästen hineingeworfen werden. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Anhänger dieses frevelhaften Sports zu ermitteln; sollten sie aber erwischt werden, so dürfte ihnen eine exemplarische Strafe sicher sein.

**Im Bade gestorben** ist gestern nachmittag die 62 Jahre alte Kaufmannsrau Vertha Fall aus der Wassertriftstraße 17. Die alte Dame nahm in der Anstalt des Vereins der Wasserfreunde in der Kommandantenstraße ein Bannbad. Als sie ausfallend lange in ihrer Zelle blieb, sah das Personal schließlich nach und fand sie entseelt wieder. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht.

**Vermiſt** wird seit dem 4. ds. Mts. die 18 Jahre alte Marie Buchowski, die bei ihren Stiefeltern in der Jerusalemstraße 62 wohnte. Sie lief plötzlich weg, weil die Stiefelmutter ihr wegen Nachlässigkeit Vorwürfe machte. Die Verschundene ist mittelgroß und blond und trägt ein blaues Kleid, ein schwarzes Jackett und einen weißen Strohhut mit schwarzem Bande.

**Die Neue freie Volksbühne** bringt nächsten Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, im Odeon-Theater „Gabrielle“, Schauspiel in 5 Akten von E. Augier, zur Aufführung. Die Regie hat Herr Cord Hofmann. — Einige Neu-Aufnahmen werden noch vorgenommen durch die Zahlstellen, sowie durch den Kassierer des Vereins, Ad. Böhr, Adersstr. 38 II.

**Treptower Sternwarte.** Am Himmelfahrtstage wird die Treptower Sternwarte schon um 10 Uhr vormittags geöffnet. Um 12 Uhr mittags spricht Direktor H. S. Kirchner über „Die Weltuntergangs-Prophetieungen“. In diesem Vortrag wird die Bahn des Swiftschen Kometen erläutert. Nachmittags 5 Uhr lautet das Thema des Vortrags: „Ein Ausflug in das Weltall.“ Mit dem Riesentelegraphen wird bis 12 Uhr nachts beobachtet.

**Aus den Nachbarorten.**

**Für Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde** findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt und zwar, da uns in den betreffenden Orten kein Saal zur Verfügung steht, im Lokale unseres Abgeordneten Zubeil, Lindenstr. 106. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Rechtsanwalts Viktor Fränkel über „Die Friedenskonferenz“; Diskussion. — Lokalfrage. — Erwählung der Lokalkommission. — Dem Schluß der Versammlung wird sich ein „Gemütliches Beisammensein mit Tanz“ anschließen. — Alles Nähere im Inserat.

**In Johannisthal** hält der Sozialdemokratische Verein am 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Senfleben seine Mitglieder-Versammlung ab. Vortrag des Genossen Wegner über das Thema: „Gleiches Recht für alle“. Gäste sind willkommen.

**Treptow-Baumhulweg.** Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die für die Reisefeier veranschlagteten Wickets heute, am Himmelfahrtstage, zu dem bei Adernmann stattfindenden Konzert gelten. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.

**Der Arbeiter-Bildungsverein von Ober-Schöneberg** und Umgegend hält seine ständige Vereinsversammlung am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoferland, Siemensstr. 5, ab. Genosse W. Pögel wird einen Vortrag halten.

**Militärisches.** Wegen Zunahme der Desertionen bei der Disziplinarabteilung des Gardelcorps sind, der Volks-Zeitung zufolge, neuerdings gegen diese Truppe, welche im Fort Sahnberg bei Spandau interniert ist, strenge Maßregeln getroffen worden. Der Kommandeur hat den Mannschaften jedweden Urlaub entzogen, da die Gelegenheit des Urlaubs häufiger mißbraucht, vielfach überschritten und zu Desertionen benutzt wurde. Die Mannschaften der Disziplinarabteilung sind mit Festung bestrafte ehemalige Soldaten der Gardes, stammen zum großen Teil aus wohlhabenden Familien und sind vielfach durch leistungsmäßige Streiche zur Verstrafung gekommen. Durch Mittelpersonen werden ihnen auch nachträglich noch oft nicht unerhebliche Geldunterstützungen der Verwandten zugestekt.

**Wie in Berlin** und in vielen anderen Ortschaften, so hat sich auch in Schöneberg eine bedeutende Kirchenalamität herausgestellt. Um diesen unwürdigen Zustand zu beseitigen, ist die Errichtung von drei neuen Kirchen in Aussicht genommen; eine soll auf dem Platz „Q“ in der Kolonnenstraße entstehen und zwar im Friedenauer Ortsteil. Nach Fertigstellung der so dringenden Bauten erinnert man sich vielleicht an das Fehlen eines Krankenhauses oder einer städtischen Badeanstalt.

**Einen Transportwagen für verunglückte Pferde** nach Berliner Muster wird nun auch Rixdorf erhalten. Der Rofschlächter Göner hat einen solchen bauen lassen und wird denselben nach erfolgter polizeilicher Vorführung und Abnahme sofort in Betrieb setzen.

**Heber eine Eifersuchts-Tragödie,** die sich vorgestern mittags in Neu-Ruppin abgespielt hat, geht den Blättern von dort folgende Mitteilung zu: Die ledige Käherin Liesbeth Schaffe, die bei ihrem Stiefvater, dem Zöpfer Wolff, in der Siechenstr. 1 wohnte, wurde heute mittags in ihrer Wohnung mit durchschnittenem Hals ermordet aufgefunden. Die Mutter, die gegen Mittag das Haus verlassen hatte, um ihrem Mann das Essen auf die Arbeitsstelle zu bringen, fand bei ihrer Rückkehr die Thür verschlossen. Nachdem diese durch einen Schlosser um zwei Uhr geöffnet war, entdeckte man die Leiche des jungen Mädchens neben dem Bett. Das Zimmer wies Anzeichen eines vorhergegangenen Kampfes auf. Der Verdacht der Täterhaft lenkte sich alsbald auf den formen Kuhl, der mit dem Mädchen verlobt gewesen war. Liesbeth Schaffe hatte das Verhältnis gelöst, weil Kuhl wegen eines vor einigen Wochen begangenen Attentates auf einen Nebenarbeiter in Untersuchung gezogen war. Der Mörder muß sich während der Abwesenheit der Mutter eingeschlichen haben; es wurde kein Schrei gehört. Nach der That hat der Mörder den Thürschlüssel abgezogen und ist über den Hof unbemerkt entkommen. Sofort nach Bekanntwerden der That machte sich die gesamte Säugmannschaft, Bürger und Nachbarn an die Verfolgung des Mörders, der kurz vorher noch in der Stadt in einem Gasthaus gesehen worden war, wo er fragte, ob die neueste Nummer der „Ruppiner Zeitung“ schon da sei, und sich dann auf den Weg nach Neu-Ruppin machte. Es gelang auch, ihn alsbald auf dem Kirchhofe von Neu-Ruppin zu verhaften. Er wurde um 6 Uhr hier eingeliefert und sofort mit einer Gerichtskommission zur Leiche geführt und darauf ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt und zeigt keine Reue.

**Vermischtes.**

**Die Hochwassergefahr** ist immer noch nicht beseitigt. Ein Telegramm aus Prag meldet: Aus allen Gegenden des Landes laufen Meldungen über bedeutenden Hochwasserstand der Flüsse ein, doch ist bisher noch keine unmittelbare Ueberschwemmungsgefahr vorhanden. Der Regen dauert fort.

Die Oder ist bei Oderau aus ihren Ufern getreten und hat bei Maulendorf die niedrig gelegenen Länderecken überschwemmt. Das Elb-Hochwasser erreicht bei Dresden den höchsten Stand; die Elblöhre ist unterbrochen. Der mehrfach unterbrochene Bahnbetrieb ist wiederhergestellt.

**Elf Personen ertranken.** Das plötzlich eingetretene Hochwasser hat leider auch zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert. Am Sonntag fand in Adsa (Kreis Bitterfeld) ein Turnfest statt, an dem sich viele Leute aus Lößnitz, das auf der anderen Seite der Mude liegt, und dessen Umgegend beteiligten. Gegen 8 Uhr abends wollten mehrere Personen den Heimweg antreten. Um den weiten Umweg zu vermeiden, wollten sie sich vom Fähmann übersehen lassen. Elf Personen und zwei Fährleute bestiegen den Kahn, der nur für höchstens zehn Personen berechnet war. Als Fährmann durch das Strombett benutzte man das Seil, an dem sonst die Fährleute geleitet wird. Dieses Seil hielt aber den durch das Hochwasser erhöhten Druck nicht aus und geriß. Die Fährleute verloren die Gewalt über das Fahrzeug, der Kahn schlug um, und alle dreizehn Personen versanken im Wasser. Bereitet wurden nur der Bremereizeuge Bierbrauer und Anna Jensch aus Lößnitz, während die anderen elf Personen ertranken. Unter diesen befanden sich acht Männer, zwei Frauen und ein achtjähriger Knabe. Man behauptet, bis gegen 12 Uhr nachts die Hilferufe einer der verunglückten Frauen gehört zu haben. Es war aber unmöglich, in der Dunkelheit die Unglückliche zu finden und ihr Hilfe zu bringen. Trotz allen Suchens hat man bisher weder den Kahn noch eine der Leichen gefunden. Nur eine Trommel, die zweifellos einem der mitverunglückten Turner gehörte, wurde aufgefunden.

**Aus der Irenenauktions-Comandant** ist der Geisteskranke Brodmann entsprungen, welcher die unberechnete Schräder in der Umgegend von Bremen ermordet hat.

**Marktpreise von Berlin am 9. Mai 1899**

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,10		
*Weizen	Do. Str.	16,--	15,--	Kalbsteif	1,80	1,--	
*Roggen	Do. Str.	15,30	14,--	Lammfleisch	1,60	1,00	
*Zwanziger-Weizen	Do. Str.	13,40	12,50	Hammerfleisch	2,00	2,--	
Hofst. gut	Do. Str.	15,00	15,10	Butter	60 Stck	3,60	2,30
Do. mittel	Do. Str.	15,--	14,50	Fier	1 kg	2,50	1,20
Do. gering	Do. Str.	14,40	14,--	Karpfen	1 kg	3,--	1,40
Nichtstroh	Do. Str.	4,--	3,66	Kale	1 kg	2,60	1,--
Do.	Do. Str.	6,90	4,40	Hander	1 kg	2,--	1,20
*) Erbsen	Do. Str.	40,--	25,--	Rechte	1 kg	1,60	0,80
*) Speisebohnen	Do. Str.	50,--	25,--	Schote	1 kg	3,--	1,20
*) Wicken	Do. Str.	70,--	30,--	Blrie	1 kg	1,40	0,80
*) Hartweizen, neue	Do. Str.	6,--	4,--	Krebse	per Schaf	12,--	2,50
*) Weizen, alte	Do. Str.	1,60	1,20				
Do. Bauw.	Do. Str.	1,20	1,--				

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rotteringsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

+) Kleinhandelspreise.  
**Produktenmarkt vom 10. Mai.** Die Rotterungen für Brotschiffe blieben gegen gestern fast unverändert, nur Roggen gab etwa 0,25 bis 0,50 M. nach. Hafer und Reis behauptet. Rüböl ist aber fest. Die wieder hart an den Spiritusmarkt gekommene Kolofonwurde drückte auf die Tendenz und gab die Preise weiter nach. Angebaten waren 140 000 Liter 70er Ware, die mit 39,70 M. (= 0,20 M.) gehandelt wurden. 50er Ware wurde nicht angeboten. Termine geben ebenfalls 10—20 Pf. nach.  
**Kartoffelfabrikate.** Berlin, 10. Mai. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 10,20 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 20,60 M., do. Sekunda 21,25 M., do. Sekunda 16—18 M. Prima Kartoffelstärke per 100 Kg. 20,60 M., do. Sekunda 21,25 M., do. Sekunda 16,00—18,50 M.

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 10. Mai. Zum Verkauf kamen: 440 Rinder, 2770 Kalber, 720 Schafe, 10226 Schweine. Vom Rindertrieb blieben etwa 140 Stück un verkauft. Der Kalberhandel gestaltete sich langsam. Bei den Schafen fand nur etwa die Hälfte des Auftriebs Abzug. Der Schweinemarkt verlief schleppend und wurde kaum ganz geräumt.

**Witterungsbericht vom 10. Mai 1899, morgen 8 Uhr.**

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	756,9	SW	2	wolkig	11	Naparranda	762	SW	1	heiter	8
Hamburg	760,9	SW	2	bedeckt	12	Petersburg	764	SW	1	heiter	9
Berlin	765,9	SW	1	bedeckt	15	Lort	759	SW	3	bedeckt	10
Wiesbaden	758,5	SW	3	bedeckt	13	Aberdeen	762	R	3	bedeckt	9
München	760,9	SW	4	bedeckt	11	Paris	761,9	SW	1	Trüb	10
Wien	754,9	SW	4	Regen	12						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Mai 1899.**  
Ein wenig kühler, zunächst noch trübe und regnerisch bei schwachen nord-westlichen Winden; nachher langsam aufklärend.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrt):

**Familien-Ausflug** nach dem Restaurant „Pferdewald“ bei Köpenick. Abfahrt früh 9 1/2 Uhr v. Schlesischen Bahnhof. Regere Beteiligung sieht entgegen. Der Vorstand.

**Musikinstrumenten-Arbeiter!**  
Sonntag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn L. Brockmann, Rixdorf, Berlinstr. 55, Eingang Jägerstraße (unterer Saal):

**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 141/18  
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: Lebenshaltung und Volkswohl. 2. Gründung einer Zahlstelle. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen. Der Vertrauensmann: J. Arosch.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband** (Ortsverwaltung Berlin).  
Am Sonntag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Diele, Ackerstraße Nr. 123:

**Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.**  
Das Erscheinen jedes einzelnen ist, da wichtige Angelegenheiten zur Beratung gelangen, unbedingt erforderlich. 112/1  
Die Ortsverwaltung.

**Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlds.** (Zahlstelle Berlin V.)  
Am Sonntag, den 14. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Abrechnung des Kassierers vom ersten Quartal. 3. Regelung unserer Wohnverhältnisse. 4. Abrechnung vom 2. Quartal. 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, ihre alte und neue Quittungskarte mitzubringen. Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** (Zahlstelle Berlin.)

**Sitzung der Orts-Verwaltung** am Freitag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Bentstr. 20-21:

**Bezirks-Versammlung für Moabit** am Sonntag, den 14. Mai, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Höwes, Stromstraße Nr. 28.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Rein über: „Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung“. 2. Diskussion. 81/2  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zu dieser Versammlung sind dringend die Kollegen der Aktien-Gesellschaft für Bau-Ausführungen, Salz-Aller 6; Mariens, Thurmstr. 58; Herrmann, Stephanstr. 45; sowie Thiemich, Thurmstr. 29, eingeladen.

**Stellmacher Berlins.** Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr:

**Große Versammlung** in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Zwangsgewinnungen“. 81/3  
2. Diskussion.  
3. Vorschläge zum Gesellen-Ausschub.  
4. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten. 5. Verschiedenes.  
Jeder Stellmacher muß anwesend sein. Der Einberufer.

**Achtung! MAURER.** Achtung!

Sonntag, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr:  
**Zwei Versammlungen** des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.  
1. Für Norden, Moabit und Wedding: „Wedding-Park“, Mollerstrasse No. 178.  
2. Für Osten, Süd-Osten und Süden: „Urania“, Wrangelstrasse 9/10:  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. Referenten Kollegen Kater und Metake. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. [129/10] Der Vorstand.

**Tischler-Verein.** Sonntag, den 13. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

**Ausserordentliche General-Versammlung.** Tages-Ordnung: Beschlußfassung über die diesjährige Dampferpartie u. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. [108/13] Der Vorstand.

**Verein der Zimmerer** Berlins und Umgegend. Sonntag, den 14. Mai cr., vormittags 10 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** bei Cohn, Bentstraße Nr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Die Arbeiterfragen der Gegenwart.“ 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Solzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet. 25/8 Der Vorstand.

**Holz- und Bretterträger Berlins und Umg.** Sonntag, den 14. Mai cr., mittags 1 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung** bei Herrn Wilke, Andreestraße Nr. 26.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Jahn. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1899. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand: Paul Karnal.

**Geschäfts-Eröffnung.** Meinen Arbeitskollegen, Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich Schulstr. 117, Ecke Metzstrasse, eine Bier- u. Imbiss-Halle eröffnet habe, und bitte, mich auch in meinen neuen Unternehmen unterstützen zu wollen. Achtungsvoll 3158\* Louis Göde, Gastmtr.

Gewerbe mein Weiz- u. Banischbier-Lokal. Vereinszimmer für 30 Personen. Gustav Becker, 26 Petersburgerstr. 55.



Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 9. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Die gestrige namentliche Abstimmung hat das Ergebnis gehabt, daß 96 Delegierte für 847 000 Mitglieder gegen die Zulassung...

Zur Veratung werden die Anträge gestellt, welche die Agitation, die Erweiterung der Tätigkeit der General-Kommission, die Streitunterstützung und Streikstatistik und das „Korrespondenzblatt“ betreffen. Die Bildhauer-Organisation befürwortet verstärkte Agitation für Arbeitslosen-Unterstützung. Die Konferenz der Redacteurs der Gewerkschafts-Presse beantragt, die General-Kommission möge eine Centralstelle schaffen, die der Gewerkschafts-Presse Material liefert, damit sie die fortgeschritte Verschlechterung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung publizistisch besser als bisher bekämpfen kann.

Eringmann-Hamburg befürwortet als Referent besonders den Antrag der Redacteurs der Gewerkschaftsblätter. Die Kosten würden etwa 6-7000 M. betragen, was die Sache wert sei. Ganz grundlos sei die Befürchtung, als wolle der Antrag die Tätigkeit der politischen Partei irgendwie beeinträchtigen.

Sturm-München befürwortet die Herausgabe des statistischen Materials, das weniger auf die Bedürfnisse der Gesetzgebung, aber mehr auf die Bedürfnisse der Interessenten an der Gewerkschaftsbewegung zugeschnitten sei.

Leipziger-Stuttgart begründet die Anträge des Holzarbeiter-Verbandes. Es sei jetzt die Zeit des Ausbaues für die General-Kommission und seine Anträge zeigten die Richtung dieses Ausbaues. Die vom Holzarbeiter-Verband verfolgten Wünsche würden sich erfüllen lassen mit den jetzigen Mitteln der General-Kommission. Eine Erhöhung der Beiträge wünsch er nicht. Das „Korrespondenzblatt“ solle regelmäßig 16 Seiten stark sein und einen besseren Inhalt wie bisher bekommen und nicht nur mit Generalversammlungs-Berichten gefüllt werden. Jetzt sei es nach Feierabend kurzer Hand zusammen-gestellt worden, damit nur wieder einmal eine Nummer erscheinen konnte. Die Herausgabe des Jahresberichts habe überall Anklang gefunden. (Beifall.)

Legien begründet den Antrag der General-Kommission auf Schaffung einer Streikstatistik. Das Material muß eher publiziert werden, als das amtliche, denn sonst wird sich die ganze publizistische Erörterung auf die amtliche Statistik beschränken.

Waller-Hamburg begründet einen noch nachträglich unterstützten Antrag, der die Anstellung von Vertrauenspersonen wünscht, die schwachen Organisationen hilfreich zur Seite stehen und Neugründungen von Organisationen fördern sollen. Von der General-Kommission soll eine Broschüre herausgegeben werden, welche über die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften alles Wissenswerte enthalten soll.

Hoffmann-Hamburg begründet einen noch nachträglich unterstützten Antrag, der eine Regelung der Streitunterstützung herbeiführen will. Redner meint, es müsse endlich mit der Praxis gebrochen werden, daß bei Angriffstreiks auch die Nichtorganisierten Unterstützung erhalten. Diese Leute füllten sich ihre Taschen aus der Streik-Kasse, blieben aber der Organisation fern. Bei Abwehrstreiks sei es etwas anderes, da sei die Unterstützung von Nichtorganisierten manchmal nicht zu umgehen.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Pöschel-Berlin: Ich stehe dem Antrage der Gewerkschafts-Redacteurs sehr skeptisch gegenüber. Aus der Beschäftigung mit politischen Dingen erwachsen den Gewerkschaften nur Schwierigkeiten. Ich halte es für besser, wenn die politische Partei weiter mit diesem Teil der Tätigkeit betraut bleibt; sie hat ihre Aufgabe bisher völlig ausreichend erfüllt. Wo soll auch der eine Mann herkommen, der das alles machen kann. Wir wollen unsere Beamten besser bezahlen und sie nicht zu sehr überlasten. Das ist notwendig. Die Redacteurs sollen sich selbst in die Materie vertiefen, nicht einfach ihnen zugeordnete Wüstenabzüge zum Abdruck bringen. Gegen die Mehrereinstellung eines Beamten habe ich nichts, sofern derselbe Redacteur sein soll. Der Ausbau des „Korrespondenzblattes“ ist notwendig. Den Antrag der General-Kommission unterstütze ich. Die Herausgabe der Statistik ist sehr wünschenswert, nur die Fragebogen sollten nicht mit Fragen zu sehr überfüllt werden. Die Anträge der Seelente haben wenig Zweck. Ich bitte Sie, die Anträge sämtlich abzulehnen, schon wegen des Kostenpunktes.

Schäfer-Branische wendet sich gegen den Antrag der Bildhauer, der so schnell nicht ausführbar sei. Auch der Antrag der General-Kommission sei für ihn unannehmbar, er sei nicht einmal notwendig. Was hier für die Gewerkschaften gefordert werde, sei mehr Sache der Arbeitersekretariate und der politischen Partei. Eine Verschlechterung der Arbeiterversicherungs-Gesetze könne von dieser am allerbesten verhindert werden. Auch der Antrag der Holzarbeiter überlaste die General-Kommission viel zu sehr. Wegen der Neueinstellung eines weiteren Beamten in der General-Kommission habe er nichts einzunehmen.

Späthe-Berlin: Die Vergrößerung des „Korrespondenz-Blattes“ habe ich schon vor drei Jahren befürwortet, jetzt ist es nur ein Räseblattchen. Die Bedenken gegen den Ausbau der Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung teile ich keineswegs. Sie können die wirksamste Kontrolle für die Ausführung der Arbeiterchutz-Gesetze ausüben.

Dupont-Berlin wendet sich gegen den Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs, der Mittrauen gegen die politische Partei bedeute. (Ch.) Redner schließt sich im übrigen den Ausführungen von Pöschel an.

Robert Schmidt-Berlin: Die Gewerkschafts-Redacteurs verlangen ein Korrespondenzbureau, das ihnen socialpolitisches

Material liefern soll, das sie sich selbst nicht beschaffen können. Gewiß sind die Redacteurs vielfach überlastet, aber ein allgemeiner Mangel an socialpolitischem Stoff besteht nicht. Wir haben gut geleitete Gewerkschaftsblätter, die ihre Aufgabe voll erfüllen. Die Arbeiterchutz-Gesetze gliedern sich doch in Verordnungen. Für das eine hat dieser Beruf, für das nur jener Beruf Interesse. Die von einzelnen Rednern hervorgehobene Tendenz des Antrages gegen die politische Partei kann ich in dem Maße nicht finden, wie andere Redner. Diese Bedenken sind übertrieben. Aber die gestellten Aufgaben sind zu groß und schwierig und selbst bei großer Kostenvermehrung zu bewältigen. Einer Erweiterung des „Korrespondenzblattes“ stehe ich sympathisch gegenüber.

Kroll-Berlin bittet, die Anträge der Seelente abzulehnen. Der Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs ist ihm sehr sympathisch, von einem Konflikt mit der politischen Partei könne nicht die Rede sein.

Winkelmann-Bremen drückt den Wunsch aus, die General-Kommission möge dem in den Anträgen der Seelente geäußerten Verlangen nach größerer Unterstützung schwacher Organisationen näher treten. Er erklärt sich gegen den Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs.

Saran-Altona hält die gegen den Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs geäußerten Bedenken für unbegründet. Kamentlich vermöge er nicht einzusehen, wie man von einem Kompetenzkonflikt mit der politischen Partei sprechen könne. Die Gewerkschaften könnten vorzüglich für die Durchführung der Versicherungs-Gesetzgebung zu Gunsten des Arbeiters wirken, z. B. den Arbeiter dahin aufklären, wie er eine Unfallrente oder sonstige Ansprüche durchführt.

Bevor die Mittagspause eintritt, teilt der Vorsitzende Bömelburg mit, daß der Kassierer der General-Kommission dem Kongress telegraphisch mitgeteilt hat, daß die restierenden Beiträge der Cigaretten-sortierer bis Ende 1898 bezahlt seien. (Bravo.)

Ein Begrüßungs-Telegramm ist von den vereinigten Gewerkschaften Kölns eingegangen. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Auch ich halte die Anträge der Gewerkschafts-Redacteurs und des Holzarbeiter-Verbandes für die wichtigsten. Die Gewerkschaften haben sich von jeher mit Socialpolitik befassen müssen. Von einer Neuerung kann also nicht die Rede sein. Nur geschah das früher nicht in dem Maße, wie das jetzt notwendig erscheint. Das Gebiet ist so groß geworden, daß man sich nur mit Mühe hineinarbeiten kann. Einem Gewerkschafts-Redacteur ist das ganz unmöglich. Welchem von beiden Anträgen Sie den Vorzug geben wollen, überlasse ich Ihnen, sie sind beide von demselben Geiste befeuert, die General-Kommission auszubauen. Von einer Kontinenz gegen die politische Partei finde ich in dem Antrage nichts. Die politische Partei wird in ihrer großen Aufgabe von keinem Massenbewegten Arbeiter gestört werden. Wenn Sie die Anträge ablehnen, so käme mir das vor, als wolle jemand es ablehnen, daß ich geholfen werde. Die politische Partei muß es doch dankbar begrüßen, wenn ihr noch mehr Material gebracht wird, damit sie im Parlament noch besser vorstehen kann. Was an Schwierigkeiten vorliegt, das rührt nur von unserer rückständigen Vereinsgesetzgebung. Die Bedenken Schmidts, daß eine solche Centralstelle nicht Artikel für jede Fachorganisation liefern kann, ist wohl hinfällig. Es giebt doch Mitarbeiter, die herangezogen werden können, und dann kommt es ja vielmehr umgekehrt darauf an, daß aus dem einen Schlingel die notwendigen Folgerungen für die anderen Berufe gezogen werden.

Hübner-Essen empfiehlt den Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs auf Wärmte. Seit vier Jahren leite er ein Gewerkschaftsblatt, er sei aber nicht im Stande, die eigene Fachgesetzgebung, zum Beispiel die Knappschafts-Kassen-Gesetzgebung im Deutschen Reiche zu beherrschen, geschweige denn sich in andere Fachgesetze zu vertiefen. Ein Korrespondenzbureau werde eine Wohltat für die Gewerkschafts-Redacteurs sein, die ja auch noch persönliche Agitation zu leisten haben. Durch Annahme des Antrages werde man nicht nur der Bewegung nähern, sondern auch die meisten Gewerkschaftsblätter würden erst genießbar werden.

Paepelow-Hamburg wendet sich gegen die Anträge der Seelente. Vor Neugründungen von Organisationen muß gewarnt werden. Wir haben schon viel Schererei mit den Gewerkschaftsartikeln, deren Befugnisse künftig in Bezug auf Streiks beschränkt werden müssen. Den Antrag der Gewerkschafts-Redacteurs bitte ich abzulehnen. Ein solches Korrespondenzbureau würde die einzelnen Blätter schablonisieren und ihnen die Individualität nehmen. Besser ist es, wenn sich die verwandten Berufe zusammenhalten, wie wir es in Baugewerbe getan haben und Kommissionen bilden, wie wir es in Bauarbeiter-Kommission gebildet haben. Wir sind gegen jede Beitragserhöhung. Deshalb wollen wir die Zahl der angestellten Beamten in der General-Kommission auch nicht vermehren. Zwei Beamte genügen für die Arbeit, die der General-Kommission obliegt. Gegen die Vergrößerung des „Korrespondenzblattes“ haben wir nichts einzunehmen, wenn es wirklich zu einer gewerkschaftlichen Revue angefaßt werden soll. Bisher durfte ja das „Korrespondenzblatt“ nicht gegen einzelne Verbände polemisieren. Das ist falsch. Im Blatt der General-Kommission muß auch gegen unberichtigte Streiks Stellung genommen werden. Beim Krefelder Weberstreik, der von Leuten infamiert worden ist, die kaum in eine Organisation hinein gerochen haben, wäre das sehr angebracht gewesen. (Ch.)

Hieraus wird ein Schlußantrag mit großer Mehrheit angenommen.

In seinem Schlußwort betont der Referent Eringmann: Wenn irgend ein Antrag, so sei dieser aus den Massen hervorgegangen. Auf zahlreichen Verbandsversammlungen seien die Anregungen dazu gegeben worden. Die General-Kommission habe mit der Entstehung des Antrages nichts zu thun. Die Gewerkschafts-Presse arbeite mit sehr niedrigem Etat, im ganzen betrage er 42 100 M., auf einzelne Blätter kommen pro Nummer nur ein Redaktionsetat von 2,50 bis 6 M. Wer wolle da noch die Notwendigkeit eines Korrespondenzbureaus bestreiten? Redner schildert nochmals die Persohnlichkeit und Lächerlichkeit der Gewerkschaftsbewegung auf social-politischem Gebiete und bittet um einen positiven Beschluß statt um Halbheiten.

Es folgt die Abstimmung. Der Kongress beschließt, die Beiträge an die General-Kommission in der bisherigen Höhe zu belassen.

Alle Anträge, welche eine Mehrerausgabe für die General-Kommission oder die Erweiterung der Tätigkeit derselben involvieren, werden einer Kommission überwiesen, die einen Kostenanschlag dem Kongress in den nächsten Tagen unterbreiten soll. Der Antrag der Bildhauer auf Verbesserung der Statistik wird angenommen. Der Antrag der Seelente auf Sammlung des Materials für internationale Beziehungen wird angenommen. Ebenso der Antrag der General-Kommission auf Herausgabe einer Streikstatistik.

Kunmehr wird die folgende Resolution zur Veratung gestellt: „Der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, ihren Beamten und Redacteurs ein, deren wichtigen und aufreibenden Tätigkeit entsprechende anständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar umso mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder nach Zeit noch Umfang abzugrenzen ist. Der Kongress enthält sich zwar bestimmter Vorschläge, in welcher Höhe oder progressiver Steigerung die Gehaltsfestsetzung sich zu bewegen hat, ist aber der Ueberzeugung, daß die heute den Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehälter zu niedrig bemessen sind. Als vornehmste Pflicht ist aber den Gewerkschaften aufzugeben, ihre nach langen Jahren im direkten Dienste der Organisationen aufgearbeiteten oder invalide gewordenen Ar-

beiter vor der äußersten Not zu schützen, und zwar dergestalt, daß jenen Beamten eine entsprechende Pension gezahlt wird. Der Kongress verheißt sich die Schwierigkeiten nicht, welche in dieser Frage einer allseitig befriedigenden Lösung entgegenstehen, aber ihre Dringlichkeit bleibt bestehen. Im Prinzip gelten die vorstehenden grundsätzlichen Forderungen auch für die noch in ihrem Berufe thätigen Gewerkschafts-Beamten. Um die bezüglich ihrer Arbeitsleistung und Bezahlung ganz besonders traurige Lage dieser Beamten zu verbessern, wird die General-Kommission beauftragt, eventuell durch materielle Beihilfe es den kleinen Organisationen zu ermöglichen, sich tüchtige Kräfte zu erhalten oder solche gewinnen zu können. Der Kongress ernennt eine ständige Kommission, welche sich der Förderung dieser Angelegenheit zu widmen und eventuell den einzelnen Gewerkschaften mit Rat und That zur Seite zu stehen hat.“

Reyhäuser-Weipzig als Berichterstatter: Die Stellung der Gewerkschaftsbeamten in Bezug auf ihre Bezahlung und Sicherstellung für die Zukunft bedarf unter allen Umständen allgemein kritischer Beachtung der Gewerkschaftsorganisationen. Die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaftsbeamten verbessern, heißt gleichzeitig eine innere Erstärkung der Organisationen herbeiführen. Es ist leider heutzutage die Auffassung anzutreffen, als ob die Thätigkeit des Gewerkschaftsbeamten wie die berufliche zu bewerten und danach zu bezahlen wäre. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß ein Beamter oder Redacteur in allen Sphären des gewerkschaftlichen Lebens fest sein muß, alle Erscheinungen des ökonomischen, gewerblichen und sozialen Lebens verfolgen und zu beobachten. Es ist Thatsache, daß neben der allgemeinen Arbeitsleistung dem Beamten Beobachtungen, Studien u. dgl. obliegen, die öffentlich nicht kontrollierbar sind, aber einen großen Teil von Arbeit neben der eigentlichen, kontraktlich übernommenen zur Voraussetzung haben. Liegen aber die für die Stellung der Gewerkschafts-Beamten maßgebenden Verhältnisse schon in den großen Organisationen oftmals schlimm genug, so bilden die Verhältnisse, unter denen die Beamten in den kleineren Organisationen zu arbeiten haben, geradezu ein Kapitel aus der Hausindustrie. Hier ist im Interesse beider Teile auf die Schaffung geordneter Zustände zu dringen, hier müssen ständige Beamte angestellt und zunächst auf dieser Basis eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen versucht werden. Eventuell hat die General-Kommission mit materieller Hilfeleistung einzugreifen. Unter allen Umständen müsse aber für eine Sicherstellung der Beamten Vorsorge getroffen werden, wenn sie im Dienst der Organisation sich aufgearbeitet haben und alt und schwach geworden sind, wie ja bereits einzelne Städte damit vorgehen, ihren Arbeitern Pensionberechtigung zu verleihen. Für die Gewerkschaften besteht diese Verpflichtung in weit höherem Maße, denn das, was sie für die Allgemeinheit der Arbeiter verlangen, müssen sie zunächst ihren eigenen Arbeitern zu teil werden lassen. (Beifall.)

Dejung-Frankfurt meint, die Resolution Reyhäuser gehe in ihrem letzten Teile zu weit. Im allgemeinen sei er aber mit dem Referate einverstanden. Nur die Einsetzung einer ständigen Kommission möge man streichen. Die übrigen einstimmig annehmen. Jetzt bezahlten nur die Buchdrucker, Maurer und Metallarbeiter ihre Beamten ausreichend.

Brücker-Berlin befürwortet die Unterstützung der in der Organisation alt und schwach gewordenen Beamten.

Sandler-Düsseldorf bestreitet, daß die Verhältnisse der Beamten nur bei den kleineren Organisationen so schlecht seien, und wendet sich unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung gegen die Knarbeiter, die als Beamte unterkommen und gute Gehälter beziehen wollen.

Räppler-Altenburg verwarf die großen Organisationen gegen die Vorwürfe des Vordemers.

Legien wendet sich gegen die Bestimmung der Resolution, daß die General-Kommission bei schwachen Organisationen unterstützend eingreifen solle. Auch eine ständige Kommission für die Regelung der Gehaltsfrage sei wohl nicht notwendig. Im übrigen entspreche die Resolution nur gerechten Ansprüchen.

Die beiden letzten Sätze der Resolution werden vom Antragsteller Reyhäuser zurückgezogen.

Pöschel-Berlin beantragt, daß die General-Kommission auch vor dem nächsten Gewerkschaftskongress Erhebungen über die Höhe der Beamtengehälter veranstaltet und dem Kongress vom dem Ergebnis Mitteilung macht.

Deisinger-Hamburg: Es empfehle sich, einen Verband der Beamten mit einer Versicherungs-Kasse zu gründen.

Groll-Wiesbaden erklärt, daß ihm die Worte Reyhäusers aus der Seele gesprochen waren.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einem kurzen Schlußwort Reyhäusers wird die Resolution Reyhäuser, der Antrag Pöschel und ein Antrag Deisinger auf Schaffung einer Beamten-Versicherungs-Kasse angenommen. Alle drei Anträge werden einer Redaktions-Kommission überwiesen, die die Anträge in eine Resolution zusammenzufassen soll.

v. Elm und etwa 100 Delegierte stellen den Antrag: In Anbetracht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, gleichviel in welchem Lande und Gewerbe, für die materielle und geistige Erhebung des Arbeiterstandes von der allergrößten Bedeutung ist, beschließt der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, seiner Sympathie für die um Verkürzung ihrer Arbeitszeit kämpfenden Krämer Textilarbeiter praktischen Ausdruck zu geben, indem er den Gewerkschaften empfiehlt, sofort einen Betrag von 5 Pfg. pro Kopf ihres Mitglieder aus ihrer Kasse für die Streikenden zu bewilligen und den kämpfenden Brüdern in Oesterreich durch die General-Kommission zu überweisen.

v. Elm begründet den Antrag: Die Not der streikenden Textilarbeiter in Bräun ist groß. Es streifen 12 000 Arbeiter mit etwa 50 000 Angehörigen. Schnelle Hilfe thut not. In Oesterreich hat sich jemand gefunden, der zu den deutschen Gewerkschaften solches Vertrauen hat, daß er sich bereit erklärt hat, auf unseren Beschluß hin das Geld sofort in Bräun auszugeben. Die Arbeitgeber-Organisationen anderer Berufe wollen ihre Arbeiter hindern, Unterstützungen zu zahlen, indem sie in ihren Fabriken nur halbe Schicht arbeiten lassen wollen. Schnelle Hilfe thut also doppelt not. Wenn wir hier den Antrag annehmen, so erhalten die Bräuner Arbeiter morgen 25 000 M. Das ist keine geringe Summe, besonders deshalb, weil das Geld den Streikenden nicht bar ausgezahlt wird, sondern Lebensmittel dafür gekauft werden. Wichtig ist, daß es sich in der Mehrzahl um nichtorganisierte Arbeiter handelt. Aber es wäre falsch, das Dogma aufzustellen: nichtorganisierte Arbeiter dürfen nicht unterstützt werden. Ja, es giebt Fälle, wo es nötig ist, nichtorganisierte geradezu in einen Streik zu heben, damit sie sich erst einmal von dem Unterordnungsgefühl frei machen. (Sehr richtig!) Wir haben es beim Gasenarbeiter-Streik gesehen, daß solche Arbeiter auch für die Organisation zu gewinnen sind. 95 Proz. der Streikenden sind Tschechen. Sie wissen, wie schwer bei ihnen die Organisation ist. Belommen die Leute das Geld von uns, so wird das mehr wirken, wie alle Agitationen. Wir können es den Oesterreichern schiden, denn sie haben an uns auch schon praktische Solidarität geübt. Bei diesem Streik handelt es sich um Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine internationale Frage. Die internationale Solidarität rechtfertigt sich hier doppelt. Ich bitte Sie, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Der Kongress tritt dem Antrag von Elm ohne Diskussion mit allen gegen zwei Stimmen bei. (Beifalliges Bravo.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch früh acht Uhr verlag.

# Aus dem Zuchthaus.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Werden a. Ruhr, 2. Mai 1899.

In der Redaktion des „Vorwärts“ Berlin.  
Unter Bezugnahme auf den mich betreffenden Artikel in Nr. 100 Ihrer Zeitung bitte ich freundl. um Aufnahme folgender Erklärung:

Die sozialdemokratischen Blätter verbreiten eine zweite Auslassung des „geehrten Genossen Gräf“ und knüpfen daran allerlei Bemerkungen über vermeintliche Mängel im Strafverfahren, auf welche näher einzugehen ich selbstverständlich keine Veranlassung habe. Dagegen kann ich nicht umhin, den wiederholt falschen Darstellungen des pp. Gräf ein förmliches Dementi entgegenzusetzen.

1. Gräf behauptet, daß der Genosse Bedmann nicht wie sein Freund Schröder von der Konferenz zur Verurteilung vorgeschlagen worden ist, obgleich „er sich ebenfalls gut geführt hat“, sondern deshalb, weil er in der Goldleistenfabrik arbeitete, worin es nur sehr wenigen möglich war, ohne Bestrafung davonzukommen. Somit wäre Bedmann einer von den wenigen, denen es in meinem Betriebe gelungen wäre, sich gut zu führen. Und in der That hat derselbe nur zwei geringe Strafen wegen der Arbeit erhalten, dagegen desto mehr und schärfere Disziplinarstrafen wegen Ungezogenheiten auf dem Spaziergange, Schlägerei mit den Mitgefangenen, Schmuggeln von Kantabak u. dgl. In den zwei Jahren, seitdem ich die Leitung des Goldleistengeschäfts übernommen, habe ich persönlich nur den einzigen Gräf zur Anzeige gebracht und ist es mir wiederholt von der Verwaltung verweigert worden, daß in meinem Betriebe die wenigsten Bestrafungen vorkämen.

2. Gräf schreibt, er (Bedmann) arbeitete bei Herrn Diederich als Schleifer und hat infolge der Ueberanstrengung seine Gesundheit geopfert. Demgegenüber kann ich nur konstatieren, daß Bedmann während seiner dreijährigen Strafzeit nicht nur stets gesund war, abgesehen von zwei Tagen, die er wegen eines Geschwürs in dem Lazarett zugebracht hat, sondern auch nach dem Gutachten des Arztes als arbeitsfähig entlassen worden ist.

3. Gräf beschwert sich, daß ich auf seine Vorstrafen hingewiesen habe, welche er sich infolge von Arbeitslosigkeit durch Weiten und Landfriererei zugezogen habe. Hier muß ich allerdings einem Irrtum zugeben, denn Gräf ist nicht bloß 14 mal sondern 27 mal vorbestraft und sogar durch die Landespolizei in ein Arbeitshaus verwiesen worden. Das spricht doch wohl nicht für seine Arbeitslust und jeder Unbefangene wird es zugeben, daß es für einen Unternehmer auf der Strafanstalt nicht leicht und angenehm ist, so geartete Menschen zur Leistung des vorgeschriebenen Pensums zu bringen.

Auf die Auszählungen bezüglich meines politischen Standpunktes gehe ich nicht ein. Ich bemerke nur, daß ich mich deshalb an die „Tremonia“, das Hauptorgan der westfälischen Centralpartei, gewendet habe, weil dieselbe meines Wissens zuerst die Erklärung des p. Gräf aus der „Reinischen Westfälischen Arbeiterzeitung“ abgedruckt hat.

Friedr. Wilh. Diederich.

Wir überantworten diese Erklärung an die genannten Offener Berichteten Gräf und Bedmann. Da Bedmann sich in der Grube befand und ihm deshalb die Erklärung nicht vorgelegt werden konnte, erklärte sich nur Gräf, in einer übrigens die ganze Angelegenheit umfassenden Weise. Seine Erwiderung lautet:

Auf diese Erklärung des Fabrikanten Diederich habe ich das Folgende zu erwidern:

1. Es ist wahr, daß Bedmann, mein Mitberurtheiler aus dem Offener Prozeß, wegen „Schlägerei mit den Mitgefangenen“ bestraft worden ist. Da sie sich auf meinem Arbeitsfeld zutrug und ich Zeuge war, kann ich sie kurz schildern. In dem verhältnismäßig niedrigen Arbeitsloos herrschte immer schlechte, drückende Luft, von der selbst ich zumeist Kopfschmerzen hatte, wie viel mehr Bedmann, der schon damals auf der Wurst litt! Wegen des Fensters — ich weiß nicht mehr, ob wegen Schleiens oder Oeffnens — entstand zwischen ihm und einem Mitgefangenen Streit, der allerdings in Thätlichkeiten ausartete. Soweit ich dies beobachten konnte, war Bedmann nicht der Angreifer. Der ganze Vorfall dauerte kaum einen Augenblick. Viel schlimmere Thätlichkeiten passiren im Zuchthaus recht häufig. — Die Ungezogenheiten auf dem Spaziergang — bestanden darin, daß Bedmann auf dem Hofe einmal nach einer an der Mauer herabhängenden Traube gegriffen hat. Ich weiß noch nicht einmal, ob er wirklich Beeren ergriffen hat, denn die niedrig hängenden Trauben waren schon längst — von anderen Sträflingen abgepickt worden. — Was das „Schmuggeln des Kantabaks“ anbelangt, so sollte Herr Diederich sich schämen, daß er davon spricht. Jeder Holzarbeiter weiß, daß beim Schleifen grandioser Reiften das Stielen nahezu eine Notwendigkeit geworden ist, weil es zum Spulen veranlaßt und dadurch den Staub wieder aus dem Halse herausbringt. Im übrigen bin ich, wie ich freimüthig bekenne, in diesem Falle der schuldige Teil. Ich habe Bedmann aus Mitleid den Tabak gegeben, der bei ihm dann lediglich gefunden wurde. Vielleicht aber wird es Herr Diederich, der darin ein so schweres Verbrechen sieht, nicht unbekannt sein, daß früher schon gerichtliche Bestrafungen von Fabrikanten vorgekommen sind, weil — sie selbst ihren besseren fleißigeren Arbeitern Tabak zugestiftet hatten. Daß Herr Diederich während zweier Jahre „nur den einzigen Gräf“ zur Anzeige gebracht hat, mag richtig sein; Thatsache ist daneben aber auch, daß während dieser Zeit eine große Anzahl Arbeiter des Diederichschen Saales wegen „Unterpennum“ (Nichterreichung des vorgeschriebenen Arbeitspensums) bestraft worden sind.

2. Bedmann ist heute nicht mehr der gesunde Mensch, der er früher war. liegt dies nicht an der „Ueberanstrengung“ im Diederichschen Saale, so liegt es doch an der gesundheitschädlichen Arbeit. Die Leisten werden mit einer aus Gyps, Harz, Oel oder dergleichen hergestellten Masse grundiert und alsdann mit Glaspapier abgeschliffen. Dadurch entwickelt sich eine Menge feinen Staubes, der von den Arbeitern eingeatmet wird. Ob das ihrer Gesundheit zuträglich ist, kann ich der Bestimmung eines jeden überlassen.

3. Habe ich zu bemerken, daß ich mir die angeführten Strafen in der Zeit zwischen meinem 16. und 20. Lebensjahre zugezogen habe. Es sind nämlich Haftstrafen, kein Tag Gefängnis. Von da ab habe ich ununterbrochen auf einigen Grund und Walzwerken schwer gearbeitet, ohne mir auch nur eine weitere Strafe zuzuziehen. Meine letzte Strafe war das Offener Urteil.

Nach anders als in einer thatsächlichen Richtigstellung mit Herrn Diederich zu befehlen, lehne ich ab.

So sum, den 6. Mai 1899.

Karl Gräf.

Jeder Leser der Segenerklärung Gräfs wird zugeben müssen, daß dem vielgenannten Herrn Diederich seine Belastungsversuche Gräfs und damit unseres Blattes, das sich des Geheißten angenommen hatte, gründlich mißglückt sind. Wie lächeln lesen sich die Versuche Bedmanns in der Diederichschen Erklärung und wie unbedeutend sind sie in Gräfs Erwiderung, die nicht den Eindruck der Un glaublichkeit macht! Betrachtet man freilich alle diese Dinge vom Zuchthaus-„Arbeitgeber“ Standpunkte, dem schon das geringste Murren des Sträflings ein entsetzliches Vergehen gegen Autorität und Disziplin ist, so sind Gräf und Bedmann Verbrecher, die nur mit der Peitsche geübelt werden können. Für die Zustände im Zuchthaus, das noch in sich das Zuchthaus der Disziplinarstrafen enthält, sind die Schilderungen beider Teile, so widersprechend sie sind, recht anschaulich. Auch in Gefängnissen gehören die Disziplinarstrafen, die in den schärferen Formen kraße Barbarei sind, zum täglichen Brot.

Gräf giebt zu, 27 mal vorbestraft zu sein. Selbst zugegeben, daß er einen Teil seiner Bestrafungen hätte vermeiden können, so ist doch seine völlig einwandfreie Führung und sein arbeitsames Leben in der folgenden Reihe von Jahren ein Beweis, daß er einen besseren Weg betreten hätte. Herr Diederich hat deshalb auch hier keinen Grund, vom hochmögenden Unternehmerstandpunkt herab von

„so gearteten Menschen“ zu sprechen und ihnen ihre Strafen zum Vorwurf zu machen.

Wir glauben hiermit die Akten über die Affaire Gräf-Diederich schließen zu sollen und bemerken, gegenüber dem Schlusse in der Diederichschen Erklärung, der Vollständigkeit halber nur noch, daß zu gleicher Zeit wie in der „Tremonia“ auch im Hauptorgan der rheinischen Centralpartei, der „Rheinischen Volkszeitung“, die Diederichsche Verurteilung erschien. Warum der Herr da noch den Schleier tiefen Geheimnisses über seinen Parteistandpunkt ziehen will, ist uns nicht klar. Die Blätter, die die „arme Schwester Karola“ bitter beweinen, werden auch ihn nicht abschüttern.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstagswahlkreis (Osten) hielt am Dienstag eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Debatte über die Bernsteinische Streitschrift. Glocke, der in der vorigen Versammlung referiert hatte, war nicht anwesend, weil er sich zur Zeit auf dem Gewerkschaftskongreß befindet. Ad. Hoffmann, der auf der Rednerliste stand, ist augenblicklich auf einer Agitationsreise, und ein anderer gleichfalls eingezogener Redner war nicht erschienen. Die Anwesenden hatten augenscheinlich keine große Lust, in die Debatte einzutreten. Zunächst meldete sich niemand zum Wort. Nachdem Schneider sich gegen einige in der vorigen Versammlung von Raab gemachten Ausführungen gewandt hatte, sagte Raab, wenn von den Mitgliedern des Wahlvereins zu diesem wichtigen Thema niemand das Wort nehme, so scheint es, als ob es so wäre, was neulich in der Reichsversammlung von anarchistischer Seite gesagt wurde, nämlich, daß die Arbeiter für die vorliegende Frage kein Interesse hätten. Es würde bedauerlich sein, wenn es wirklich so wäre. Der Standpunkt der Gewerkschaft müsse durch Annahme einer Resolution zum Ausdruck gebracht werden, schon deshalb, um den Delegierten zum Parteitag, der in dieser Angelegenheit das entscheidende Wort zu sprechen habe, eine Direktive zu geben.

Schneider, Wengels, Galle, Richter und andere Redner erklärten sich gegen den von Bernstein vertretenen Standpunkt. Sie meinten, wenn auch die Arbeiter weder die erforderliche Zeit noch die nötigen Vorkenntnisse haben, um sich in das Studium der vorliegenden Frage zu vertiefen, und wenn deshalb die Debatte nicht recht in Fluß komme, so seien die Arbeiter in ihrer Mehrheit doch von dem Bewußtsein durchdrungen, daß sie den Bernsteinischen Standpunkt nicht zu dem ihrigen machen könnten, sondern an der bisherigen Politik der Partei festhalten müßten. Begruet behauptete, daß die Angelegenheit im „Vorwärts“ so eingehend behandelt worden sei. Redner hat aus der ganzen Polemik zwischen Bernstein und Konitz nichts weiter entnehmen können, als daß beide sich gegenseitig sagten, sie hätten einander nicht verstanden. Was Bernstein eigentlich wolle, wisse man nicht, man möge deshalb nicht weiter über die Frage debattieren. Der Seither von der Partei verfolgte Weg sei der beste. — Es lagen zwei ihrem Inhalt nach gleiche Resolutionen vor, von denen die von Raab und Wengels eingereichte angenommen wurde. Sie lautet:

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Reichstagswahlkreis (Osten) lehnen die von Bernstein gemachten Reformvorschlüge ab und erwarten, daß der Parteitag zu Hannover zu einer entschiedenen Ablehnung derselben kommt.

Der Vorsitzende Schneider teilt mit, daß der Vorstand einem von Kasser gestellten Antrage, die Vertagtagung betreffend, nachgegeben sei. Er habe Aufnahmefähigkeit drucken lassen und erlaube die Mitglieder, davon ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Wahlkreis hielt am 9. Mai eine gut besuchte Versammlung in den „Spreehallen“ für das Danabiertel ab. Genosse Jahn referierte über „Die Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft“, die, wie der Referent meinte, gerade gegenwärtig wieder besonders scharf in die Erscheinung treten. Die leitende der bürgerlichen Schriftsteller getöbte und „wohnmündende“ Kritik über „Bernsteins Schrift“ sei nur berechnet, diese Klassenverhältnisse zu vertuschen und die Arbeiterklasse vom proletarischen Klassenkampf abzulenken. Am gefährlichsten seien darin die „Social-Liberalen“, die bereits seit geraumer Zeit sich damit abzugeben, den „Socialismus“ im liberalen Sinne umzumodeln. Die Reden der Herren v. Stumm, Harbordt und Genossen, die Verschleierung der Socialpolitik, sowie der Zuchthausdruck lassen erkennen, wohin man steuere. Es müsse gerade in der gegenwärtigen Zeit Aufgabe aller denkenden Arbeiter sein, sich mehr als es bisher gesehen, mit den Zeit und Welt bewegenden Fragen des Socialismus zu befassen, um eine feste und klare Anschauung zu erlangen, die uns befähigt, unsere bisher eingeschlagene Politik mit Erfolg zur Anwendung bringen zu können. Der Vorsitzende knüpfte an die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten die Ermahnung an die Mitglieder, daß sie energisch in der Werbung neuer Mitglieder thätig sein mögen. Mit dem weiteren Wunsch des Vorsitzenden, daß die Anwesenden für zahlreicheren Besuch der künftigen Versammlungen Sorge tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins hielten am Dienstag in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße, eine von der Centralkommission einberufene, außerordentlich stark besuchte Versammlung ab. Betreten waren nach der Wägenliste 62 Kassen. Die Tagesordnung bildete wieder der in diesem Monat stattfindende Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit und die im Anschluß an diesen Kongreß am 28. Mai stattfindende Konferenz aller Krankenkassen Berlins. Nach dem einleitenden Referat des Herrn Dr. Friedberg, der in eingehender Weise die Bedeutung dieses Kongresses insbesondere für die Krankenkassen erläuterte, und der Meinung Ausdruck gab, daß dessen äußerst wichtige Verhandlungen nicht ohne Einfluß auf die Bestimmung der in derselben Zeit im Reichstage zur Beratung stehenden Novelle zum Invalidenversicherungs-Gesetz sein dürfte, wird die Beteiligung der Krankenkassen eine sehr lebhaft sein. Nicht nur von den Berliner Kassen, sondern aus allen Teilen Deutschlands liegen bereits Anmeldungen zur Teilnahme an dem Kongreß vor und es ist zu erwarten, daß die bedeutendsten Kassen aus allen größeren Städten Deutschlands vollzählig vertreten sein werden. Nicht minder ist das Interesse, das von allen Seiten der geplanten Konferenz aller Krankenkassen Deutschlands entgegengebracht wird. Diese Konferenz, die sich vornämlich mit dem Krankenkassen-Gesetz und den in Aussicht gestellten Änderungen, sowie mit der obligatorischen freien Arztwahl und den diesbezüglichen Beschlüssen des letzten Kongresses z. befaßt wird, soll insbesondere dazu angethan sein, für die Zukunft in allen die Kassen gemeinsam interessierenden Fragen ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Infolge der Agitation der Centralkommission haben sich trotz der kurzen Zeit schon eine große Anzahl Kassen aus den verschiedensten Städten Deutschlands zur Teilnahme an der Konferenz angemeldet und in den Zuschriften an die Kommission sich sehr anerkennend über das Verfahren derselben geäußert. In der hierauf folgenden sehr lebhaften Diskussion wurde die Verwirklichung des Kongresses sehr warm empfohlen und darauf hingewiesen, daß die Kosten der Delegation zweifellos, und zwar weil die Kassen bezügl. die Versicherungen hierüber außerordentlich interessiert sind, aus den Kassensmitteln gedeckt werden können. Außerdem wurde empfohlen, daß diejenigen Kassenvorstände, die bisher noch keine Delegation beschließen haben, unverzüglich Sitzungen einberufen sollen, um jezt noch Delegierte für den Kongreß zu wählen. Es gelangte hierauf eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die verammelten Vertreter der Orts-, Innungs-, Betriebs- und freien Hilfskassen ihre volle Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten Herrn Dr. Friedberg aussprechen und es als eine Ehrenpflicht aller Krankenkassen erachten, daß sie den Kongreß in würdiger Weise beschicken. Die Versammelten richteten deshalb einen Appell an sämtliche Kassen Deutschlands, für eine der Bedeutung der Krankenkassen entsprechende Vertretung Sorge zu tragen. Zu den

Vorbereitungen und den Ausführungen der sich notwendig machenden Arbeiten für die am 28. Mai stattfindende Konferenz der Krankenkassen Deutschlands wurde eine Kommission von 17 Kassenvorstehern gewählt. Die von der Centralkommission mitgeteilt wurde, sind zur Teilnahme an dieser Konferenz neben den Delegierten zum Tuberkulose-Kongreß sämtliche Kassenvorstände und die Vertreter der hierbei interessierten Körperschaften berechtigt. Gewünscht wurde, daß die Annahme der Delegationen, mit Angabe der genauen Adresse der Delegierten, bei der Centralkommission und zwar baldigst erfolgt, die dann für Zusendung des Materials z. Sorge tragen wird. Außerdem wurde ersucht, daß der Kommission, soweit dies noch nicht geschehen ist, die Jahresberichte von 1898 und die Statistik über die Tuberkulose vom verfloffenen Quartal umgehend zugeföhrt werden. Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen und Mitteilungen erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Wahl des Gesellenausschusses der Berliner Sattler-, Tischler- und Klempner-Zunft wurde am 8. Mai in einer gut besuchten Versammlung vorgenommen. Gewählt wurden sämtliche von der Organisation vorgeschlagenen Kandidaten: Ahmann, Blum, Berner und Hoffmann; als Ersatzleute: Hobeisel und K. d. L. Nachdem der Obermeister die Gewählten durch Handschlag verpflichtet hatte, schloß derselbe die Versammlung mit Lob- und Dankesworten für das ruhige und parlamentarische Verhalten der Gehilfenchaft. —

Ra also! Vielleicht lernen die Herren noch was von den Arbeitern.

Die Tagelöhner Berlins (Zentrale Nord) hielten Ende April ihre Quartalsversammlung ab. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß vier Mitglieder, zwei kommittierte und eine Quartalsversammlung stattgefunden haben. Forträge wurden vier gehalten. Außerdem hatte die Ortsverwaltung sieben Sitzungen. Die Mitgliederzahl ist um 35 gestiegen und beträgt gegenwärtig 370 Mann. Die Einnahmen beliefen sich auf 437,15 M., die Ausgaben 237,88 M. Somit verblieben am Schlusse des Quartals incl. des Bestandes vom vorigen Quartal 335,68 M.

## Gingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 33. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Retrospektive — Völkerecht und Militarismus. Von J. Karst. — Eine Raubliste. Von Franz Weisinger. II. — Ueber Arbeiterkolonien. Von Dr. Albert Ebeling (Hamburg). — Ein Buch zum Gedächtnis der Wägenländer. Von Heinrich Schlegel. — Romane: Die Stenografie von Landwirtschaft und Industrie in St. Gallen. Von G. Wenger.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die Nr. 10 des 9. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Eine dringende Aufgabe der Gewerkschaften — Erkundungen und Sterblichkeit des Berliner Proletariats. Von F. H. — Der Jahresbericht der harrischen Arbeiterkolonien. Von Dionys Rinner. — Penitentien: Ist das nicht genug? Von August Strindberg. Autorschafts Ueberlegung von Emil Schering. — Kolonialpolitik von Uig Braun und Clara Jellin. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland. — Socialie Geographie. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1899 unter Nr. 3033) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

44. 6. Wiederholen Sie Ihre Frage. — C. W. 22. Es liegt nach Ihrer Schilderung kein Zeugnis, sondern ein durchaus zulässiger und gültiger Kaufvertrag vor. Ihre Frau recht, aber nur, soweit noch Waare am Lagerort vorhanden war, mit: das Grundstück gehörte nicht mehr zur Kaufsache. Anträge auf Expropriation sind aber ohne die Hilfe eines Anwalts an das Amtsgericht zu richten, in dessen Bezirk der Besondere liegt; wo nicht — A. J. Friedrichberg. Sie sind Eigentümer des Abt geworden, mühen diese aber gegen Erfüllung des Kaufgeldes an den Besonderen heranzuziehen. — G. C. W. Rein. — G. 61. Sie können mit Erfolg beim Werbergericht (falls Ihr Gehalt unter 2000 M.) oder beim Amtsgericht (falls Ihr Gehalt über 2000 M. war) klagen. — W. Bedmann. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — Regel. Auf Rekonstruktion der Hamburger Behörden ist Sie dazu verpflichtet. — R. P. 33. 1. Nein. 2. Ja, aber unter Fortlassung der beiden Wörtern vor „Voten“ und des Passus nach „Voten“ bis „fürstet“. 3. Ja. — W. J. 100. Da Sie unterzeichnen haben, läßt sich nur dann etwas gegen eine Klage machen, wenn Sie den Vorbehalt durch Zeugen beweisen können. Beherrigen Sie im Zukunft den alten Rat: nichts unterschreiben, was zungen- gewandte Reiche anbieten.

A. H. 18. Wenden Sie sich direkt an das Offener Regiment. — C. P. 100. Leider nein. — G. P. 99. 1. und 2. Mit ein mit 60 M. monatlich angefallener Gehalt in einem Anwaltsbüro sind Sie krankendepositionsbefähigt. Sie gehören ohne weiteres der Klasse an. 1/2 der Anwaltsklasse; Beiträge zahlt der Arbeitgeber, 1/2 der Arbeitnehmer. Bei der Anwaltsklasse in Berlin steht der Kammal den ganzen Betrag zu zahlen. Die Höhe der Beiträge ist im Statut festgesetzt, das Sie sich geben lassen können. 3. 20 Pf. — P. C. D. Die Frau soll noch einige Zeit warten. Es ist jezt dem Reichstage ein Gesetzentwurf betr. die Pensionen zugeföhrt.

S. 2. 63. 1. Die Durchsichtung ist zulässig. 2. Ja, aber trotzdem können Sie die Durchsichtung nicht hindern. Sie können auch eine Bescheinigung über den Grund der Durchsichtung und über ihr Resultat verlangen. 3. Geld- oder Freiheitsstrafe. 4. Das wäre zulässig. — Orlao 3. Wenden Sie den Unfall bei dem Vorstand der Berufsgenossenschaft behufs Unterbrechung der Verjährung und baldiger Unterbrechung des Falles an. Unfallrente wird erst gewährt, wenn nach Ablauf von 13 Wochen noch Erwerbsunfähigkeit vorliegt. — W. W. 1. Nun abgewartet werden.

Stolz. Den Unfall müssen Sie beim Vorstand der Berufsgenossenschaft anmelden, mit dem Ablauf der Verjährungsfrist (zwei Jahre) zu hindern. Leider ist in den Fällen des Verfalls nach der durch die Berufsgenossenschaft erhalten gegen die frühere gültige Rechtsprechung veranlaßt Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes der Ratweiser des Unfall sehr günstig geworden. — R. 2. 1. Rechtskräftiges Schiedsurteil und Bestätigung des Vorstandsgerichtsbedürfnis, das eine Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern statgefunden habe. 2. Ueber die Erzielung entscheidet das Vormundschaftsgericht, aber nur auf Antrag. 3. Zur Alimentation bleibt der Vater verpflichtet. — W. Sch. 1. Nein. 2. Ja. — G. Reuheit. 1. Ja nicht anders vereinbart, so kann der Schlaf- bursche und der Gasmengener bis zum 15. zum nächsten Ersten ständigen.

2. Das behaft keiner Verfügung. — R. D. 44. Geringer fortwährender Fehler, der nicht untunlich wirkt. — J. D. 34. Nein. — A. D. Uns nicht bekannt; wenden Sie sich direkt an die Oberbauabteilung. — Bach. Diefelben sind im Abrechen der zweiten Teil, verzeichnet. Schriftliche Auswertungen wir nicht. — H. D. Schwiebus. 1. Durch jeden Speibeur und durch die Post. 2. Sofortiges Zustandsänderungen ist bei einem Terrain möglich. — R. G. 7. Das sogenannte Handwerkerrecht (Gewerbes- Ordnungsgesetz vom 26. Juli 1897) regelt die Erleichterung von Innungen. — W. 21. 49. Ein Wählungsgrund liegt nicht vor. Wenden Sie sich schriftlich an das Volksgewerkschafts-Bau-Abteilung. — C. G. K. 32. Sie müssen den Gehalt und Zehnten des Kindes beibringen. Sie können zwischen dem Stabsbeamten Ihres Bezirks und dem Herrn Braut wählen. — G. X. 10. Sie haben geringe körperliche Fehler und werden wahrscheinlich zur Exazeration bestimmt werden. — I. Zahnweil. Die handbesammlende Urkunde ist erforderlich und genaugend. — P. 3. 11. Geldstrafe von drei bis hundert Mark oder Haft oder Gefängnisstrafe von einem Tag bis zu einem Jahre wäre zulässig.

P. 2. Klagen Sie auf Erteilung des Reparaturvertrages beim Amtsgericht. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. — R. H. 80. Der Vertrag ändert weiter, und zwar in Ihrem Falle seit um so langer Zeit, als die ursprüngliche Vertragszeit betrug. — W. 21. 15. 235 Markten müssen noch abbezahlt sein. — R. S. 37. 1. Er ist zur Zahlung verpflichtet. 2. Seit länger als 100 Jahren. — Alter Akonuent M. 8. 1. Dazu ist der Wirt berechtigt. Sie können Vorlegung notariell beglaubigter Vollmacht verlangen. 2. Von privater Seite. 3. Auf verschiedene Kandidaten, die je 1, 2 oder 3 Stimmen erhielten, einwirken.

W. J. 128. Soweit ersichtlich werden Sie Schritte mit Aussicht auf Erfolg leider nicht unternehmen lassen. Erwenden Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor: vielleicht läßt sich bei einer mündlichen Besprechung der Sachlage noch irgend ein Weg herausfinden. — R. S. 350. 1. Wenden Sie sich an die künftige Bezirksbehörde. 2. Ja, ein Recht zur Naturalisation hat kein außerdeutscher Wägenländer. 3. Circa 100-100 M. — W. B. 34. Auf die Provinz Brandenburg und, soweit nur preussische Straßengesetze in Betracht kommen, auf ganz Preußen erstreckt sich die Tätigkeit des Kammergerichts. — R. 30. 1-3 leider nein.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, den 11. Mai.**  
**Freie Volkshöhle.** Festung.  
Theater: 3. Abtheilung (graue Karten). Der Revisor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyrenhaus.** Sologain. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Die Weilandin.  
**Schauspielhaus.** Post festum.  
Der verunschuldete Prinz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Letzte Liebe.  
**Neues fol. Opern-Theater (Kraß).**  
Uziel Mesha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Die Gefährliche.  
Der grüne Kalaba. Paracelsus.  
Freitag: Tyrann von Bergamo. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Die Kameraden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Die Kameliendame.  
**Berliner.** Die Badesaison. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Des Meeres und der Liebe Weibchen.  
**Reichens.** Der Schlafwagen. Contreleur. Vorher: Zum Günstigen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Schiller.** Zwei glückliche Tage. Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Neues.** Eine Liebesheirat. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Hofgünst.  
**Rehen.** Cavalleria rusticana. Der Waffenschmied. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rachm. 3 Uhr: Die Regimentstochter.  
Freitag: Traviata.  
**Central.** Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Thalia.** Geschlossen.  
**Vuffen.** Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Central.** Vom Wege ab! (6 Jahre Zuschauhaus). Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich.** Wilhelmshäufchen. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Geschlossen.  
**Alexanderplatz.** Lehmannen. Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Um ein Weib.  
**Wiener Volks-Theater.** Das Versprechen hinterm Herd. Gouffin. Anfang 7 Uhr.  
Freitag: Diefelbe Vorstellung.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Neen-Palast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wahage.** Bauopifium. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Taubenstrasse 48-49. Reinhardt'sche Aufführung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vor-mittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.  
Subalisenstrasse 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Stern-warte.

### Schiller-Theater

(Wagner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zwei glückliche Tage.**  
Schwank in 4 Akten von F. v. Schön-hausen und Gustav Koberburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zwei glückliche Tage.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Die Frau vom Meere.**

### Central-Theater

Direktion: José Ferenoz.  
**Die Puppe (La Poupée)**  
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odéonnois u. Sargis. Musik von G. Aubran.  
Morgen und folgenden Tage: Die Puppe (La Poupée).  
Sonntag nachmittags zu halben Preisen: Zum erstenmale in dieser Saison: Der Waldweiber. Operette in 3 Akten von Jod. Strauß.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
(Mensel, Peters, Britton, Siechl, Krone, Schneider und Schröder.)  
Britton als Panku-Schulze.  
Anfang heute 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.  
**Morgen, Freitag: Elite-Soiree**  
mit neuem Programm. Anf. 8 Uhr.

### Schweizer-Garten

Am Königsthor - Am Friedrichshain.  
Donnerstag, den 11. Mai:  
**Garten-Konzert.**  
**Specialitäten-**  
Vorstellung.  
Volksbelustigungen, Ball.  
Sauspifation beginnt zu blühen.  
Entrée 30 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.

### Loh-Tannin-Bäder

Dampf, Heißluft, Saal, Bannen u. andere medizinische Bäder  
täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Desinfekt. Weterhof, Berlin N., Adlerstr. 132.  
Neu eröffnet. Beste hygienische Saubereit. Bäder für hämt. Kranke. Ein Probabod erhält Inhaber dieser Annonce zum Besuch vollständig umsonst  
bis 1. Juni 99 nur 1 Probe-bod gratis. 17329\*  
Richter, früh a. d. Spand. Str. 6.

### Große Betten 12 M.

(Oberst. Unterst. zwei Arten mit geräumigsten neuen Federn bei 40 Pf. Preis, Berlin N., Pringelstr. 46. Verlässliche Lieferanten. Viele Anerkennungs-schreiben.)

### Offend-Carl Meij-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Vom Wege ab!**  
(6 Jahre Zuschauhaus.)  
Drama in 4 Akten von E. Laberenz. In Scene gesetzt von Rob. Bach. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Am Sonntag: Gr. Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. 29 Nummern! Anfang 4 Uhr. Bei unangenehmer Witterung im Tunnel: Konzert. Anfang 6 1/2 Uhr.  
Am Sonntag und Geseftschäften ist der Worten noch für einige Tage in der Woche unter constanten Bedingungen zu vergeben.

### Metropol-Theater.

Gebrüderstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sensationelles Spezialitäten Programm.  
Mlle. Lidia.  
José Harguin.  
Meisterschafts-Jongleur I. Billardalon.  
Lul-Lul mit dem ballspielenden Hund.  
4 Noiset, 6 Glanzretti, Kunradfahrer, Akrobaten, Frid-Frid, Berliner Soubrette, Mariot, Humorist, Gregory, Ikar, Spiele.  
2 grosse Balletts.  
60 Damen. Anfang 4 1/2 Uhr.

### Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr:  
**Frau Luna.**  
Barlesk-phantastische Aus-stattungs-Operette in 1 Akt mit 4 Bildern u. Apotheose von Bolten-Bickers. Musik von Paul Lincke. In Scene gesetzt vom Direktor E. Waldmann.  
Im 4. Bild: Das sensationelle „Luft-Ballett“, ausgef. von den Grigolatis.  
Ferner: Zehn Spezialitäten ersten Ranges.  
Ma u. Mr. Blanc-Desroches, Maria in Bella, Bella Collier.  
Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Anfang des Konzerts 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 66.

### Victoria-Brauerei

Löhovstr. 111/112.  
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag  
**Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger**  
(Führmann, Horst, Walde).  
Anfang: montags abends 8 Uhr, sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

### Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Täglich mit jubelndem Beifall:  
**Das neue Mädchen.**  
Poffe mit Gesang v. O. Richter.  
Neu! Unerwartet, Neu!  
oder: So muß es kommen.  
Poffe mit Ges. v. G. Helmwing.  
Wochentags Entrée frei!  
Sonntags 30 Pf.

### Schweizer-Garten

Am Königsthor - Am Friedrichshain.  
Donnerstag, den 11. Mai:  
**Garten-Konzert.**  
**Specialitäten-**  
Vorstellung.  
Volksbelustigungen, Ball.  
Sauspifation beginnt zu blühen.  
Entrée 30 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.

### Loh-Tannin-Bäder

Dampf, Heißluft, Saal, Bannen u. andere medizinische Bäder  
täglich für Damen u. Herren in der Kur u. Desinfekt. Weterhof, Berlin N., Adlerstr. 132.  
Neu eröffnet. Beste hygienische Saubereit. Bäder für hämt. Kranke. Ein Probabod erhält Inhaber dieser Annonce zum Besuch vollständig umsonst  
bis 1. Juni 99 nur 1 Probe-bod gratis. 17329\*  
Richter, früh a. d. Spand. Str. 6.

### Große Betten 12 M.

(Oberst. Unterst. zwei Arten mit geräumigsten neuen Federn bei 40 Pf. Preis, Berlin N., Pringelstr. 46. Verlässliche Lieferanten. Viele Anerkennungs-schreiben.)

### Urania

Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr: im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

### Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a,  
Eingang Schadowstr. 14.  
Heute, Himmelfahrtstag, Eintrittsproti  
**50 Pf.**  
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

### Passage-Panopticum.

Abends 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds  
Der unverwundbare Fakir Aratas.  
Das 6-jährige Wunderkind Marietta (kann nur im Finstern sehen).  
Son 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

### Castan's Panopticum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.  
Neu umgestaltet und verschönert!!  
Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.  
Neu!!

### Moabit Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80/81.  
Heute  
**Konzert**  
und humoristischer Wiederabend der befreundeten Leipziger Quartett-Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Bei ungünstiger Witterung im Saal.  
31665  
C. Peters.

### A. Behardt Charlottenburg

106, Berlinerstrasse 106.  
**Uhren**  
Gold- und Silber-Waaren  
Reparatur-Werkstatt.  
Nirgends besser! Nirgends billiger!  
Nur gute Ware zu billigen Preisen.  
Spezialgeschäft für fertige Wäsche  
Emil Vogt, Berlin SO.  
Dramenstr. 169,  
zwischen der Waldstr. und dem Dramenplatz. 131785  
Herrenhemden von 1,90 M. an.  
Servietten 0,50  
Manichetten 0,50  
Kragen 0,45  
Oberhemden 3,00  
Krawatten, ständiger Eing. v. Neuheiten.  
Tricotagen,  
Strümpfe, Sporthemden etc.

### Jeder Raucher!

einer guten Cigarre wird bei ein-maligem Versuch meiner konfurrenz-lofen hochfein gewundenen und tabello-s breimenden Cigarren (Cuba-Pflanzen) vollkommen beirigt sein u. kündigtur Kunde bleiben. Ich versende nach allen Orten gegen Rücknahme frei ins Haus ohne weitere Unkosten:  
300 Stk. 1 Mk. 5,50, 500 Stk. 1 Mk. 7,70,  
1000 Stk. 1 Mk. 14,30.  
wenn nicht gut, Umtausch gestattet od. Betrag zurück.  
J. Keppeler  
Cigarrenfabrik u. Importenlager  
Augsburg. 15882\*

### Fahrräder.

verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karra, Langestr. 17, part., kein Laden. Eigene Reparatur-Teilzahl. Täglich. Juchend.

### Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker

42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz).  
Spec. operationsloses Heil-Ver-fahren ohne Berufs-störung für  
**Weinleiden.**  
Erprobte Methoden bei Rheumatis-mus, Lupus und anderen 17049\*  
**Hautleiden.**  
Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

### Möbel.

einzelne wie in ganzen Zimmern, Wohnungs-Einrichtungen, gold- und billig. Gebrauchte u. verlebte gepolsterte Möbel zu besonders niedrigen Preisen jetzt 7920\*  
Cranienburgerstr. 91 im Laden.

### Freie Volksbühne

**Achtung, III. Abteilung!**  
Heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater:  
**„Der Revisor“** von Gogol. 229/18  
Die Vorstellungen folgen am 14., 21., 28. Mai.  
Sonntag, den 14. Mai: **IV. Abteilung. „Der Revisor“.**  
**Achtung! I. Abteilung!** Die 10. Serie der Vorstellungen beginnt am 14. Mai im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:  
Aufgeführt wird:  
**„Einsame Menschen“** Drama in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.  
Die Vorstellungen folgen am 21., 28. Mai, 4., 11., 18. Juni.  
Laut Statut sind die Beiträge bis Juni zu entrichten.  
Die VI. Abteilung ist geschlossen, einige neue Mitglieder zur IV. und V. Abteilung können sich melden.  
Nachzügler erhalten nur einen Stehplatz, soweit Raum vorhanden.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

### Ernst Höflichs Konzert-Garten und Specialitäten-Theater

Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.  
Jeden Sonntag: **Großes Konzert**  
und **Specialitäten-Theater.**  
Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. 3 verdeckte Regalbahnen.  
Volksbelustigungen jeder Art. 14082\*  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Ernst Höflich.

### Wilmersdorf, „Volks-Garten“, Berlinerstr. 40.

Empfehle meine Lokalitäten mit schönem Naturgarten, großen Tanzsaal, Regalbahnen, Kaffeeküche u. den geachteten Bezelnen und Gemerlichkeiten zu Sommerfesten (auch Sonntags). 1702\*  
Jeden Sonntag: **Garten-Konzert.**  
Im grossen Parkettsaal: **Ball.**  
Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrt):  
**Einweihungs-Feier**  
wazu ergebenst einladet  
Emil Witte.

### Wirtshaus Schmargendorf,

Warnemünder Strasse 6. (Direkt am Grunewald gelegen.)  
Bringe hiermit allen Freunden und Genossen mein Lokal in empfindende Erinnerung. Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Carl Balzer.

### Treptow. Park-Restaurant

Allen Vereinen und Fabriken empfehle mein Sommerlokal mit großen Sälen (bis 6000 Personen) zu Festlichkeiten aller Art unter constantesten Verbindungen.  
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert** und **Großer Ball.**  
8 neu renovirte Regalbahnen. Kaffeeküche der Neuzeit entsprechend. Lagerbier 1/2 15 Pf. H. Weibler. Speisen u. Getränke zu halben Preisen.

### Herren-Garderoben

**Sommer-Jaletots,** Elegante Anzüge  
in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.  
**Jünglings-Anzüge**  
in schwarz, blau, Rowingarn, Cheviot und neuesten Modefarben.  
**Berufskleidung für alle Gewerke**  
kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei  
**Julius Lindenbaum**  
Große Frankfurterstrasse 139,  
an der Fruchtstrasse.  
Specialität: 15339\*  
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.  
Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.  
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

### Jungbier 2 B. 15 Pf.

1. April L. 1-25, sowie sämtl. Essenzen. Badstr. 9.  
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bayrischbier- und gr. Spelsgeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot & la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kamin für 20-50 Personen.  
H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.

### Groses Hüllager.

Weiche Filzhüte 1,25 bis 5 Pf.  
Stroh- 2,00 bis 5 Pf.  
Stroh- 0,75 bis 5 Pf.  
Seidenhüte 6,00 bis 12 Pf.  
empfehle J. Streblow, seit 31 Jahren Bräudenstr. 15a.

### Allerlei Anzeigen.

bestellt, nicht abgeholt, auch wenig getrag. Sachen bill. b. Schneidermeister Prinzessinnenstr. 11  
Gut erh. Drehrolle kauft W. Gärtner, Köpenickerstr. 4, 1 Tr. 31715  
Kustpolsterung, reell, Matratzen 4 Pf., Sofa 5 Pf., Stühle, Kleiderstr. 34

### Zimmer.

Möbl. Zimmer 2 Orn. sofort oder per 1. Juni Büchel, Stalgerstr. 20, u. 3 Tr.  
Schlafstellen.  
Pringelstr. 105, u. 4 Tr., Schlafstelle.

### Arbeitsmarkt.

### Achtung, Holzarbeiter!

Bei Eisholz, Kranstr. 52, haben die Kollegen im Streit.  
Bei der Firma Scherler, Blumenstr. 79, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
In der Schmiedefabrik von Stehmann, Reichenbergerstr. 132, und in der Fabrik für electrotechnische Werkzeuge von Hirschmann, Johannisstr. 14-15, sowie in der Fabrik von Otto Weiss & Co. und sämtliche Arbeiter wegen Feiern des 1. Mai entlassen. 30/20  
Zugang fernhalten.

### Achtung, Drechsler!

In der Bildhauerei von R. Wolff, Friedrichsbergerstr. 19, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14  
Zugang fernhalten.

### Achtung! Metallarbeiter!

Bei Hirschmann, Johannisstr. 14-15, bei Schuchardt & Cie., Köpenickerstr. 145 und bei Benecke & Cie., Stempelstr. 14, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 112/2  
Die Ortsverwaltung des deutsch. Metallarbeiter-Verbandes.

### Möbelpolierer.

Bei Müller, Kranstr. 37, sind die Kollegen gemahnt. 130/3  
Zugang fernhalten bittet  
Der Vorstand des Verbandes.

### Stellengesuche.

Als Redacteur, Korrektor, Expedient  
oder dergl. sucht junges Parteigenosse (20 J.), gel. Schriftsetzer, an Partei- oder Gewerkschafts-Organ Stellung. Suchender kennt auch die wahren Arbeiterverhältnisse, ist sehr fehr u. redigend und mit politischer und gewerkschaftl. Bewegung sowie Arbeiterverversicherungs- u. Zeitungswesen vertraut. Offert. unter O. I an die Exped. d. „Vorwärts“ Berlin. [31745]

### Stellenangebote.

**Celluloid- \* \* \***  
**\* \* \* Werkmeister.**  
Eine andwärtige kapitalkräftige Celluloidwaren-Fabrik, die bisher nur Briefe angefertigt hat, sucht zur selbständigen Leitung der Fabrik einen  
durchaus tücht. Werkmeister,  
welcher im hande ist, weite Kreise der Branche anzufragen. Einem ganz tüchtigen und energischen Herrn bietet sich Gelegenheit zur Erlangung einer angenehmen und vorzüglich bezahlten Lebensstellung.  
Offerten, enthaltend genaue Angabe der bisherigen Thätigkeit und Gehalts-anforder., unter L. S. 1206 an Rudolf Wölfe, Berlin SW.

### Korbmacher.

tätig auf Holz, Möbel, erhalten fort gute lohnende Arbeit. 31405\*  
G. Wronker Nfg.,  
Wittelsstr. 29.

### Steinwehen

auf Porzellan verlangt Zache, Behrenstr. 129. 17892\*  
Packer verlangt 31526\*  
C. Rüttenberg, Friedenstr. 10.  
Große Kampenfabrik u. a. h. t. einen tüchtigen 31705  
Werkführer

### Achtung! Tüchtigen ersten Mannes

berühmter und farbige-macher verlangt. Goldschmiedefabrik Alexandrinerstr. 25. 31706  
Tüchtiger Verführer nach auswärts gesucht. Häheres Gehalt. 17679\*  
Verf. verl. Knie, Eisenbahnstr. 44.  
in u. außer d. Stadt verl. 31798\*  
Polierer in einem Fabrik. Knieverf. 31798\*

### Schreihauer und Steinwehen (Sandstein)

verl. Stahl & Holz, 31675  
Kiebart, Franzmannstr. 198.

### Drahthefterin

auf Drahtfaden verlangt. Kiefenstahl, Zump & Co., Holzmarktstr. 67.  
Kostümred. Arbeiterinnen verl. Frau Jand, Pringelstr. 10 III. 66  
Tücht. Tischhefterin u. Beschäft. C. Schulze, Reichenbergerstr. 142. 196  
20 Mannes auf bessere Lebens-dauernd Beschäftigung. 31798\*  
Schreihauerin u. g. Tischhefterin verl. Kändler, Blumenthenerstr. 5.

# Herren-Garderobe reell und billig Hauptstr. 143 bei M. Schulmeister, Schneidermeister.

# Das Zeitalter der Elektrizität

stellt an unsere Nerven hochgespannte Anforderungen. Das sollten wir durch eine vernünftige Lebensweise auszugleichen suchen, indem wir aufregende Genussmittel vermeiden. Zu diesen gehört auch der coffeinhaltige Bohnenkaffee, für den ein gesunder und äusserst wohlschmeckender Ersatz in Kathreiners Malzkaffee geboten ist.

**Montag, 15. Mai, abends 8 Uhr,**

beginnt ein neuer Abendkurs in der Elektrotechnik zur Ausbildung zum tüchtigen Elektromonteur, Maschinisten, Installateur, Werkführer etc.

**Bisher außerordentliche Erfolge. Innerhalb 3 Monaten 450 Aufnahmen.**

Die Vorzüge werden in geräumigen, in jeder Hinsicht vorzüglich ausgestatteten Hörsälen unter Vorführung der zahlreichen Apparate und Modelle und vieler Experimente gehalten. Probestunde gratis. Anmeldungen umgehend bis abends 9 Uhr, Sonntags bis 12 Uhr, im Bureau.

**G. Jacksons Elektrotechnik,**

Mitte Jakobstr. 24, Tel. IV 2042 u. 2202.  
P. S. Anfang Juli Abendkurs für Vorgesessene zur Ausbildung zum Elektrotechniker.

Fahrgeld vergütet.

**Jacques Raphaëli**

**Inh.: Th. Büsing,**

**Berlin C.,**

**An der Spandauer Brücke No. 2.**

**Cigarren.** Billigste Bezugsquelle für Rancher, Restaurateure u. Händler.

Um dem Besteller oder Käufer jeden Zweifel eines etwaigen Risikos zu nehmen, versende und verkaufe ich nur zur Ansicht. Der Käufer erlegt den Betrag, und wird derselbe im nicht zuzugenden Falle anstandslos zurückerstattet.

Bei persönlichem Einkauf 10 Stück von jeder Sorte zum Kistenpreise.

**Neu! Versand-Muster-Neu!**

- |        |  |
|--------|--|
| No. 1. | Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. gepackt = 100 St. in den Preislagen von Mk. 2,25 bis Mk. 6,— für nur Mk. 3,75 |
| No. 2. | Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 3 bis Mk. 7,— für nur Mk. 4,60            |
| No. 3. | Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 4,— bis Mk. 9,— für nur Mk. 5,70          |
| No. 4. | Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 5,— bis 12,50 für nur Mk. 7,50            |
| No. 5. | Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von Mk. 5,— bis 15,— für nur Mk. 8,75             |

**Cigarren à la Manilla** rein aus Tabak, lange Einlage, 100 St. . . . . Mk. 1,20

**Marke „Piccolo“** Zwischenakt-Cigarro, voll und würzig, Originalkiste, 200 St. . . . . Mk. 4,—

**Marke „Universal“** elegante Verpackung, vorzüglich Geschmack, 100 St. . . . . Mk. 3,—

**Marke „Royal Bock“** Sumatra, Brasil, Torpedofacon, 100 St. . . . . Mk. 4,—

**Marke „Felix Brasil“** Regaliafaçon, Felix-Brasil-Decke, 100 St. . . . . Mk. 4,50

**Marke „Mexicana“** Mexico-Havana, ca. 11 cm lang, ca. 5 cm Umfang, 100 St. nur Mk. 5,—

**Marke „Import“** St. Felix-Decke, Handarb. (Metzschke Presse), Geschmack einer Import-Cigarre, Originalkiste 250 Stück franco, 100 Stück Mk. 6,—

**Marke „Raphaëli I.“** ca. 13 cm lang, 6 cm Umf., Vorstenden-Decke, 100 Stück Mk. 7,50

**Marke „Santa Lucia“** Havana-Decke, Bock-Facon, 100 Stück nur Mk. 7,50

Original-Grüßwieser-Marko

**Fernando,**

vorzüglich. Geschmack, 100 St. . . . . Mk. 3,—

**Beste Leistung, grösstes Herren- u. Knaben-Garderobe, Schuhwaren und Spirituosen.**

Bei Einkauf von Mk. 3,— an Reiseflasche mit Liqueur gratis.

Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Derin Gustav Bad, Teppich-Fabrik-Lager, Schöneberg, Hauptstr. 1.

Es trafen für Sie bei und ein: G. B. No. 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376 usw. usw.

**22 Ballen Teppiche**

und wollen Sie uns gef. wissen lassen, wann wir Ihnen die Sendung zurufen können.

Berlin, den 8. Mai 1899.

**Berliner Transport-Verein Knopf & Goehrke.**

Seit obigem Zeit ist soden eine große Sendung eleganter Teppiche in verschiedenen Größen und Qualitäten eingetroffen und werden dieselben, da es Restbestände sowie Mutter-Teppiche sind, zu spottbilligen Preisen zum Verkauf gestellt. Darunter befinden sich auch vornehme Salon-Teppiche.

Der Verkauf beginnt

**Freitag, den 12. d. M., nachmittags 2 Uhr.**

**Teppich-Fabrik-Lager**

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 1.

Sonntag, den 14. Mat, bleibt das Verkaufstokal bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

## Großer Möbelverkauf

Cranienstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2), in meinem hier hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und blühe Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Aufschwung mein kolossales Lager vor Eintausch zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Raffinesse und Ersparrung der teuren Ladenmiethe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Fertige Wohnzimmer zur Ansicht, Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Besuchen ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 18, Waschtiseltisch, Kleiderständer 18, Kommode 15, Spiegel 7, Büchereischränke 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18, Ruhebank u. Mahagoni formierte Kleiderständer, Berlin 32, Büchereischränke 100, Bettstelle mit Sprungfedern 40, elegante Säulentrümmer 45, Salonarmatur 60, 75 und 105, Paneeleischränke mit Sattelstühlen 75, Drehschreibtisch 45, reichgeschmücktes Buffet 100, u. a. m. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben, gewissermaßen zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gefaltete Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Geheime in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

## Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen. Fertiges Kleid a. reinmolltem englischen Stoff, 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

## Einzelne Röcke

in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

## Jackenkleid

in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

## Figarokleid

(Rock mit kurzem Röckchen) 12, 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 43

# Das Invalidenversicherungs-Gesetz in der Vorlage der Kommission.

II.

## Voraussetzungen zur Erlangung der Rente.

Die Erlangung der Altersrente bedingt zur Zeit neben der Zurücklegung des 70. Lebensjahres eine Wartezeit von 1410 Wochen. Diese Wartezeit soll auf 1200 Wochen herabgesetzt werden. Die Wartezeit der Invalidenrente soll von 235 Wochen auf 200 Wochen herabgemindert werden (bei Selbstversicherung soll sie 400 Wochen betragen). Invalidität im Sinne des bestehenden Gesetzes liegt nur für die Invaliden vor, die infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes dauernd nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für ihren Beschäftigungsart nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 (Reichsgesetzl. S. 73) festgesetzten Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner zu verdienen. Die Kommission schlägt folgende, bei weitem nicht ausreichende Befreiung vor: Invaliden sind diejenigen Personen, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn sie nicht mehr im Stande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Zum mindesten sollte hier statt des Drittel, die Hälfte gefordert werden und der Beweis des Vorhandenseins der Erwerbsunfähigkeit erheblich erleichtert werden.

Von Wichtigkeit ist auch die nachfolgend zu besprechende Reuerung. Die Invalidenrente kann nach dem bestehenden Gesetz auch dann gewährt werden, wenn jemand nicht dauernd erwerbsunfähig, aber 52 Wochen lang ununterbrochen erwerbsunfähig (also vor allem krank) war und noch erwerbsunfähig ist. Diese Zeit soll nach dem Kommissionsbeschluss auf 26 Wochen herabgesetzt werden. Das genügt aber vor allem zur Bekämpfung der Invalidität noch durchaus nicht. Es ist durchaus erforderlich, daß die Invalidenrente dort einsetze, wo die Krankenunterstützung aufhört. Nun sind aber in Deutschland ungefähr 5 Millionen Arbeiter invalidenversicherungspflichtig, nicht aber krankenversicherungspflichtig (vor allem ländliche Arbeiter und Gesinde in Ostelbien). Es ist daher dringend erforderlich, daß die Krankenversicherung für diese Kategorie von Arbeitern endlich eingeführt und damit eine Quelle der Verelendung und Invalidität, die durch diese ostelbische Unterlassungsfälle gespeist wird, verstopft werde. Die Kommission hat jedoch mit großer Mehrheit dahin gerichtete Anträge im Interesse der Großgrundbesitzer, des arbeitenden Besitzers und der Allgemeinheit abgelehnt.

Ferner ist die Ausfüllung der Lücke von 13 Wochen, die immer noch in vielen Fällen der Krankenversicherung bleibt, wenn die Karenzzeit für die Invaliditätsrente auf 26 Wochen herabgesetzt wird, vorzunehmen. Das Krankenversicherungsgesetz verpflichtet die Krankenkassen nur, 13 Wochen Unterstützung zu geben. Sämtliche Gemeindefassen, der größte Teil der Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen und ein Teil der freien Hilfskassen geben mit ihren Unterhaltungen über diese Zeit nicht hinaus. Das Invaliditätsversicherungsgesetz (in der Kommissionsfassung) gewährt aber erst dann Rente, wenn der Versicherte 26 Wochen krank war. Also fünf Millionen Nichtversicherter und ein großer Teil der Krankenkassenmitglieder sind dann schon der Armenkasse anheimgefallen, wenn die Invalidenrente beginnt. In den meisten dieser Fälle kommt die Invalidenrente nicht dem Versicherten, sondern der Armenkasse zu gute. Diese Lücke hätte notwendig ausgefüllt werden müssen, aber weder das Krankenversicherungsgesetz noch der § 10 des Invaliditätsversicherungsgesetzes sollen in zulänglicher Weise abgeändert werden, so daß diese Lücke nicht durch einen Mißstand besteht. Die Kommission hat alle dahin gerichteten Anträge abgelehnt und die Armen Invaliden durch eine Resolution auf eine zu läufige Änderung des Krankenversicherungsgesetzes verweist. Bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes wurde auf eine Revision des Invaliditätsversicherungsgesetzes vertrieben.

## Verhütung der Invalidität.

Weit wichtiger als die selbstverständlich sehr notwendige Fürsorge für invalide Gewordene ist die Schaffung von Einrichtungen zur möglichen Verhütung des Eintritts einer Invalidität. Auf diesem Gebiet liegt der soziale Kern einer verständigen Invaliditätsversicherung. Ueber die reichsgesetzliche Mitarbeit an den partikularrechtlichen Armengesetzen hinaus eröffnet die Verhütung der Invalidität ein weites für das Allgemeinwohl und die Arbeiterklasse dankbares soziales Gebiet. Erlaß von Schutzvorschriften gegen gesundheitschädliche Einflüsse durch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Kommissionen, Fürsorge für Erkrankte von Beginn der Krankheit ab und Fürsorge durch Heilanstalten für solche Erkrankte, bei denen Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, aber durch ausreichende Pflege insbesondere in Heilanstalten abwendbar wäre. Nach allen drei Richtungen hin sind in der Kommission Anträge gestellt. Diese haben nur sehr beschränkte Annahme gefunden. Es ist unseren Genossen gelungen, eine erhebliche Mehrzahl für den Teil ihrer Anträge zu erzielen, der den Ausschüssen der Versicherungsanstalten die Befugnis überträgt, für ihre Bezirke oder für bestimmte Berufsstände oder Berufsarten über die Besondere Vorschriften über die von den Arbeitgebern Versicherten zum Schutz der letzteren gegen gesundheitschädliche Einflüsse zu treffen. Solche Vorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes.

Wieder erfolgreich waren die wiederholten Bemühungen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, dafür zu sorgen, daß für alle Invaliditätsversicherungspflichtige vom Beginn der Krankheit ab gesorgt werden müsse.

Ein weiteres Mittel zur Verhütung der Invalidität ist ein zweckentsprechendes, auf längere Dauer berechnetes Heilverfahren mit daran anschließender Sorge für Reconvaleszenten. Ein solches Heilverfahren zwecks Abwendung drohender Invalidität kann von der Versicherungsanstalt nach zutreffender Ansicht schon heute eingeleitet werden.

Diese Befugnis ist in den neuen §§ 12, 12a, 12b, 12bb, 12c, 12d des Gesetzesentwurfs zum klaren Ausdruck gekommen. Soll solches Heilverfahren zu gedeihlichen Resultaten führen, so muß der Familie des in einer Heilanstalt Aufgenommenen ein hinreichendes Krankengeld gewährt werden. Es müßte auch, soll der beabsichtigte Zweck, Invalidität zu hindern, erreicht werden, ein Zwang zu solchem Heilverfahren ausgesprochen werden, wenn der Versicherte und die Krankenkasse, der er angehört, ein solches Heilverfahren begehren. Darauf abzielende Anträge sind jedoch abgelehnt.

Im Anschluß an die Bestimmungen über Heilverfahren mag folgende Bestimmung hervorgehoben werden. Schon jetzt werden Vermögensüberschüsse von einzelnen Anstalten zu einer Erhöhung der Angehörigen-Unterstützung während der Verpflegung im Krankenhause, sowie zu einer Erhöhung des Höchstbetrages im Falle des Zusammenstehens von Invaliden- und Unfallrente verwendet. Daß diese Art Verwendung ausdrücklich im Gesetz als zulässig ausgesprochen werde, ist zwar überflüssig, aber sicherlich unschädlich. Die Vorlage geht jedoch hier-

über hinaus. Sie will die Möglichkeit geben, die Kapitalien der Anstalt zur Sekundärförderung von Arbeitern, ja auch zur Hingabe von Darlehen an pumplustige Arbeitgeber zu verwenden. Sie gebraucht deshalb den lauschulartigen Ausdruck, es solle das Sondervermögen der Anstalt auch zu Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der der Anstalt angehörigen Rentempfänger, Versicherten und ihrer Angehörigen verwendet werden dürfen. Die Kommission lehnte die Ausmerzung dieser lauschulbestimmung, die gegen die Arbeiterinteressen und gegen das Gemeinwohl mißbraucht werden kann, ab.

## Verteilung der Rentenlasten.

Veranlassung zur Einbringung der Vorlage hat die finanzielle Lage ostelbischer und niederbayrischer Anstalten gegeben. Die Anstalten arbeiten mit einem — nur rechnerischen — Defizit. Da sollen die übrigen Anstalten helfen. Wir haben wiederholt betont, daß die jetzige Organisation der Anstalten die denkbar schärfste, kostspieligste und zweckwidrigste ist und daß nur eine Reichsanstalt als Trägerin der Aktiva aller Anstalten als Abhilfsmittel gegen die Beschaffenheit des Vermögenszustandes der Anstalten mehr als Nuldwert ist. Die Kommission hat einen auf endliche Einrichtung solcher Reichsanstalt gerichteten Antrag abgelehnt. Sie schlägt folgenden Modus zur Beseitigung der „Notlage“ einzelner Anstalten vor:

Jede Versicherungsanstalt verwalte ihre Einnahmen und ihr Vermögen, Gemeinvermögen und Sondervermögen selbständig. Aus denselben sind die von allen Versicherungsträgern gemeinsam aufzubringende Last (Gemeinlast) und die den einzelnen Versicherungsträgern verbleibende besondere Last (Sonderlast) zu decken. Die Gemeinlast wird gebildet durch drei Viertel sämtlicher Altersrenten, die Grundbeiträge aller Invalidenrenten, die Rentenfestlegungen infolge von Krankheitswochen und die Rentenabdrückungen. Alle übrigen Verpflichtungen bilden die Sonderlast der Versicherungsanstalt. Zur Deckung der Gemeinlast werden in jeder Versicherungsanstalt vom 1. Januar 1900 ab vier Fünftel der Beiträge buchmäßig ausgeschieden (Gemeinvermögen). Dem Gemeinvermögen sind für seinen buchmäßigen Bestand von der Versicherungsanstalt Zinsen gutzuschreiben. Den Zinsfuß bestimmt der Bundesrat für die in § 20 Abs. 1 bestimmten Zeiträume einheitlich für alle Versicherungsanstalten. Er giebt sich am 31. Dezember 1910 oder nach Ablauf je weiterer 10 Jahre, daß das Gemeinvermögen zur Deckung der Gemeinlast nicht ausreicht oder nicht erforderlich ist, so hat der Bundesrat für den nächstfolgenden Zeitraum über die Höhe des dem Gemeinvermögen zu überweisenden Teils der Beiträge unter Ausgleich der entstandenen Verluste oder Ueberschüsse zu beschließen. Eine Erhöhung des dem Gemeinvermögen zu überweisenden Teils der Beiträge bedarf der Zustimmung des Reichstags.

Dieser Vorschlag geht zwar bei weitem nicht so weit wie der der Regierung, dürfte aber immer noch als ein recht unbilliger anzuspüren sein. Will man durchaus statt gesunder Reformierung Fiktionen auf die verfehlte bestehende Organisation zur Deckung der „Notlage“ in Ostelbien setzen, so darf man keinesfalls die selbstverschuldeten Gründe für das Defizit einzelner Anstalten begünstigen. Man muß deshalb aus der Gesamlast die Invalidenrenten ausschneiden und mag aus den gesamten Altersrenten die Gesamlast bilden. Solcher Vorschlag enthielte, wie in der Kommission ausgeführt ist, das weiteste Entgegenkommen, um ohne große Verdringung der Gerechtigkeit, eine wesentlich durch falsche Organisation der Anstalten und durch Nichterfüllung der sozialpolitisch notwendigen Pflichten im Osten Preußens geschaffene Notlage zu beseitigen.

## Rentenstellen.

Im Südwesten Deutschlands, insbesondere in Württemberg, ist mit sozialpolitischem Verständnis versucht worden, durch besondere Ortsbehörden für Arbeiterversicherung beifuss Aufnahme von Arbeitslosen, Ausstellung von Leistungskarten auf dem ganzen Gebiet der sozialen Versicherung des Interesses der Beteiligten zu fördern. Es sind in Württemberg 1911 Gemeinden (Ortschaften) mit solchen Aufgaben betraut. Diese Ortsbehörden fungieren zu allgemeiner Zufriedenheit. Die Lasten tragen die Gemeinden. Ganz anders sieht es im Osten aus. Hier ist die Selbstverwaltung nur dem Schein nach vorhanden, den Gemeindebehörden geht fast jedes sozialpolitische Verständnis ab. Die Bevölkerung bleibt in der Angelegenheit der Arbeiterversicherung völlig ohne sachgemäßen Rat. Abhilfe ist hier dringend notwendig. Die Rentenstellen sind in der Kommission als solches Abhilfsmittel erachtet. Uns scheint zweifelhaft, ob diese Rentenstellen, wenn sie nicht anders organisiert werden, als sie die Kommission vorseht, solch Abhilfsmittel sein können.

Nach der Kommissionsvorlage soll zunächst die untere Verwaltungsbehörde (Landrat in Preußen) mit folgenden Aufgaben betraut sein; mit:

1. der Entgegennahme und Vorbereitung von Anträgen auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten oder auf Beitragsbefreiungen, sowie der Begutachtung der Anträge auf Rentendevilligungen;
2. der Begutachtung der Entziehung von Invalidenrenten,
3. der Begutachtung der Einstellung von Rentenzahlungen,
4. der Begutachtung des Vorstandes der Versicherungsanstalt über die zur Kenntnis der Verwaltungsbehörde kommenden Fälle, in welchen Grund zu der Annahme vorliegt, daß Versicherte durch ein Heilverfahren vor baldigem Eintritte der Erwerbsunfähigkeit werden bewahrt werden, daß Empfänger von Invalidenrenten bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wiedererlangen werden, daß die Invalidenrente zu entziehen ist oder Rentenzahlungen einzustellen sind;
5. der Auskunftserteilung über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten.

In den Fällen der Ziffer 1 hat sich die Begutachtung auf die Versicherungspflicht oder das Versicherungsrecht, auf das Maß der Erwerbsfähigkeit des Rentenbewerbers sowie darauf zu erstrecken, ob und inwieweit von den Befugnissen des vorstehenden Heilverfahrens Gebrauch zu machen ist. Ist die untere Verwaltungsbehörde in den Fällen der Ziffer 1 und 2 der Ansicht, daß das Entzichten gegen die Gewährung einer Rente oder für die Entziehung einer Invalidenrente abzugeben sei, so hat sie vor Abgabe ihres Gutachtens die Fragen unter Zugziehung je eines Vertreters der Arbeitgeber und der Versicherten in mündlicher Verhandlung zu erörtern. Auf seinen Antrag oder, wenn es die Auffassung des Sachverhalts erfordert, ist der Rentenbewerber oder Rentenempfänger zur mündlichen Verhandlung zuzuziehen; in jedem Falle ist derselbe von dem Termin zur mündlichen Verhandlung zu benachrichtigen. Aus dem Gutachten muß ersichtlich sein, wie jeder der beiden Weisiger gestimmt hat.

Das sind im wesentlichen die neuen Befugnisse der unteren Verwaltungsbehörden. Neu ist insbesondere die Notwendigkeit der Zugziehung von Laien und der mündlichen Verhandlung. Nun sollen diese oben aufgeführten Funktionen statt durch die Verwaltungsbehörde durch Rentenstellen wahrgenommen werden können. Solche Rentenstellen können (nicht müssen) vom Vorstand der Anstalt unter Zustimmung des Ausschusses und auch von der Landes-Zentralbehörde errichtet werden. Der Rentenstelle können noch weitere Obliegenheiten übertragen werden, ihr muß auch auf Antrag des Vorstandes und des Ausschusses der Anstalt die Kontrolle über die Entrichtung der Beiträge übertragen werden.

Die Rentenstelle besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus je vier Weisigern aus der Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vorsitzende soll nicht vom Ausschuss oder von dem Vorstande der Anstalt, sondern nach Anhörung des Vorstandes der

Anstalt durch die Kommunal- oder Landesbehörde ernannt werden. Die Weisiger sollen nicht in ähnlicher Weise wie beim Gewerbegericht durch allgemeine Wahl der Versicherten oder der Arbeitgeber erwählt werden. Vielmehr sollen sie durch die Vorstände der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, (Fabrik-), Bau- und Innungskassen, Arbeiterkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung von Interessen der Seeleute bestimmten, obgleich nicht genehmigten Vereinigungen von Seeleuten sowie von den Vorständen derjenigen eingeschriebenen oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen erwählt werden, welche die im § 76a des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehene Bescheinigung besitzen und deren Bezirk sich über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht hinaus erstreckt. Soweit die im § 1 bezeichneten Personen solchen Klassen nicht angehören, ist nach Bestimmung der Landesregierung den Vertretungen der weiteren Kommunalverbände oder den Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherung beziehungsweise landesrechtlichen Einrichtungen ähnlicher Art eine der Zahl dieser Personen entsprechende Beteiligung an der Wahl einzuräumen. Soweit die Vorstände der bezeichneten Klassen und Vereinigungen aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, nehmen bei der Wahl die den Arbeitgebern angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die den Versicherten angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten teil. Vorstände, in denen Arbeitnehmer nicht vertreten sind, nehmen nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber teil. Frauen sind nicht wählbar.

Ob es gelingen wird, statt dieser schwerfälligen, fakultativen, von bürokratischen Nachteilen nicht freien Organe die Rentenstellen zu obligatorischen, auf keine Bezirke sich erstreckende, lebenswahrungsfähige Organismen umzugestalten oder sie an die Gemeindebehörden anzugliedern, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls bedarf der Gesetzesentwurf überhaupt, wenn er nicht lediglich die durch die Agrarier verschuldete Notlage einiger Anstalten heben, sondern auch etwas social Förderndes schaffen soll, noch erheblicher Umgestaltungen.

## Sociales.

**Der Bergbau im Königreich Sachsen** umfaßte im Jahre 1898 34 Steinlohlenwerke, 70 Braunkohlenwerke, 49 Erzgruben und 2 Kalkwerke, insgesamt 155 Betriebe. Beschäftigt waren in denselben zusammen 28 478 Personen, das sind 109 weniger als im Vorjahre. Der rapid zurückgehende Erzbergbau hat diese Tendenz auch im Jahre 1899 beibehalten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter fiel von 4758 auf 4184. Beim Stein- und Braunkohlenbergbau stieg die Arbeiterzahl etwas. Auf erstere entfällt der größte Teil von Arbeitern und zwar 22 305. Die Höhe der Arbeiter müssen, obwohl sie etwas gegen das Vorjahr gestiegen sind, als außerordentlich niedrige in Rücksicht auf die Art des Berufs bezeichnet werden. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters betrug in den Steinlohlenwerken 1045,62 M., in den Braunkohlenwerken 838,72 M., beim Erzbergbau 791,44 M., in den Kalkwerken — hier kommen nur 16 Arbeiter in Frage — gar nur 776 Mark. Die angemeidenen Unfälle haben gegen das Vorjahr etwas abgenommen, sind aber trotzdem noch außerordentlich hoch, denn es kommen deren 3862 (4108) in Betracht. Davon hatten 46 den Tod zur Folge, 1 dauernd gänzliche, 99 dauernd teilweise, 188 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Diese letzten Zahlen über die Unglücksfälle reden eine grausige Sprache; von 28 478 Arbeiter beinahe 4000 verunglückt! Und dabei die miserable Bezahlung.

**Die Arbeitslosen-Versicherung im Kanton Baselstadt** soll nun doch zur Tatfache werden. Es hat jetzt endlich nach zweijähriger Beratung die betreffende Kommission des Großen Rates ihren Bericht fertig gestellt, wonach die Gesetzesvorlage mehrere Abänderungen erfassen hat. So ist der Versicherungszwang nur noch bis zu einem jährlichen Maximallohn von 1800 Fr. angedehnt, während der ursprüngliche Entwurf der Regierung bis zu 2000 Fr. ging. Innerhalb dieser Lohngrenze sind alle unselbständig erwerbenden Personen, welche im Gebiete des Kantons wohnen und in einem dem Bezugslohn unterstellten Betriebe oder als Bau- oder Erdarbeiter beschäftigt sind, versicherungspflichtig. Danach wären alle Gewerbe- und Handelsgehilfen, die in gesetzlich nicht geschützten Betrieben arbeiten, von der Versicherung ausgeschlossen; ferner aber auch alle jungen Leute unter 18 Jahren, welche wegen noch nicht beendeter Ausbildung weniger als 300 Fr. im Jahre verdienen und die Arbeitslosen, welche auf einen Zeitraum von weniger als zwei Wochen angestellt sind. Naturalleistungen der Unternehmer an die Arbeiter werden nach ihrem Geldwerte geschätzt und bei der Berechnung des Lohnes mit in Anschlag gebracht. In organisatorischer Beziehung werden vier Gruppen gebildet und zwar nach folgenden Gesichtspunkten: die 1. Gruppe umfaßt alle Fabrikarbeiter, die der Arbeitslosigkeit am wenigsten ausgesetzt sind, die 2. Gruppe alle übrigen Fabrikarbeiter, die nicht zum Baugewerbe gehören; die 3. Gruppe die Bauarbeiter, die am wenigsten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, und die 4. Gruppe alle übrigen Bau- und Erdarbeiter. Sodann werden vier Lohnklassen für jede der vier Gruppen gebildet und der Wochenbeitrag an die Versicherung festgesetzt von 2/3 Cts. bis 15 Cts. in der 1., von 5 bis 25 Cts. in der 2., von 10 bis 40 Cts. in der 3. und 15 bis 50 Cts. in der 4. Lohnklasse. Dabei sind folgende Wochenlöhne zu Grunde gelegt: 1. Klasse bis 12, 2. bis 18, 3. bis 24 Fr. und 4. darüber. Die Unterhaltungsdauer wurde von 61 auf 70 Tage erhöht. Streikende Versicherte werden nicht unterstützt, dagegen wird während des Militärdienstes, wenn er mit Lohnverlust verbunden ist, eine Unterstützung an die Angehörigen geleistet. Die gesamten Verwaltungskosten übernimmt der Staat und außerdem soll er 30 000 Fr. Jahresbeitrag, zusammen etwa 45 000 Fr. jährlich leisten. Die gesamten Beiträge der Arbeiter sind auf 87 179 Fr. pro Jahr veranschlagt, diejenigen der Unternehmer auf 63 188 Fr. Die Einnahmen würden demnach 150 368 Fr. betragen, denen ein Ausgabenbudget von 163 580 Fr. gegenübersteht; das Defizit von 13 217 Fr. soll mit dem Staatsbeitrag gedeckt und davon außerdem ein Reservefonds angelegt werden.

## Aus der Frauenbewegung.

**An der internationalen Friedendemonstration der Frauen** wollen sich die sächsischen Frauen „trotz aller Sympathie für die Idee des Friedens“ nicht beteiligen. Sie begründeten ihre ablehnende Haltung mit der Vergeilichung, die ihr Vaterland durch den „Friedens-Jaren“ zu erdulden hat. Ebenso verhalten sich die polnischen Frauen gegen die Anerkennung des status quo, der Restrukturierung und Abhängigkeit ihres Landes. Sie erklären: „Es lebe der Weltfrieden unter freien Nationen und unter der Herrschaft des Rechts!“

Im Anschluß an diese Friedendemonstration, die übrigens mit der bekannten Friedensliga nichts zu thun hat, beruft Prof. Dr. jur. Anita Kugspurg hier in Berlin, im Saale der Resources, Kommandantenstr. 57, für Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung ein, zu der sie alle Berliner Frauenvereine eingeladen hat.

**Der Verband der schweizerischen Arbeiterinnenvereine** hielt an den Ostertagen in Luzern seine Delegiertenversammlung ab, die von den Sektionen Zürich, Winterthur, St. Gallen, Gorgen, Basel und Bern besetzt war. Beschllossen wurde u. a., daß jede Sektion in ihrem Kanton für Anstellung von kantonalen Gewerbeinspektoren wirken soll, damit der Arbeiterinnenstand besser durchgehört werde. Ferner soll für die Freigabe des Sonntagsnachmittags sowie für Anstellung eigenständiger Fabrikinspektoren tätig agitiert werden.

